links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 261 Februar 1992
24. Jahrgang **W: DM 7,—/O: DM 4,—**

Nachlese zur Golfkriegsdebatte: Mohssen Massarrat: Nach-Denken über den Golfkrieg ● Alex Demirovic: Kritische Theorie des Antikriegsprotests ● Jugoslawien: Paul Parin: Vom Versagen der Politik ● Algerien: Robert Detobel: Der Islam und der Kampf zwischen FLN und FIS ● Rassismus/Fremdenfeindlichkeit: Uli Bielefeld: Kritische Reflexion zu einem schwierigen Verhältnis

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Links steht zur Debatte, die *„links"* steht zur Debatte und ihr Untertitel sowieso. Eigentlich eine gute Situation für eine politische Zeitschrift. Die Golfkriegsdiskussion flammt noch einmal auf und gibt dem Streit um Linke und Sozialismus neuen Zündstoff, Jugoslawien und die Nationalitätenprobleme sind längst nicht begriffen, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beginnen die theoretischen Bemühungen hierzulande erst, Algerien und der Islam müssten überhaupt einmal differenziert wahrgenommen werden. Diesen Themen, neben anderen, widmet sich unsere Februarnummer.

Alles paletti? Nicht ganz. Die Golfkriegsdiskussion macht nur Sinn, wenn nicht eine „Ersatzsau ... durchs Dorf" gejagt wird, wenn nicht das „Linken-Spiel" betrieben wird, das Ludi Lodovico in einer saftigen Polemik attackiert, die schon in der Redaktion für Kontroversen sorgte. Polemik ist eine hierzulande weit unterschätzte Kunst, aber reduziert diese hier nicht auch ernstzunehmende Positionen bis zur Unkenntlichkeit, setzt sie nicht theoretische und politische Sicherheiten voraus, über die wir nicht mehr verfügen? Es darf widersprochen werden, liebe Leserin, lieber Leser. Auch Mohssen Massarrat und Thomas Kunz geben Positionen vor, die sicher nicht alle LeserInnen teilen. Alex Demirovic geht dem Antiamerikanismus- Vorwurf in der Kritischen Theorie nach. Sein Artikel zeigt exemplarisch, wie die Diskussion vertieft werden kann und muß. Sie soll nämlich nicht auf Bildzeitungsniveau ausgetragen werden, das erreicht ist, wenn in der Frankfurter Rundschau das Porträt von Elmar Altvater als eines Antisemiten gezeichnet wird.

Wie es um uns und „cosa nostra" steht, überlegt Joachim Hirsch in seinen Gedanken zum Untertitel. Er eröffnet damit die Sozialismus-Debatte, die die *links* kontrovers mit ihren AutorInnen und LeserInnen führen will.

Besonders hinweisen möchten wir auf einen Beitrag zu unserem zweiten Schwerpunkt, zu Jugoslawien. Es gibt im deutschsprachigen Raum wohl nur ganz wenige Wissenschafter und Schriftsteller, die diesem unglücklichen Land so eng verbunden sind, wie Paul Parin. Gerade darum ist er mit aktuellen Äusserungen vorsichtig. In dieser Nummer der *links* äußert er sich zur jüngsten Entwicklung. Auf Vorschlag von Christa Wolf wird Paul Parin im Mai dieses Jahres den Erich-Fried-Preis der Stadt Wien erhalten. Wir freuen uns darüber und gratulieren herzlich! In einer Zeit der Linken-Verteufelung ist uns der ganze Vorgang, auch die Ernennung von Walter Jens zum nächstjährigen Juror, ein Zeichen der Ermutigung.

Ebenso nachdrücklich sei der Artikel von Uli Bielefeld ins Bewußtsein der LeserInnen gerückt. Selbstreflexion in Ehren, aber sie braucht einen realen Gegenstand, um sich zu entfalten. Fremdenhaß und Rassismus werden, so vermuten wir, auf absehbare Zeit nicht nur relevante soziale und politische Erscheinungen bleiben, sondern auch Anlaß, radikale Gesellschaftskritik zu fundieren und zu erneuern. Uli Bielefeld beginnt und hilft dabei, wenn man sich der sicher notwendigen, aber lohnenden Anstrengung unterzieht, seine theoretisch-praktischen Überlegungen zu lesen.

Für unsere Rubrik „Hintergrund" hat Bob Detobel ein Dossier über Algerien und den Islam geschrieben — es scheint uns unerläßlich zum Verständnis der Tagespresse.

Die Redaktion

Errata

Hin und wieder schleicht sich bei der Zeitungsarbeit ein Lappsus ein, der hinterher — schwarz auf weiß gedruckt — zum Ärgernis werden kann. So geschehen mit der Unterzeile zu Christoph Görgs Beitrag „In der Trümmerlandschaft. Zum Ende des Leninismus" (*links* Nr. 260). Ob es eine Freudsche Fehlleistung war oder nicht, jedenfalls wandelte sich die Unterzeile „Zum Ende des Leninismus" im Inhaltsverzeichnis und auf der Titelseite in „ein Ende des Sozialismus". Dafür bitten wir — mit und ohne Freud — nachträglich um Pardon.

Und noch ein Lappsus gilt es zu bekennen: Ebenfalls in der *links* Nr. 260, in unserem Lateinamerika-Schwerpunkt passiert. Dort druckten wir von der Initiative „emancipation e solidad" eine Auflistung von Aktivitäten zum „500. Jahrestag" ab. U.a. hieß es hier, daß die Stadt Frankfurt vor der Alten Oper ein überdimensionales Ei des Kolumbus plant, mit dem Kolumbus als „Typus des modernen Menschen" geehrt werden soll. Solch einen Zynismus wollen wir natürlich nicht unwidersprochen hinnehmen. Hier hat als Nachsatz der Kommentar der Initiative gefehlt, daß es stattdessen angemessener wäre, wenn die Stadt Frankfurt ein Mahnmal für die Opfer der „Entdeckung" errichten würde. Sorry, wir hoffen, daß damit auch dieses Mißverständnis ausgeräumt ist.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
März-Ausgabe 1992 ist der 13.2.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Gerhard Krum
Weil ,,das Entsetzen über uns selbst'' fehlt
Zum 50. Jahrestag der Wannseekonferenz **5**

AKTUELL

Zarko Puhovski
Ende gut, alles gut
... oder umgekehrt
Zum Zerfall Jugoslawiens **6**

Paul Parin
Vom Versagen der Politik
Zum Haß zwischen Serben und Kroaten **7**

Klaus Vack
Europäisches Friedensprojekt für die Insel Vis **10**

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Jugoslawien — Verständigung statt Krieg
Zur Spenden- und Hilfsaktion **11**

HINTERGRUND

Robert Detobel
Zwischen Scylla und Charybdis
Der Kampf zwischen FLN und FIS in Algerien **12**

Chafia Djemames
Die Frauen — Sündenböcke der Rezession
Frauen in Algerien **16**

Eric J. Hobsbawn
Die Gefahren des neuen Nationalismus **17**

THEMA: Nachlese zur Golfkriegsdebatte

Thomas Kunz
Von der Golfkriegsdebatte zum Ende des realexistierenden Sozialismus und wieder zurück **19**

Mohssen Massarrat
Nach-Denken über den Golfkrieg **20**

Alex Demirovic
Mit den Augen des Westens
Kritische Theorie des Antikriegsprotests **23**

Ludi Lodovico
Das Linken-Spiel
Eine Polemik **25**

,,Die Straße des Todes''. Am 17. Januar startete die Operation ,,Wüstensturm'' — damit begann ein Kriegsszenario der Medien und als Reaktion darauf der ,,Krieg der Köpfe'': die Golfkriegsdebatte.

AKTUELLE DEBATTE

Joachim Hirsch
Immer noch ,,Sozialistische'' Zeitung?
Bemerkungen zum (Unter-)Titel der *links* **29**

INTERNATIONAL

Jürgen Gerber
Ein Pyrrhussieg
Zu den politischen Machtspielen in Georgien **31**

Holm-Detlev Köhler
Ein zappelnder Leichnam
Zum Auflösungsprozeß von Spaniens PCE **33**

KULTURKRITIK

Christoph Görg
Mythen der Risikogesellschaft
Assoziationen und Reflexionen zum Film Terminator II **35**

THEORIE

Uli Bielefeld
Hase und Igel
Über das schwierige Verhältnis von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antirassismus **37**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Lektüre **4, 41**
Termine **42**
Cosa Nostra:
SB-Kontaktadressen **42**
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Mythos Nation

1989 erschien in deutscher Sprache ein Buch mit dem Titel ,,Das imperiale Zeitalter 1875 - 1914". Der 1917 geborene Autor Eric J. Hobsbawn untersuchte dort in einer lesenwerten und differenziert dargestellten Studie das Aufkommen, die Hochphase und das Ende der Epoche, während der die kapitalistische Machtentfaltung mit einer imperialistischen Weltpolitik militärisch und ökonomisch durchgesetzt werden sollte. Schon in dieser Arbeit berücksichtigte der in London lehrende Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte solche Phänomene, die den ideologischen Kitt westeuropäischer Gesellschaften darstellten, die sich als Nationalstaaten definieren und zu begreifen begannen: Nationalhymnen, Nationalfeiertage, nationales Zugehörigkeitsgefühl. ,,Die Nation war die neue Bürgerreligion der Staaten. Sie lieferte das Bindemittel, das alle Bürger an den Staat band."

Der Nationalstaat, die Nation als ideologischer Kleister, der das zusammenhält, was nicht zusammen paßt, scheint heute seine Klebfähigkeit immer mehr zu verlieren. Die nationalen Pappkameraden, die z.B. in den Vielvölkerstaaten Osteuropas wie der Sowjetunion oder Jugoslawien aneinandergeleimt wurden, brechen auseinander. Sie hinterlassen nicht nur ein klammes Gefühl der Ungewißheit, sondern befinden sich bereits in Bürgerkriegsauseinandersetzungen, denen auch mit nationalstaatlichen Konservierungstendenzen nicht mehr beizukommen ist. Gleichgültig wie das Unterfutter der Nationen zusammengebraut wurde, sei es nun durch ethnische, sprachliche, wirtschaftliche, religiöse, territoriale Zutaten oder durch eine Mixtur vor allem, das Gemeinsame der Gemeinschaften, die sich politisch als ,,Nation" definierten, zerfällt heute in seine scheinbar irrationalen Bestandteile. Eric J. Hobsbawm geht in seinem neuen Buch ,,Nationen und Nationalismus", diesen Zerfallsmomenten nach. Er stellt sich die Frage, ob das Bestreben nach einheitlichen Nationalstaaten nicht bloß ein weiterer großer Mythos moderner Gesellschaften nach der französischen Revolution geworden ist. ,,Jedes Volk ist unabhängig und souverän" hieß es 1795.

Was aber macht ein Volk zur Nation? Jeder Versuch hierfür objektiv gültige Kriterien, wie Sprach- oder Religionszugehörigkeit anzulegen, so Hobsbawm, dient auch immer propagandistischen Zwecken, die je nach Herrschaftsideologie für harte oder weiche Aus- und Abgrenzungsmerkmale instrumentell eingesetzt werden ,,(...)Aber es geht darum, daß sich jede Klassifizierung einer Gemeinschaft als eine ‚Nation' aufgrund solch angeblich objektiver Kriterien ähnliche Einwände gefallen lassen muß, sofern sich die Behauptung, es handle sich um eine ‚Nation', nicht mit anderen Gründen belegen läßt." Der Autor untersucht, auch diese anderen, wie er schreibt ,,subjektiven Gründe", die die Selbstdefinition der in der Gemeinschaft Lebenden meint. Aber auch dieser Zusammenhalt wird mit guten Gründen als ein Bestandteil des ,,modernen Mythos" Nation verworfen.

In sechs Kapiteln (das sechste Kapitel berücksichtigt die aktuellen Veränderungen in der Sowjetunion und des wiedervereinigten Deutschlands) werden nicht nur unterschiedliche Begründungsmuster für Nationalstaatkonzepte der letzten einhundertfünfzig Jahre, seien es nun Konzepte von wirtschaftsliberaler, sozialistischer oder rechtsnationaler Seite aus, analysiert. Hobsbawm zeigt darüber hinaus an zahlreichen historischen Beispielen, wo der Nationalismus zu welchen Auswirkungen geführt und wie er sich als politische Ideologie verändert hat. Es sind die dargestellten Widersprüche zwischen den ideologischen Bekundungen und den real vorfindbaren gesellschaftlichen Prozessen, die diese Studie so überaus interessant machen. Während zum Beispiel die modernen westeuropäischen Staaten bereits in eine nationalstaatliche Krise geraten sind, orientieren sich die Befreiungsbewegungen in den kolonialisierten Ländern ,,am Vorbild des westlichen Nationalismus" wurden die Befreiungsbewegungen zu ,,nationalen Befreiungsbewegungen". Während die kapitalistische Ökonomie ihren volkswirtschaftlichen Charakter verliert und es zu einer internationalen Kapitalverflechtung kommt, entwickelt sich andererseits ein ,,ethnisch-sprachlicher Separatismus", ein ,,negativer Nationalismus", wie Hobsbawn schreibt, der der ökonomischen Entwicklung entgegensteht; während zahlreiche Wanderungsbewegungen das kulturelle Zusammenleben von Gemeinschaften immer stärker prägen werden, beschwört man alte Traditionsbestände, um den vorfindbaren kulturellen Pluralismus zu verdammen. Eine Grundtendenz hat sich allerdings in den Begründungen durchgehalten: ein gruppenspezifisches Identifikationsbedürfnis, das immer dann entsteht, wenn Modernisierungsprozesse die bestehende Gruppenidentität zu bedrohen scheinen. Die Suche nach einem ,,imaginären Wir" gegen ein ,,symbolisches Sie" wird zur manifesten Abwehrhaltung gegen alles Fremde, das als scheinbare Ursache für die Bedrohung der eigenen Gruppe herhalten muß und es hat den Anschein, ,,als wäre Fremdenhaß in dieser oder jener Spielart (...) die vorherrschende Form der Volksideologie".

PETER-ERWIN JANSEN

Eric J. Hobsbawm
,,Das imperiale Zeitalter 1975 - 1914". Aus dem Englischen von Udo Rennert
Frankfurt 1989, Campus Verlag.

Eric J. Hobsbawm
,,Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität". Aus dem Englischen von Udo Rennert.
Frankfurt 1991, Campus-Verlag.

Das 500jährige Reich

1992 ist das Jahr der 500-Jahr-Feiern aus Anlaß der sog. „Entdeckung" Amerikas. Den Zynismus dieser Feierlichkeiten, an denen sich auch die Bundesrepublik und die Stadt Frankfurt a.M. auf ihre Weise beteiligen, thematisieren zwei Publikationen von sich überschneidenden HerausgeberInnen- und AutorInnengemeinschaften. 1492 kennzeichnet den Beginn eines beispiellosen Genozids an der amerikanischen Urbevölkerung, der Versklavung und Unterdrückung der Mehrheit der Weltbevölkerung durch die europäischen Eliten. VertreterInnen aus Wissenschaft, Kunst, Politik, Gewerkschaften, Kirche und von indígena-Organisationen äußern sich dazu in Form eines buntscheckigen Aufschreis der Gerechtigkeit gegen die feierliche Arroganz der Macht.

Die Luchterhand Flugschrift 3 „Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992" versammelt Vorträge, Interviews, Artikel und Gedichte der gegenaufklärerischen Kampagne der letzten zwei Jahre. In den Beiträgen des brasilianischen Gewerkschaftsführers „Lula", des ehemaligen nicaraguanischen Innenministers Tomás Borge, des mexikanischen Essayisten und Politik-Professors Augustín Cueva u.a. wird deutlich, daß ein Verzicht auf den Sozialismus als universales Emanzipationsprojekt ein Privileg der Mächtigen und des Proletariats der reichen Länder darstellt; ein Privileg, das sich die unterdrückte, in Armut lebende Mehrheit der Weltbevölkerung nicht leisten kann. Nicht das „Ende der Geschichte", sondern der Anfang der Menschheitsgeschichte bildet die notwendige Utopie im Befreiungskampf dieser Völker, der durch die „neue Weltordnung" keineswegs erleichtert wird.

In beiden hier besprochenen Bänden geißelt der US-amerikanische Linguist Noam Chomsky in der ihm eigenen deutlichen Sprache die menschenverachtende Ideologie und die wirtschafts- und naturzerstörende Politik des siegreichen Kapitalismus samt seiner abendländisch-humanistischen Werte. Der Gründer der ersten und größten modernen Demokratie der Welt George Washington beschrieb die Opfer seiner zivilisatorischen Mission, die es wagten, sich den rechtschaffenen Siedlern in den Weg zu stellen, als „Raubtiere und Wölfe, die nichts menschliches außer ihrer äußeren Gestalt" an sich hätten (S. 37). Von damals bis zur heutigen US-importierten „Demokratie der Ungleichheit" (der argentinische Untergrundkämpfer und Journalist Miguel Bonasso), nachdem die Militärdiktatoren zunehmend disfunktional wurden, wird die Geschichte in Lateinamerika als Kontinuität von Repression und Ausbeutung erlebt. Daraus entstehen die für deutsche Ohren problematischen Begriffe wie „500jähriges Reich" und auf das neue Deutschland bezogen:„Viertes Reich" (Heinz Dieterich in „Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich"). Dabei wird gegen das falsche tertium comparationis „Drittes Reich" die Kontinuität imperialer Politik und Ausplünderung auch unter demokratischen Bedingungen ins Feld geführt.

Insgesamt behandeln die Beiträge des bei Pahl Rugenstein „Nachfolger", d.h. ohne SED-Gelder und schon deshalb deutlich verbessert, erschienenen Bandes stärker die aktuelle Situation Lateinamerikas nach dem „verlorenen Jahrzehnt" der achtziger Jahre, das zwar viele Demokratien (in Lateinamerika wegen ihrer Beschränkungen auch „Demokraturen" genannt), aber vor allem Verschuldung, wirtschaftlichen Niedergang und Massenelend gebracht hat. Neben vielen anderen kommen dabei auch der ehemalige Präsident der Dominikanischen Republik Juan Bosch und der weltweit geschmähte Fidel Castro zu Wort.

Durchaus ernst sollten die Kriti-

Fortsetzung auf Seite 41

KOMMENTAR

GERHARD KRUM

Weil „das Entsetzen über uns selbst“ fehlt

Gedenktage, sollte man meinen, werden um des kollektiven historischen Gedächtnisses willen begangen. In Nachkriegsdeutschland (jedenfalls in Westdeutschland) war diese Arbeit der Erinnerung kaum mehr als eine „Pflichtübung“, wenn es um die Naziverbrechen und die eigene Verstrickung ging. Doch die Vergangenheit fliehen nicht nur die Täter, um Schuld und Sühne (die es bald nicht mehr geben wird) zu entrinnen; auch die Nachgeobrenen fürchten sich vor der Konfrontation mit den Greultaten der Nazis, weil wie Werner Nachmann, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland es am 21. April 1985 in einer Gedenkrede anläßlich des fünfzigsten Jahrestages der Befreiung ausdrückte, „das Entsetzen darüber, wie sehr der Mensch entarten kann, letztlich ein Entsetzen über uns selbst“ ist und nie mehr vergeht.

Auch als sich jetzt am 20. Januar das Datum der „Wannsee-Konferenz“ zum 50. Mal jährte, blieb solche Selbstbesinnung die Ausnahme. In der „Villa Minoux“ am äußersten Stadtrand Berlins, wo ehedem die Gestapo und Interpol einträchtig residierten und zwischenzeitlich ein Schullandheim untergebracht war, wurde jetzt eine Gedenkstätte eingerichtet. Am 20. Januar 1942 hatte Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, die „Päpste der Verwaltung“ dort versammelt, um die Aufgaben der Bürokratie bei der „Endlösung der Judenfrage“ abzustimmen. Erst durch die von Adolf Eichmann verfaßten, 1947 mehr oder weniger zufällig von dem späteren, stellvertretenden Hauptankläger der Nürnberger Prozesse, Robert M. W. Kempner, in den Geheimakten des Auswärtigen Amtes entdeckten Protokolle wurde die Organisationsstruktur des Vernichtungsfeldzuges gegen die europäischen Juden erkennbar: Praktisch die gesamte Ministerialverwaltung war informiert und direkt oder indirekt beteiligt!

Wie kompliziert es indessen ist, eine „angemessene(re)“ Form der kollektiven Erinnerung zu finden, wissen wir noch aus den Auseinandersetzungen um die Aufführung des Fassbinder-Stücks „Die Stadt, der Müll und der Tod“ oder um die Bebauung des Börneplatzes in Frankfurt, wo die „Main-Gas-Werke“ auf den Mauerresten des jüdischen Ghettos ein neues Verwaltungsgebäude errichtet haben sowie aus den Debatten um den fünfzigsten Jahrestag der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1988. Eine Rezeptur des „richtigen Erinnerns“ kann es schon deshalb nicht geben, weil die Akzeptanz der Geschichte Resultat einer individuellen Entscheidung in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart sein muß. Auch wenn die Nachgeborenen, einer Einsicht Richard von Weizsäckers zufolge, für das Geschehene nicht unmittelbar haften, so sind sie doch „verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

Aber Einrichtungen wie Gedenkstätten bergen stets die Gefahr, zu Abstellgleisen der Erinnerung zu werden: Die Vergangenheit wird ins Museum verbannt und als abgeschlossenes Kapital „ad acta“ gelegt. Ein weiteres Mal würde also die Frage unbeantwortet bleiben, „warum es hier, auf diesem Boden, genügte, von einer jüdischen Mutter geboren zu sein, um das Recht auf Achtung und Menschenwürde zu verlieren“ (Nachmann) — angesichts des um uns herum wieder öffentlich auftrumpfenden Rassismus eine wahrlich aktuelle Frage! Was in der Geschichte daraus wird, hängt wesentlich von der Wahrhaftigkeit ab, zu der wir fähig sind.

Weizsäcker wußte 1985, wovon er sprach. Sein Vater Ernst war von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dort mit Deportationsverfügungen des Reichssicherheitshauptamtes befaßt. Angeblich hatte er nur Schlimmeres „verhüten“ wollen. An dieser „Verteidigungsstrategie“ wirkte damals u.a. Sohn Richard mit. Das Beispiel zeigt, wie eng Grenzen der Fähigkeit zur Wahrhaftigkeit gesetzt sind, eine Problematik, die die Nachkriegszeit bis heute mitgeprägt hat und das Mißglücken der Befreiung kennzeichnet.

Als hätte er es vorausgesehen, erklärte der Bundespräsident in seiner weltweit geachteten, in *links* jedoch von Wolfgang Kraushaar zurecht als „Nationalismus minus Hitler“ kritisierten Gedenkansprache am 8. Mai 1985 auch: „Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.“ Daß just am 9. November vier Jahre später die Mauer geöffnet wurde, war ein kalendarischer Zufall; daß aus dem Gedenktag, der an die „Reichskristallnacht“ erinnert, ein deutscher Feiertag hätte werden können, wie es im Gespräch war (u.a. durch Antje Vollmer), ist dagegen ebenso entlarvend für den aktuellen Umgang mit Geschichte wie symptomatisch für den „Kern der Wende“, als den Dan Diner das mit der Regierung Kohl eingeleitete neokonservative „Programm“ der Wiederherstellung einer (positiven) Identität der Deutschen entzifferte (vgl. *links*, Nr. 200, Nov. 1986). Die „friedliche deutsche Revolution“ des Jahres 1989 vollbrachte, was Nolte, Stürmer u.a. mit dem sogenannten Historikerstreit vergeblich ins Werk zu setzen versucht hatten: die Entschuldung der deutschen Geschichte und die Relativierung von Auschwitz, der Schoah, zu einer historischen Episode unter anderen.

Wie sehr sich das neue Selbstbewußtsein mancher Deutscher jeglicher Scham und geschichtlicher Verantwortung entledigt hat, konnte man bereits beim Vorspiel zu den Polen-Verträgen erleben. Mit der jüngsten Forderung, vor Abschluß des Nachbarschaftsvertrages mit der CSFR das „Münchner Abkommen“ vom 29. September 1938, mit dem die Tschechoslowakei gezwungen worden war, die Grenzgebiete Böhmens mit fast vier Millionen Einwohnern an Deutschland abzutreten, und das die gewaltsame Expansion „Großdeutschlands“ nach Osten einleitete für „rechtswirksam zustande“ gekommen zu erklären, um Rechtsansprüche der Vertriebenen von dort zu wahren, stellte die CSU sogar den ersten im Zuge der Ostpolitik unterzeichneten Vertrag zwischen Bonn und Prag aus dem Jahre 1973 in Frage, wo das „Münchner Abkommen“ als nichtig bezeichnet wird. Ein solcher Mangel an Achtung vor der historischen Erfahrung von Naziopfern kann mit Geschichtsvergessenheit und -verdrossenheit nur höchst unzureichend erklärt werden. Er zeigt aber, daß das „Entsetzen über uns selbst“, von dem eingangs schon einmal die Rede war, das gesellschaftliche Bewußtsein in den „alten“ wie den „neuen“ Bundesländern in seinen Fundamenten noch immer nicht erschüttert, ja kaum berührt hat. ■

ZARKO PUHOVSKI

Ende gut, alles gut ... oder umgekehrt

Zum Zerfall Jugoslawiens

Die Lösung wichtiger politischer Probleme kann man zur Zeit eines Krieges und gleich danach paradoxerweise fast immer als prinzipiell leichte, aber faktisch, unlösbare existentielle Aufgaben verstehen. Und doch, wie das die aktuelle jugoslawische Situation paradigmatisch zeigt, sind die wichtigen politischen Fragen gerade diese, die man hinter den Kriegsreporten oder der nationalistischen Rhetorik, hinter einer Rhetorik des Hasses zu verbergen versucht.

Die aktuellste Frage ist beispielsweise — nachdem es schon Tausende von Toten gibt — noch immer nicht *die* über die Möglichkeiten des Friedens, sondern immer noch die Frage über die „moralischen" Werte, die „unsere" oder die „andere" Seite zu realisieren versuchte (über die gesellschaftlichen Interessen diskutiert man im Lande sowieso kaum mehr).

Zurück (oder, doch besser: vorwärts) zur Politik, d.h. zur notwendigen Kompromißbereitschaft: sie ist daher die Losung des Augenblicks, wenigstens für die schon fast verlorengegangene Minderheit der Einwohner die im Stande und bereit sind, rational über die Situation zu urteilen. Und für diese Minderheit ist es ganz klar: *die wesentliche Frage* ist schon lange nicht mehr die einer Perspektive Jugoslawiens (und auch nicht die der Perspektive von einzelnen Republiken oder neugegründeten Staaten), sondern die der (täglichen) Perspektive aller Einwohner des bezüglichen Territoriums, *die Frage nach der Möglichkeit ihres bloßen Überlebens.* Solch eine Frage zeigt, daß die Erhaltung des Waffenstillstandes das Allerwichtigste ist, und die Perspektive beginnt, wenn überhaupt, erst jenseits dieser Situation der (relativen) Sicherheit auf der elementaren Ebene.

Als erster Schritt wird dann die bevorstehende Intervention der UNO-Truppen angenommen, denn das ist die reale Möglichkeit die Kriegsereignisse wenigstens zeitweilig zu eliminieren. Das Problem liegt aber in der Tatsache, daß so eine Intervention mit Sicherheit die bestehende Situation konserviert, und das heißt, daß die Territorialfrage nach wie vor ungelöst bleibt, und das war (und ist) eine der Ursachen für den Krieg.

Wenn aber der Konflikt der nationalen Souveränitäten eine der Ursachen des Krieges war, der wahre Grund (aber auch der unmittelbare Anlaß) für alle Ereignisse war die Tatsache, daß die Armee schon jahrelang ohne zivile Kontrolle war, und daß der Krieg eine Möglichkeit für sie (d.h. im Klartext für ihre Berufssoldaten) aufzeigte, einen neuen Staat für sich selbst zu gründen. Da, noch dazu, die Armee auch die einzige noch agierende jugoslawische Institution war, ist der Krieg im Grunde die jugoslawische Aggression auf Kroatien, und deswegen ist Jugoslawien nicht mehr die Lösung.

Eine nationalistische Auffassung der Souveränität und die faktische Selbstverwaltung der Armee waren die Gründe für den Zerfall Jugoslawiens. Die ganze Existenz des Staates war im Grunde mit dem aufgezwungenen Frieden (oder, wie man jetzt sieht, mit einem dauernden Waffenstillstand) zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen (besonders zwischen Serben und Kroaten) begründet. Die Suspendierung der Demokratie und der Menschenrechte, die Perioden des offenen Terrors, und vieles andere wurde mit dieser Legitimation gerechtfertigt. Tatsache ist: Jahrzehntelang wurde (fast) keiner aus politischen Gründen getötet, im vorigen Jahr mußten deswegen 20 000 Menschen sterben. Eine der möglichen Konsequenzen aus einer solchen Fragestellung ist die (nicht ganz seltene) Behauptung, daß jugoslawische Länder sowieso unreif für die Demokratie sind (und das war auch einer der wesentlichen Elemente der früheren, offiziellen kommunistischen Propaganda). Dagegen spricht aber die Tatsache, daß einige der Voraussetzungen für den Krieg gerade im alten System verankert waren (nicht nur die Rolle der Armee und ihrer Organisation, sondern auch die Konflikte zwischen den Republiken die, im Grunde noch unter den Kommunisten neu initiiert wurden. Außerdem sind Altkommunisten zur Zeit noch als politische und militärische Führer auf beiden Seiten tätig.

Wie bekannt, hat das alte System als ein gigantischer (politischer und ideologischer) Kühlschrank funktioniert — alle abweichenden politischen Strömungen, Tendenzen, Orientierungen waren ideologisch suspekt und wurden konsequent politisch verboten. Deswegen war gerade die nationale Identität die einzige kollektive Zugehörigkeit, die ohne die Einmischung des Regimes möglich war. Und nach dem Zerfall des „real existierenden Sozialismus" haben, besonders in Jugoslawien, beide Eigenschaften der früheren Periode negativ gewirkt. Die politische Situation in Jugoslawien war, nach dem Ende der politischen Eiszeit, anscheinend dieselbe wie vor dem Beginn des Sozialismus im Jahr 1945.

Andererseits waren die Nationalismen die einzigen Ideologien, die man in breiten Kreisen der Bevölkerung als tatsächlich alternative Weltanschauung zum Kommunismus verstanden hat. Und das alles in einer Situation in der die alte Armee anwesend und tätig war, wo soziale und ökonomische Probleme (auch aus der alten sozialistischen Tradition heraus) von der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen wurden und wo die Hilfe aus dem Ausland keine eigentliche Hilfe war. Es ist wirklich kein Wunder, daß das Schlechteste, der Krieg, dann wirklich eintrat. Heute hat es keine Bedeutung mehr zu analysieren, inwieweit sich die Lage in Jugoslawien hätte anders entwickeln können. Das Wesentliche ist nun, daß die Einwohner wenigstens eine Überlebensperspektive erhalten. Von einer Perspektive eines wirklich zivilisierten (demokratischen und ökonomischen) Lebens ist das ehemalige Jugoslawien allerdings noch weit entfernt. ■

PAUL PARIN

Vom Versagen der Politik

Zum Haß zwischen Serben und Kroaten und zur europäischen Staatsräson

Die westeuropäische Linke scheint den Ereignissen in Jugoslawien ziemlich ratlos gegenüberzustehen. Deshalb schweigt sie oder schließt sich der EG an, die (bis vor kurzem) den Standpunkt propagiert hat: Im Balkan, besonders zwischen Serben und Kroaten sind unbegreifliche, archaisch-haßerfüllte Feindseligkeiten ausgebrochen; deshalb seien bisher alle Bemühungen, Frieden zu stiften, gescheitert.

Ich bin 1916 als Sohn eines Schweizer Gutsbesitzers in Slowenien geboren, habe 1944 — 1945 zusammen mit Goldy Parin-Matthèy und sechs damals jungen Schweizer Ärzten als Freiwilliger in der Jugoslawischen Befreiungsarmee (Tito-Partisanen) in Montenegro und Serbien gedient, und lebe heute in Zürich. Einen zweiten Aufenthalt in Jugoslawien haben wir wegen stalinistischer Entartung der Freiheitsbewegung im Sommer 1946 abgebrochen. Seit 1953 habe ich das Schicksal Jugoslawiens wieder verfolgt. Ich will zunächst auf die Vorgeschichte der gegenwärtigen Kämpfe und die Entstehung des Hasses zwischen Serben und Kroaten eingehen und dann versuchen, die Politik der EG in der jugoslawischen Frage zu analysieren.

Im Oktober 1984 verfaßte der Bund der Ehemaligen Spanienkämpfer auf einer Tagung in Sarajewo einstimmig eine Resolution gegen Erstarrung und Korruption im „Bund der Kommunisten" Jugoslawiens und gegen den Verfall der Wirtschaft und des politischen Lebens: achtzig alte angesehene Genossen, Generäle, Professoren, Ärzte.

In einem Brief an das Präsidium der Partei forderten sie die Einberufung eines außerordentlichen Parteikongresses, Wahl der Delegierten von der Basis, Entlassung aller politischen Gefangenen, Säuberung der Kader von Wirtschaftsverbrechern und machtgierigen Funktionären, die Einstellung nationaler Diskriminierung und jeder anderen Form der Unterdrückung.

Das Schreiben wurde im Spätherbst mit einem abfälligen Kommentar veröffentlicht und hatte keinerlei Wirkung. Im nächsten Jahr schickte Gojko Nikolis, Spanienkämpfer, General in Pension, Träger der höchsten Auszeichnung *narodni heroj* (Held des Volkes), Mitglied der Serbischen Akademie, der in Sarajewo die entscheidende Rede gehalten hatte, nach über fünfzig Jahren Mitgliedschaft sein Parteibuch zurück.

Die letzte Chance zur Erneuerung der Partei, zur Bekämpfung der Mißwirtschaft und zur Überwindung des sozialen und politischen Verfalls war verspielt. Die gewalttätige polizeiliche und militärische Unterdrückung der nahezu zwei Million albanisch sprechenden Bewohner der Autonomen Region Kosovo, die den Status einer Republik innerhalb der Föderation gefordert hatten, konnte ihren Fortgang nehmen. (Heute sind in Kosovo alle Funktionäre, wirtschaftlich wichtigen Personen, Professoren, Ärzte, Lehrer durch Serben ersetzt, Tausende im Gefängnis, mißhandelt, die Nation ist zum Schweigen gebracht.)

Gewiß wäre das ohne Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit nicht möglich gewesen. Tito, Sohn eines kroatischen Kleinbauern und einer slowenischen Mutter, hatte die Herrschaft der serbischen Dynastie Karadjordjevic, die seit 1929 mit einer Generaljunta regierte, miterlebt und ebenso die Anfänge einer ultranationalen kroatischen Bewegung, der Ustascha, die 1934 den König Alexander I. in Marseille ermorden ließ. Sein Versuch, die alten Gegensätze zwischen den Nationen zu überwinden, die erst 1918 von den Siegern des Ersten Weltkriegs zum jugoslawischen Staat zusammengebunden worden waren, mußte scheitern.

Ich meine, daß der entscheidende Fehler darin liegt, daß es zwischen den Nationen keine Auseinandersetzung, keinen Entwicklungsprozeß geben durfte. Die Völker sollten zusammengehalten werden: durch eine Ideologie, die sich seither selber überlebt hat; durch einen Parteiapparat — der in der Sicherung seiner Privilegien erstarrt ist; und durch die UDBA (früher OZNA), eine Staatspolizei — die Tito nach dem Bruch mit Stalin (1948) nicht aufgelöst, sondern erst zu Verfolgung der moskautreuen „Kominfornisten", dann zur Sicherung der Macht eingesetzt hat. Besonders verderblich war die „Säuberung" der kroatischen Partei 1971, in der sich national-kroatische Tendenzen bemerkbar gemacht hatten, und darauf der Ersatz zahlreicher kroatischer Funktionäre durch Serben.

Je schlechter es der Wirtschaft Jugoslawiens ging, das als Pufferstaat zwischen Ost und West Kredite aus beiden Lagern erhielt, desto mehr nahmen nationale Gegensätze den Charakter rücksichtloser wirtschaftlicher Kämpfe an, die nach dem Tod Titos (1980) kraft der Vormachtstellung der Serben in Partei und Armee zur Ausbeutung der Peripherien zugunsten der Zentrale entarteten.

Der Aufstieg des demagogischen serbischen Parteigewaltigen Slobodan Milosević wurde propagandistisch und emotional durch einen psychologischen Fehler der Partei erleichtert. Während Presse und Literatur in Jugoslawien schon vor Titos Tod, aber ganz erst danach, relativ frei schreiben

„Der Krieg meine Kinder, dient dazu, unser Hab und Gut zu verteidigen."
Karikatur aus der italienischen Zeitung „Avanti" 1915.

konnten, gab es ein Tabu: die Massenmorde der kroatischen Garden im faschistischen Ustascha-Staat an Serben und die Massenmorde der serbischen und montenegrinischen Tschetniks unter dem Regime von Hitlers Gnaden Nedić in Belgrad und — gegen Ende des Krieges — der siegreichen Partisanen an gefangenen Ustascha-Soldaten. Die ,,unbewältigte Vergangenheit'' verhinderte jedoch nicht ein friedliches Zusammenleben von Personen und Familien.

▶Verfall und Machtwechsel◀

Mit dem zunehmenden Verfall der zentralistischen Partei und dem Drängen nach Pluralismus und demokratischen Strukturen kam es zu einem Machtwechsel: In Slowenien, wo die Partei sich dem Reformprozeß fügte, siegte eine Links-Mitte-Koalition (mit einem kommunistischen Perestroika-Präsidenten), die bald die Umwandlung der Föderation in eine weniger zentralistische Konföderation anstrebt. In Kroatien siegte eine Rechts-Koalition unter Franjo Tudjman, der es unterließ, sich von den Greueltaten des Ustascha-Staates zu distanzieren und eine Reihe von Schritten unternahm, die in Belgrad als Provokation empfunden oder zumindest propagandistisch ausgenützt werden konnten. Die an der Macht gebliebene serbische Führungsschicht hatte nach der Gleichschaltung der autonomen Gebiete von Kosovo und der Vojvodina eine starke Opposition lediglich von einer ultranationalen Partei (Vuk Draskovic) gegen sich.

Es gelang ihr, die in Kroatien lebenden Serben zuerst in der Krajna (Lika), einem geschlossenen Siedlungsgebiet, unter der Führung lokaler kommunistischer Machthaber gegen das ,,faschistische'' Kroatien aufzustacheln. Zu allem Unglück strömten aus allen Teilen der Welt die Nachkommen der zu Ende des Krieges emigrierten wirklichen Faschisten — darunter erfahrene Söldner — nach Kroatien und wurden als fanatische, militärisch geschulte Kämpfer in die sonst kaum vorbereiteten kroatischen Milizen aufgenommen.

Der Ruf nach Sezession ging zuerst von Slowenien aus, bald gefolgt von Kroatien, gestützt auf parlamentarische Entscheide und auf eine, zumindest in Slowenien, unbestreitbare Mehrheit in einer Volksabstimmung (26.12.1991). Als alle Versuche, während einer sechsmonatigen Frist doch noch zu Verhandlungen für die Erhaltung eines lockeren Staatenbundes zu kommen, an der serbischen Führung scheiterten und sich Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 unabhängig erklärten, fühlte sich die Zentralgewalt frei zu handeln.

Als erstes folgte der militärische Einmarsch in Slowenien mit einer gewaltigen Panzerarmee, Bombardierung des Flugplatzes, von Sende- und Grenzanlagen. Überraschend gnug gelang es der vorgewarnten slowenischen Miliz, die besser organisiert und geführt war als die kroatische, mit ihrer Guerillataktik der Armee eine Niederlage zu bereiten und sie zum Abzug zu zwingen. Das Dispositiv, das ganze Land in die alte Ordnung zurückzuzwingen, war gescheitert. Zweifellos war ein ,,Putsch'' geplant, ähnlich dem im Sommer 1991 in Moskau gescheiterten Versuch von Partei und Militär, die Macht im ganzen Staat wiederzuerlangen.

Das Dispositiv wurde geändert, Slowenien aus dem Gesamtplan entlassen. Statt ,,Alle Macht im Staat'' hieß es nun: ,,Volk ohne Raum''. Überall wo Serben wohnen, muß Serbien sein. Die Armee, von unsicheren Elementen gesäubert, jedoch durch Desertionen und Rückberufungen geschwächt, stützte mit Artillerie, Flugwaffe und Flotte eine unbekannte Zahl zumeist nach Kroatien eingeschleuster Tschetniks.

Seither sind zwei Kriege gleichzeitig im Gang. Ein verzweifelter Abwehrkrieg Kroatiens gegen eine überaus brutale Invasion und ein Bürgerkrieg der Tschetniks und einiger — bei weitem nicht aller — in Kroatien lebender Serben gegen die von Ustaschi-Anführern durchsetzten kroatischen Territorialen. In diesem Krieg ,,Mann gegen Mann'' ist in fünf Monaten aller Haß aus der unbewältigten Vergangenheit wieder aufgeflammt, während zu Beginn lediglich schreckliche Taten, die vor 1945 passiert waren, aufgerechnet werden konnten.

Aber auch die Armee hat ihr Kriegsziel geändert. Es geht nicht mehr um Gebietseroberungen. Städte und Dörfer werden systematisch leergebombt. Dann soll das Fußvolk der Tschetniks den Rest erledigen. In diesen Kämpfen kommen grausame Aggressionen zum Zug, die für die Sozialisation in feudalen Familienstrukturen in den südlichen Landesteilen ebenso charakteristisch sein mögen, wie es eine bürokratisch organisierte Vernichtungsaggression in unseren Breiten gewesen ist. Das wohl hat der Armee die Beurteilung der EG-Beobachter, sie sei eine ,,feige'' Armee, eingetragen. Spitäler, Kirchen und andere Kulturdenkmäler werden absichtlich zerstört. Ein Volk und seine Kultur sollen vernichtet werden.

Sicherlich wäre es klüger gewesen, wenn sich die Republiken gemeinsam widersetzt hätten, als Serbien begann, Kosovo als Staat und Kultur zu vernichten und als die föderativen Organe noch funktionierten. Sicherlich war es von der kroatischen Führung extrem unklug, die seit Jahren immer unbeliebteren Serben und die Partei zu provozieren. Mit dem Beispiel der vollendeten Enthauptung Kosovos vor Augen, mußten sich sowohl die Slowenen mit ihrer maßvollen und vorsichtigen Regierung als auch die chauvinistisch auftretenden Kroaten wehren.

▶ Staatsräson der EG ◀

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft sind in der jugoslawischen Frage einer Staatsräson gefolgt, die bis vor kurzem auf die Erhaltung eines jugoslawischen Gesamtstaates ausgerichtet war. Während der

Kritisches Wochenblatt ,,Vreme'' — Opposition gegen Nationalismus.

sechsmonatigen Frist, die Slowenien und Kroatien bis zur endgültigen Deklaration ihrer Unabhängigkeit gesetzt haben (26.12. 1990 — 25.6.1991), war es bereits offensichtlich, daß die Umwandlung der Föderation in einen lockeren Staatenbund, genannt Konföderation, die von Slowenien und Kroatien, und weniger eindringlich von Bosnien, gefordert wurde, nur gelingen konnte, wenn die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Republiken auch von außen anerkannt würde. Die EG hat geflissentlich übersehen, daß die wirtschaftlichen ,,Sünden'' Sloweniens — wie das Zurückbehalten der Zolleinnahmen — lediglich die Antwort auf aggressive Wirtschaftsmaßnahmen Serbiens waren, zum Beispiel auf den Boykott slowenischer Waren. Außerdem hatte das Drucken von Dinarnoten zum ausschließlichen Gebrauch der Republik Serbien (nach einem geheimen Beschluß des serbischen Parlaments, angeblich im Wert von 1.4 Milliarden US-Dollar) den Sanierungsplan des jugoslawischen Ministerpräsidenten Marković zum Scheitern gebracht.

Schwer fällt ins Gewicht, daß die EG den längst erfolgten Bruch der Verfassung, der die Serbische Republik (und Partei) als allein regierendes Machtzentrum etablierte, nicht zur Kenntnis nahm. Serbien verfügte über vier Stimmen im achtköpfigen Staatspräsidium: durch die bereits 1981 begonnene und von 1984 bis 1990 polizeilich-militärisch zu Ende geführte Gleichschaltung der Autonomen Region Kosovo und staatsstreichartige Machtwechsel in der Autonomen Region Vojvodina und der Republik Montenegro. Der im Mai 1991 turnusmäßig antretende Staatspräsident Stipe Mesic, ein Kroate, wurde erst nicht zugelassen, auf Druck der EG doch ,,gewählt'', aber gleichzeitig völlig entmachtet. Hinfort sprachen

der zum Präsidenten Serbiens designierte Slobodan Milosević und der (erst im Januar 1992 zurückgetretene) Verteidigungsminister General Kaijević für Jugoslawien.

Über den Krieg ist in unserer Presse hinreichend berichtet worden. Doch soll der Frage nach dem scheinbar ungewollten Versagen der Diplomatie der EG (und später der UNO) nachgegangen werden. Nachdem schon die ersten Abkommen keine Einstellung der Kämpfe zur Folge hatten und der ehemalige englische Außenminister Lord Carrington als Unterhändler der EG eingesetzt worden war, tritt die Diplomatie auf der Stelle. Ein groteskes Schauspiel.

Carrington verhandelt immer wieder mit den gleichen Partnern, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten: mit dem serbischen Präsidenten Slobodan Milosević, seinem Verteidigungsminister General Kadijević und dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman. Es kommt der EG nie in den Sinn, die wirklichen Kriegsherrn, Generäle, lokalen Machthaber und Führer von Milizen zu Waffenstillstandsgesprächen aufzubieten. Die politisch immer unlösbarer werdenden Fragen, wie ein endgültiger Friede aussehen sollte, bleiben mit dem Problem der Einstellung der Kämpfe verknüpft und blockieren jeden Fortschritt.

▶ Mißlungene Diplomatie ◀

Die Erklärung für dieses ,,Versagen" des Westens liegt meines Erachtens auf der Hand. So lange als möglich, hoffte man den jugoslawischen Staat in Ruhe und Ordnung zu erhalten, sei es auch unter Inkaufnahme einer militärisch gestützten Parteidiktatur oder einer von der serbischen Zentrale organisierten Militärdiktatur. Damit würde sich ein Ansteckungseffekt auf die nach Unabhängigkeit rufenden militanten Bewegungen in mehreren EG-Staaten vermeiden lassen; man denke an Spanien und seine Basken, Frankreich mit den Korsen, England mit Nordirland usw.

Zweitens würde ein Gesamtstaat die für die EG wichtigen Handelswege durch den Balkan gewährleisten; es wären keine neuen Grenzen und Engpässe für den EG-Warentransport zu befürchten. (Den serbischen Staatsbahnen wurden noch im Herbst 1991 enorme DM-Kredite zum Ausbau der Bahnlinien gewährt). Schließlich war die Jugoslawische Armee zur größten und bestgerüsteten Streitmacht in Europa außerhalb der NATO geworden. Erst nach ihrer Erschöpfung in einem immer längeren Krieg würde sie an Bedeutung verlieren. Daher das Waffenembargo, das Serbien am wenigstens trifft, weil es eine eigene (zum Teil in Bosnien gelegene) Waffenproduktion besitzt, und die Weigerung, die Treibstoffeinfuhr mit einem Embargo zu belegen, was die motorisierte reguläre Armee, zum Unterschied von den Milizen und Garden, am ehesten lahmgelegt hätte.

Die serbische Führung spielte mit. Sie hielt nach außen die Option einer Wiederherstellung Jugoslawiens aufrecht, als sie schon längst dazu übergegangen war, für ein anderes Konzept, für die Erweiterung Serbiens zu Großserbien zu kämpfen. Die EG wandte sich ihrerseits an den jugoslawischen Staat, als die einzige föderative Institution, die noch funktionierte, die unter serbischem Einfluß kämpfende Armee war.

▶ Deutsche Interessen ◀

In Deutschland, und anfänglich auch in Österreich war eine andere Auffassung laut geworden: Entgegen dem zynisch anmutenden Kalkül, jenseits der Grenzen der europäischen Festung günstige Handelswege und Machtpositionen zu erzeugen, sei es um den Preis eines schrecklichen Krieges ,,vor der Haustür", schien es vorteilhafter, mit den aufstrebenden pluralistisch-demokratischen Kräften Partnerschaften einzugehen, neue Flüchtlingsströme zu vermeiden und im Südosten Einfluß und Wirtschaftsverbindungen zu gewinnen.

Das offizielle Österreich schwieg bald still, weil es in die EG aufgenommen werden möchte. Doch auch Genscher wurde zurückgepfiffen. Dies gelang umso leichter, als die serbische Propaganda schon vor Beginn der Feindseligkeiten Deutschland als das nach Süden expandierende ,,IV. Reich" denunzierte, Genscher als einen neuen Hitler oder Goebbels dargestellt hatte. Der Widerstand der EG wurde mit weiteren absurden Argumenten begründet. Die ,,vorzeitige" Anerkennung könnte die Armee provozieren, die doch schon seit Monaten in Kroatien kämpft und wütet. Oder, die EG müsse sich zurückhalten, um Bosnien nicht zu gefährden, während der Auszug der Serben aus dem Parlament in Sarajewo, die Gründung serbischer autonomer Gebiete und enorme Truppenkonzentrationen in Bosnien längst zu bedrohlichen Tatsachen geworden sind.

Jene Stimmen in westlichen Medien, die — nicht unähnlich der serbischen Propaganda — vor dem Alleingang des nach der Vereinigung angeblich allzu machtbewußten Deutschland warnen, sind für mich ein weiteres Zeichen dafür, daß die zynische Politik der ,,Neuen Weltordnung" sich auch in der EG durchzusetzen droht: Besser ein blutiger Krieg draußen, der den eigenen Zusammenhalt fördert, als eine Friedenspolitik, die die ,,Gefahr" weiterer Rufe nach Unabhängigkeit und die Bildung wirtschaftlich relativ unabhängiger Staaten — draußen vor der Tür — begünstigt.

Es ist mir nicht eben angenehm, einmal mit der Politik der FDP/CDU und sogar des neonaziverdächtigen Jörg Haider der österreichischen FPÖ übereinzustimmen. Ist diese Sachelage der einzige Grund dafür, daß *die* ,,Linken" und sogar die Friedensfreunde angesichts des Krieges in Jugoslawien auffallend still sind? Ich glaube, daß auch die relative Kompliziertheit der Verhältnisse allein nicht ausreicht, das fehlende Interesse an der Sache zu erklären. Zum Unterschied zum Krieg am Golf geht es nicht um eine ,,gerechte Sache", zu der man so oder so Stellung beziehen könnte. Es sind keine prominenten ,,positiven Helden" auszumachen, mit denen man sich identifizieren könnte, eher zwei einander bekämpfende negative, Milosević und Tudjman und dazu noch widerwärtig ,,faschistoide" Bandenführer auf beiden Seiten. Der stille vernünftige slowenische Präsident Kućan ist das Gegenteil von einem Medienstar.

Dennoch gibt es im heutigen Jugoslawien genug, was man bewundern könnte und unterstützen müßte. Sowohl in Serbien als auch in Kroatien gibt es eine Opposition gegen die ultranationalen Politiker und je ein mutiges kritisches Wochenblatt ,,Vreme" bzw. ,,Danas", die trotz enormer Schwierigkeiten und Drohungen erscheinen, ebenso Radiosendungen wie das ,,Dritte Programm" des Kroatischen Radios. Wahrscheinlich ist ein Großteil der Männer und Frauen in allen Teilen Jugoslawiens gegen den Krieg, der von machtgierigen Politikern und verrückten egozentrischen Generälen geführt wird.

Frauen haben die Parlamente von Belgrad und von Sarajewo besetzt, Mütter (und Väter) sind vor die Kasernen gefahren, um ihre Söhne heimzuholen. Immer mehr Soldaten der Armee desertieren, Reservisten entziehen sich der Einberufung, und haben bereits kollektive Proteste gegen den Krieg veröffentlicht. Friedensgruppen arbeiten intensiv in Serbien, Kroatien und allen anderen Landesteilen. Wer sich für den Frieden einsetzt, wird von den Kriegsparteien als Verräter denunziert. Dennoch arbeiten Friedensgruppen (Helsinki-Gruppe, IPPNW und andere) weiter, in Belgrad an öffentlichen Plätzen, in Zagreb in wöchentlichen Meetings. Sie versuchen, sich überall im Land zu vernetzen und die Friedenswilligen zu unterstützen. Die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in den bisher verschonten Gebieten ist groß. Insbesondere Slowenien hat effektive Hilfe für kroatische Flüchtlinge geleistet.

Nachbemerkung:
Dieser Aufsatz wird veraltet sein, wenn er gedruckt wird. Vielleicht ist dann das eine Ziel des Westens, die Zersetzung der jugoslawischen Armee, erreicht, ist jedoch erst wenig geleistet. Die völlige Unterdrückung der Albaner von Kosovo ist nicht aufgehoben. Die in Kroatien und Serbien erstarkten, ultranationalen Milizen, Garden und Banden werden ihren Bürgerkrieg fortsetzen. Derzeit (13.1.1992) sieht es so aus, daß Slobodan Milosević sein Großserbien unter der Etikette eines Kleinjugoslawiens durchsetzen und versuchen wird, die konservativen Kräfte in EG und UNO mit diesem Ordnungskonzept noch einmal auf seine Seite zu ziehen. ■

Paul Parin lebt als Ethno-Psychoanalytiker und Schriftsteller in Zürich. 1991 erschien von ihm im Rowohlt-Verlag das Buch ,,Es ist Krieg und wir gehen hin", wo er als Arzt in den 40er Jahren an den Kämpfen der Befreiungsarmee unter Tito teilnahm.

KLAUS VACK

Friedensprojekt für die Insel Vis

Wenn auch bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe einige Zeichen darauf hindeuten, daß es zu einem im großen und ganzen haltbaren Waffenstillstand zwischen den verfeindeten Regimen im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien kommen könnte, wäre es leichtfertig, an einen baldigen Frieden oder gar Versöhnung zu glauben. Zu mächtig sind die Herrschaftsansprüche der beteiligten Cliquen und zu tief sind die Gräben, die der Bürgerkrieg aufgerissen hat, als daß die in dieser Region zentrale Minderheitenproblematik von heute auf morgen human gelöst werden könnte. Gerade in dieser Situation spielt das Engagement der Antikriegsbewegung und der Bürgerrechtsgruppen in den Republiken des ehemaligen Jugoslawien eine nicht zu unterschätzende Rolle (vgl. Ludovico in *links* Nr. 259, Dezember 1991). Klaus Vack beschreibt als ein Beispiel das Europäische Friedensprojekt für die Kroatische Adriainsel Vis, an dem er mitarbeitet.

Während der Europäischen Friedenskarawane durch Jugoslawien Ende September 1991 hatte ich ein längeres Gespräch mit Vlasta Jalusic, einer Journalistin aus Ljubljana, in dem sie mich mit den ersten Ideen einer Initiative zur Entmilitarisierung der Insel Vis bekannt machte. Sehr oft wird ja der ,,subjektive Faktor", der unser politisches Handeln mitbestimmt, unterschätzt. Deshalb füge ich hier eine Reminiszenz ein, die ganz persönliche Bedeutung hat, wenngleich hinreichend objektive Gründe für dieses sympathische und politisch nicht unrealistische Projekt sprechen.

Gerade an jenem Abend im September 1991 in Ljubljana erinnerte ich mich an frühere Jugoslawienurlaube auf den beieinander liegenden — bis zum Beginn des Bürgerkriegs stark besuchten — Ferieninseln — Hvar und Korcula. Noch lebhaft vor Augen habe ich das Bild, wie uns ein Touristenmotorboot vom Hafen des Städtchens Hvar, vorbei an den vorgelagerten Inseln bis auf etwa zehn Kilometer Distanz an Vis heranbrachte; die Insel ragte wie viele andere in der Adria — dem Festland zugewandt — bis zu ihrem höchsten Punkt von etwa fünfhundert Metern karg und verkarstet aus dem tief blauen Mittelmeer und wirkte völlig verlassen.

Der Schiffer informierte uns über einen — wie wir es empfanden imaginären — militärischen Sperrgürtel und erklärte, daß er nicht weiterfahren dürfe und jetzt wenden müsse. Über die Gründe schwieg er sich aus.

Was hat es also mit Vis auf sich? Die Insel (381 v. Chr. erstmals als griechische Kolonie erwähnt) hat eine traditionsreiche, oft kriegerische Geschichte. Besonders zu Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden große militärische Befestigungsanlagen. Und im 18. und 19. Jahrhundert wechselte Vis häufig ihre Besitzer: Mal gehörte sie zu Italien, mal zu England, mal zu Österreich, und seit der Proklamation des ,,neuen Staates" am 1.12.1918 zum Königreich Jugoslawien. Während des Zweiten Weltkriegs war auf Vis wegen ihrer militärischen Befestigung, der hügel- und tälerreichen georgraphischen Vegetation vorübergehend das Kommando der Partisanenarmee stationiert, die gegen die deutschen und italienischen Faschisten kämpfte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte durch die Jugoslawische Volksarmee (JVA) ein weiterer Ausbau der militärischen Infrastruktur auf Vis, um das jugoslawische Territorium gegen die (italienischen) Nato-Streitkräfte ,,zu verteidigen". Vis wurde militärisches Sperrgebiet; ausländische TouristInnen hatten bis 1989 keinen Zutritt zu der Insel. Im gegenwärtigen Konflikt sind die auf der Insel stationierten Waffen und Kräfte der JVA gegen die kroatische Adriaküste gerichtet und gefährden damit auch die noch verbliebene kleine kroatische Bevölkerungsgruppe (gegen 1970 etwa 10 000, heute gerade noch 2 000 zivile Einwohner mit einem Durchschnittsalter von knapp unter 60 Jahren).

Inzwischen wurde von einer Forschungsgruppe des Friedensinstituts in Ljubljana ein Aktionskonzept ,,Europäisches Friedensprojekt für die Insel Vis" ausgearbeitet. Ziel des Projekts ist die völlige Entmilitarisierung der Insel Vis und ein Status wie der der Alandinseln zwischen Schweden und Finnland. Diese wurden 1921 durch den Völkerbund Finnland zugewiesen und zugleich entmilitarisiert. Diese Entscheidung wurde auch während des Zweiten Weltkriegs respektiert.

Eines der Hauptprobleme des Projekts besteht darin, Wege für einen Abzug ,,ohne Gesichtsverlust" der JVA zu finden und die Stationierung neuer Streitkräfte auf der Insel zu verhindern. ,,Deshalb sind wir", so schreibt die Projekt- und Forschungsgruppe, ,,auch sehr beunruhigt über die Möglichkeit, daß kroatische Streitkräfte versuchen, die Insel zu befreien, denn dies würde wahrscheinlich zu ihrer totalen Zerstörung führen. Daher darf das Ziel nicht nur die Entmilitarisierung der Insel durch den Abzug der JVA, sondern muß zugleich die Verhinderung jedweder erneuter Militarisierung sein." Die Projektgruppe strebt deshalb eine Internationalisierung — ,,Vis, eine europäische Insel!" — an, und zwar durch eine selbständige, unabhängige Aktion der Inselbewohner, und parallel dazu durch die Unterstützung sympathisierender BürgerInnen und Institutionen sowie von Friedensgruppen in Kroatien, aus den übrigen Republiken des ehemaligen Jugoslawien und aus möglichst vielen Ländern Europas.

Inzwischen hat sich auch auf Vis eine Bürgerinitiative gebildet. Das Konzept für eine Entmilitarisierung der Insel wird von einem überwiegenden Teil der Inselbevölkerung unterstützt; ebenso von vielen Menschen, die aus Vis stammen und heute verstreut über die Republiken des ehemaligen Jugoslawien leben. Es gibt erste positive Reaktionen aus Italien, Österreich und den USA. Ein Unterstützungskomitee in der BRD ,,Europäisches Friedensprojekt für die Insel Vis" wird demnächst gegründet. Chancen dürfte das Projekt nur haben bei ausreichender Beteiligung von Bürgerinitiativen, Friedensgruppen und Friedensforschung, unter Einbeziehung der Menschen, die auf Vis leben und mit der Perspektive einer gewaltfreien Regelung des Konfliktes. In diesem Sinne ist auch die Popularisierung des Projekts in der Bundesrepublik sehr wichtig, zumal die öffentliche Meinung hierzulande die zahlreichen und keineswegs völlig einflußlosen Aktivitäten der Anti-Kriegs-Opposition in den einzelnen Republiken und über deren Grenzen hinaus, kaum zur Kenntnis nimmt. ■

Weitere Informationen: Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Zur Spenden- und Hilfsaktion:

Jugoslawien — Verständigung statt Krieg

Da die großen Medien im Falle des jugoslawischen Bürgerkriegs nicht müde werden zu fragen, „wo bleibt die Friedensbewegung?", geben wir hier dem Komitee für Grundrechte und Demokratie Gelegenheit, über wichtige Punkte seiner Spenden- und Hilfsaktion dort zu informieren.

1. *Das Komitee startete die Spenden- und Hilfsaktion „Jugoslawien — Verständigung statt Krieg" im August 1991. Der Spendenaufruf mußte anfangs durch bezahlte Anzeigen publiziert werden; erst später gab es Hinweise oder Informationen in nahestehenden bzw. friedenspolitisch orientierten Publikationen.*

2. *Ca. 90000 DM wurden Friedensgruppen, vor allem in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien, dabei überwiegend in den Zentren (Belgrad, Sarajewo, Zagreb, Ljubljana) zur Verfügung gestellt.*

3. *Anfänglich (während und in Folge der Friedenskarawane durch Jugoslawien) galt die Unterstützung dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur der Antikriegsgruppen, d.h. Finanzierung von Büroeinrichtungen, Druck von Flugblättern und Publikationen, zum Diskussions- und Informationsaustausch untereinander, sowie Porto, Telefon, Telefax usw.*

4. *In den letzten beiden Monaten kam die finanzielle Hilfe u.a. der Unterstützung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern über die Anti-Kriegs-Zentren (vor allem in Sarajewo und Belgrad) zugute. Am 12. November 1991 haben in der bosnischen Stadt Sarajewo etwa 80000 Menschen unter dem Motto „Arbeit statt Krieg" demonstriert. Die Demonstration wurde ebenso finanziell unterstützt wie eine Unterschriftenaktion in Serbien, mit der ein Volksentscheid gegen den Krieg im gesetzlichen Rahmen in Gang gesetzt werden soll.*

5. *Auch kleinere Projekte wurden gefördert, wie das Jugendkulturhaus in Belgrad, Initiativen in Rijeka und in der Vojvodina (Novi Sad), das Friedensprojekt für die Insel Vis.*

6. *Zur Zeit prüfen Experten die Einrichtung eines E-Mai-Informationsnetzes (Kosten ca. DM 11000), das die Kommunikation zwischen den Friedenszentren in Belgrad, Sarajewo, Zagreb und Ljubljana (und damit auch zu uns in der BRD) wieder vereinfachen soll, nachdem die derzeitige serbische Regierung die Telefon- und Telefaxverbindungen zwischen den einzelnen Republiken gekappt hat.*

7. *Auf Anfrage der Friedensliga Zagreb (zu der seit längerem Verbindungen bestanden) hat sich das Komitee mit Geldern aus der Spenden- und Hilfsaktion sehr wirkungsvoll der Medikamentenhilfe angenommen. Obwohl es hierzu bereits einige lokale Initiativen gab, konnten diese in der Regel hochwertige und dringend benötigte medizinische Versorgungsgüter (z.B. Narkosemittel, Antibiotika, Blutersatz- und Impfstoffe sowie Medikamente zur Dialyse) nicht zur Verfügung stellen. Zumindest Ende Oktober/Anfang November '91 mußte außerdem der Eindruck entstehen, daß sich die großen Hilfsaktionen zurückhalten, bzw. medizinische Hilfsmittel „versackt" sind. Wir vom Komitee für Grundrechte und Demokratie haben alle medizinische Hilfsgüter eigenhändig und direkt dorthin gebracht, wo sie gebraucht wurden, und ausschließlich für die Versorgung von Zivilisten. Insgesamt transferierten wir Medikamente und Verbandstoffe im Wert von ca. 420000 DM nach Kroatien, wobei die entstandenen Kosten niedriger liegen, weil wir zu großzügig reduzierten Preisen einkaufen konnten.*

9. *Inzwischen konzentriert sich unsere Spenden- und Hilfskation wieder stärker auf finanzielle Unterstützung für die Anti-Kriegs-Arbeit im ehemaligen Jugoslawien, weil — aus aktueller Sicht — medizinische und Versorgungshilfe in zunehmenden Maße durch große Organisationen, Regierungen und zahllose lokale Initiativen die entsprechende Versorgung im „zivilen Sektor" weitgehend sicherstellen.*

Zum Vorwurf an „die" Friedensbewegung an dieser Stelle lediglich eine Bemerkung: Bei allen denkbaren Differenzierungen mißbilligen Bundesregierung, Parteien, „die" Friedensbewegung und fast alle Bürgerinnen und Bürger die Massaker zwischen Serben und Kroaten; und alle sind weitgehend hilflos; es gibt keine Adresse, an welche sich der Protest z.B. einer Großdemonstration in Bonn richten könnte; wer für Frieden in Jugoslawien auf die Straße geht, um jene Nachrichten zu verbreiten, die ohnehin geläufig sind, rennt u.E. ins Leere.

In diesem Sinne wird die Spendenaktion fortgeführt: Jugoslawien — Verständigung statt Krieg, Volksbank Odenwald eG, Konto Nr. 8024618, BLZ 50863513

Komitee f. Grundrechte und Demokratie e.V., 6121 Sensbachtal, Klaus Vack

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Februar-Ausgabe des *express*:

Gruppenarbeit bei Opel aus der Sicht eines Bandarbeiters — Dokumentation der *express*-Tagung zu Beteiligungskonzepten im Betrieb ● Krisendeutung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ● Draußen vor der Tür? Deutsche Unternehmen in Fernost ● Indonesien — Proteste gegen Billiglohnland ● Neues Zeitalter angebrochen? — Zur Wahl des Teamsters in den USA ● Interview mit Theo Steegmann zum Stahlstreik ● Kritische Gewerkschaftsakademie — Interview mit Martin Kempe ..

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

ROBERT DETOBEL

Zwischen Scylla und Charybdis

Der Islam zwischen FLN und FIS in Algerien

Nicht nur eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung der politischen Machtkämpfe zwischen FIS und FLN gibt Robert Detobel in einem fundierten Artikel. Sein Beitrag liefert auch viele historische Hintergrundinformationen sowohl zur Entstehung und Funktion der islamischen Bewegung als auch zum Machtaufstieg bishin zum politischen Bedeutungsverlust der FLN.

Als die Islamische Heilsfront im Juni 1990 bei den Kommunal- und Provinzwahlen etwa 55 % der Stimmen erhielt, behielt die regierende Noch-Einheitspartei FLN kühlen Kopf. Sie rechnete sich trotz des Desasters gute Chancen für die kommenden Parlamentswahlen aus — doch ihre Rechnung ging nicht auf. Alle Nichtwähler (immerhin etwa 65 %, so das Kalkül der FLN) waren nicht für, sondern gegen die FIS. Dieser erste Satz von der Erhaltung der Macht könnte so formuliert werden: Die FIS hat ihr Wählerpotential ausgeschöpft. Die zweite Voraussetzung war: Ein Gutteil der Wähler hätte weniger die FIS gewählt, denn der regierende FLN einen Denkzettel verpassen wollen. Zweiter Satz von der Erhaltung der Macht: Die FIS hat nicht nur ihr Wählerpotential ausgeschöpft, sie ist sogar blitzartig auf ein Niveau geschossen, auf dem sie sich eben nicht viel länger als die Dauer eines Blitzes werde halten können. An Gedanken über die Entropie der politischen Macht wurde keine Zeit verschwendet; daß die ihrer Allmachtsaura beraubte FLN rapide weiter an Anziehungskraft einbüßen könnte, war nicht denkbar. Im Gegenteil: Die Algerier würden es sich wohl noch einmal überlegen, den bärtigen Puritanern, diesen mittelalterlichen Moraltravestiten die Geschicke des ganzes Staates anzuvertrauen.

Dritter Satz von der Erhaltung der Macht, der Disproportionalitätssatz: Die Wähler würden die FIS — sie stand ja nach eigenem Verständnis mit Gott selbst im Bunde — für ein Jahr Verwaltungsmängel härter bestrafen als die FLN für fast 30 Jahre.

Daß es zum Wahlsieg der Scylla FLN über die Charybdis FIS käme, glaubte man außerdem sicherstellen zu können, indem zusätzliches Parteienangebot geschaffen wurde. So trat der ehemalige Premierminister Kasdi Merba mit einer eigenen Partei an. Da war noch der ,,chef historique", FLN-Gründer und ehemalige Präsident Ben Bella und seine Partei MDA (Bewegung für die Demokratie in Algerien), der in seiner Heimatregion Oran gewiß einige Sitze erringen würde. Da war der andere FLN-Gründer und ,,chef historique" Ait Ahmed, dessen Partei FFS (Front der Sozialistischen Kräfte) sich mit der RCD (Sammelbewegung für die Kultur und die Demokratie) des sehr westmodernen Said Sadi sämtliche Sitze des kabylischen Umlands der Hauptstadt teilen würde. und da waren noch gut 45 weitere Parteien.

Am zweiten Weihnachtstag wählte die

Algier, Dezember '91: Das Gebet der Sieger (FIS) am Tag nach dem ersten Wahlgang.

Algier 1956: Ben Bella, Boudiaf, Ait Ahmed, Lachraf, Khider, nach dem Kapern ihres Flugzeugs.

Gesamtheit der Algerier allerdings zwischen der Charybdis FIS und der Skylla FLN-Wahlenthaltung. Etwa 41 % der Algerier wählten nicht.

Das Kalkül der FLN beruhte auf zwei weiteren Voraussetzungen, beide ebenso gründlich überheblich wie falsch: daß sie noch fähig wäre, die Algerier zu mobilisieren, und daß sie das Kernstück des Staates bildete. Beides stimmte längst nicht mehr. Selbst während des Befreiungskrieges war der Islam ihr an Mobilisierungskraft weit überlegen. Und spätestens seit Ende der 50er Jahre, nicht erst seit Boumedienne am 19. Juni 1965 Ben Bella per Staatsstreich entmachtete, war die Armee die stärkste politische und wirtschaftliche Kraft, die sich zunächst im Hintergrund hielt, nach der Revolte vom Oktober 1988 jedoch immer deutlicher, kaum verhohlen dann nach den Unruhen vom Juni 1991, auf Distanz zur Partei ging, um nach dem weißen Putsch gegen Bendjedid Schadli schroff die FLN zur freiwilligen Selbstauflösung zu drängen: Die Besetzung des Hohen Staatskomitees im Januar 1992 mit lauter Leuten, die für ihre Ablehnung der FLN bekannt sind, kommt einem politischen Todesurteil nahe.

Islamischer Reformismus Erster Ausdruck des Nationalismus

In einem Manifest, das die FLN nach den ersten Attentaten, die am 1. November 1954 den Befreiungskrieg einläuteten, verbreiten ließ, nannte sie die Wiederherstellung des von den Kolonialisten zerschlagenen algerischen Nationalstaates als vorrangiges Ziel. Das war eine historische Fälschung, wenn auch ein zum Eintritt in die Geschichte unumgänglicher Mythos, wie ihn jeder Nationalstaat im Werden entwirft und entwerfen muß.

In Wirklichkeit war der Boden des Nationalismus in den beiden anderen maghribinischen Ländern, den Protektoraten Marokko und Tunesien, weitaus besser geschichtlich bestellt als in Algerien. Marokko bildete bereits einen eigenen Staat mit einer zwar schwachen, aber aus religiösen Gründen doch anerkannten Zentralgewalt. Die Urbanisierung Tunesiens, das zum Osmanischen Reich gehörte, bildete einen fruchtbaren Boden für den Nationalismus.

Algerien, das bis 1830 ebenfalls zum Osmanischen Reich gehörte, war ein Land, das wesentlich aus Wüste und im Norden aus Ackerbau betreibenden partikularistischen Gemeinwesen bestand. Der Islam Algeriens vor den 30er Jahren wird gemeinhin als Volksislam bezeichnet. Es war ein Glaube, der noch sehr viel heidnische Bräuche wie Heiligenverehrung und gar deutliche Spuren archaischer Fruchtbarkeitskulte enthielt. Er war außerdem ein Islam, wie er nach der reinen Lehre des Propheten nicht existenzberechtigt war. Vermittelt wurde er über begnadete, Wunder verrichtende Marabuts (ein Wort, das von „Mönch" abgeleitet ist), die zwar auch den Koran lehrten, aber ansonsten in vielen Hinsichten dem bäuerlichen Bedürfnis nach sichtbaren Zeichen des Übernatürlichen und der Fruchtbarkeit entgegenkamen. Diese Marabuts beherrschten das soziale Leben der algerischen Bauern. Sie nahmen außerdem Funktionen wie Unterricht und die Verbindung zwischen den einzelnen bäuerlichen Gemeinwesen untereinander und mit der Stadt war. Beide Monopolfunktionen wurden von der französischen Kolonialverwaltung untergraben.

Aber auch in den Städten konnte von einem Nationalbewußtsein kaum die Rede sein. Die einheimische städtische Mittelschicht strebte nicht einen eigenen Nationalstaat, sonden den vollwertigen französischen Bürgerstatus an. Noch in den 30er Jahren wird ihre bekanntester Vertreter Ferhat Abbas, der spätere Premierminister der algerischen Exilregierung in Kairo und Tunis, erklären, man möge ihm doch zeigen, wo die algerische Nation sei, er könne sie nirgendwo erblicken.

Die von Scheich Ben Badis ins Leben gerufene Ulama-Bewegung (Ulama = Gruppe islamischer Gelehrter) schloß sich den Reformbewegungen von Denkern wie al-Afgani und Mohammed Abduh an, den Islam zu modernisieren. Es ist mehr als nur eine anekdotische Fußnote, wenn ein Kenner Algeriens wie Bruno Etienne in einer Fußnote zu seinem Aufsatz „Le Socialisme Algérien" erwähnt, daß FLN-Führer einräumen, wenn auch nur widerwillig, die Mudjahiddin seien mit dem Ruf „Allah ist groß" begeisterter in den Kampf gezogen als mit den ihnen fremden sozialistischen Parolen. Für alle Algerier war der Islam nicht nur gelebte Praxis, es war bei fehlendem Nationalbewußtsein die einzige Quelle ihrer Identität, ihre einzige unterscheidende Selbstbehauptung gegenüber den Siedlerkolonialisten. Mehr als die arabische Sprache, die von den in dem kabylischen und Aures-Gebirge lebenden Berbern nicht als nationstiftendes Element empfunden werden konnte — und kann. Die FLN stand somit vor der Aufgabe, das soziale Programm der reformistischen Ulama-Bewegung, überzeugender einzulösen als diese selbst.

Vordergründig politisch schien dies einfach, allemal dann, solange der Krieg gegen die französische Kolonialmacht währte. Es zeigte sich jedoch, daß die Islamisten, obwohl sie als Reformbewegung direkt politisch kaum in Erscheinung traten, über die Jahre hinweg weitaus bessere Trümpfe gesammelt hatten als die FLN. Denn die islamische Reformbewegung war immer, und zunächst nur: eine soziale Bewegung, die darauf zielte, die Jugend zu organisieren. Zum Beispiel in ihren Schulen. Zum Beispiel in der Pfadfinderbewegung. Der belächelte pathetische Ausruf Ben Bellas in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, die Pfadfinderbewegung zum nationalen Anliegen zu machen, nimmt sich vor diesem Hintergrund vielleicht immer noch etwas tribuzinisch verschroben, jedoch nicht mehr absurd an.

Ausbreitung der Fundamentalisten

Die heutigen Fundamentalisten lehnen direkt an die von Scheich Ben Badis gegründete Ulama-Bewegung an. Im Unterschied zum Gründer sind sie jedoch über die reine soziale Bewegung hinausgegangen und haben die politische Arena betreten. Erstere bleibt jedoch die Vorausetzung des politschen Einflusses. Ähnlich den Kirchen in Osteuropa, nur, da der Großteil der FLN-Führer (Boumedienne ist der augenfälligste Beweis) selbst überzeugte Muslime waren, sehr viel ausgeprägter, war der Islam das einzige Feld, auf dem Opposition gegen das Regime möglich war. Was von westeuropäischen Linken allzu oft als wohlwollende, ja paternalistische Duldung des Islam seitens der algerischen Revolutionäre mißverstanden wurde, war in Wirklichkeit einerseits innerste Überzeugung, andererseits unumgängliche Realpolitik. Tatsächlich setzt die

fundamentalistische Eroberung der Gesellschaft bereits in den 70er Jahren ein, nicht von ungefähr nach dem mißlungenen Versuch der FLN, die lange in Aussicht gestellte Agrarreform, die Kollektivierung des Bodens, gleichzeitig als Mobilisierungsstrategie zu benutzen. Gleichzeitig wird die Arabisierungspolitik stärker betrieben, vielleicht deshalb, weil man durch diese doppelte Strategie die Reformisten beschwichtigen wollte, in erster Linie allerdings, weil die FLN aufgrund ihrer Geschichte gezwungen war, diese Doppelschiene Staatssozialismus-Islam zu fahren.

Offensichtlich verstanden die islamischen Reformisten die Kampagne um die Agrarreform (die inzwischen rückgängig gemacht worden ist) als einen Angriff auf ihr Revier. Ihre Antwort war die Eroberung der Moscheen. Es war ein Kampf auf verschiedenen Ebenen; zwangsläufig, denn die Moschee ist nicht nur Betplatz, sondern auch Begegnungsstätte. Es war allerdings auch ein Kampf um die revolutionäre Symbolik, wie die Wahl einiger Standorte zeigt: Gewählt wurden oft herrenlose Relikte der Kolonialzeit wie Kirchen oder Kneipen. Gewählt wurden allerdings auch Garagen, Einzelzimmer, Bauplätze. So konnten die Moscheen und mit ihnen der Einfluß der Fundamentalisten in Feinstverteilung über die dichtbesiedelten Städte verstreut werden. Kurz: der religiöse Freiraum wurde nach Möglichkeit ausgenutzt, um der regierenden Modernisierungs- und Mobilisierungskonkurrenz sozialen Boden abzutrotzen.

Die fundamentalistische Bewegung hat viele Funktionen: Diskurs einer bestimmten Weltvorstellung, Diskurs zum reinen Zweck der Machtergreifung, Diskurs der Modernisierung, der Mobilisierung, der Nationalstaatswerdung, eines bestimmten Gemeinschaftsideals, eine Legitimationsstrategie. Insofern die fundamentalistische Bewegung all diese Zwecke erfüllt, hat sie zumeist nur bedingt mit dem Islam als Weltanschauung zu tun.

Die Geburt der FLN

Die erste ,,moderne", nicht im Namen des Traditionalismus gerichtete algerische Opposition ging jedoch nicht von der reformistischen Ulama-Bewegung aus, sondern von den in der maghribinischen Arbeiterbewegung ,,Etoile du Nord" organisierten Algeriern unter Führung von Messali Hadj, einem Arbeiter bei Renault, der neben Ferhat Abbas und bis zum Beginn des Befreiungskampfes dominierenden politischen Persönlichkeit. Zunächst eng an den Kommunismus anlehnend, wurde Messalis Partei zunehmend nationalistischer. Seit 1936 nannte er seine Partei ,,PPA" (Partei des Algerischen Volkes). Nach 1945 legte sich diese Partei einen Namen zu, der den Eindruck erweckte, als wolle sie sich, entgegen ihren früheren erklärten Absichten, ausschließlich innerhalb der Legalität bewegen: Bewegung für den Triumph demokratischer Freiheiten (kurz: MTLD). Gleichzeitig mit diesem feierlich-demokratischen Aushängeschild gab sich die Partei jedoch eine bewaffnete Geheimorganisation, die Organisation Spéciale, deren Aufgabe es war, durch Überfälle auf Banken und Waffenlager die Mittel für den bewaffneten Kampf zu sammeln.

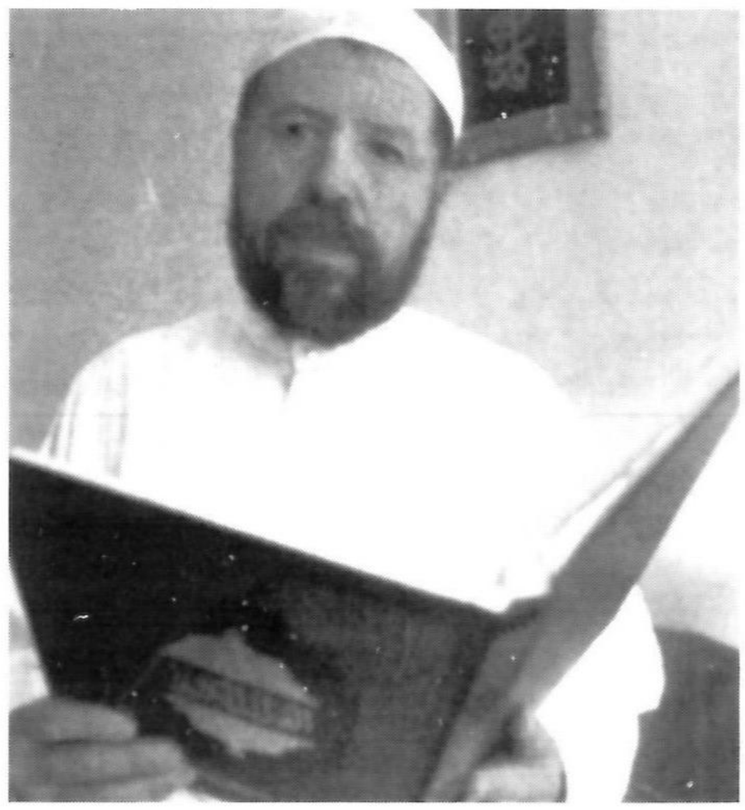
Gegen den autokratischen Führungsstil des meist im Exil lebenden Messali Hadj trat innerhalb der MTLD eine doppelte Opposition auf. Die sogenannten ,,Zentralisten" befürworteten eine kollektive Führung. Der Gegensatz wird sich später sowohl innerhalb der FLN gegen die Eigenmächtigkeit Ben Bellas als auch im Sommer 1991 innerhalb der FIS auftun: Wahrscheinlich hat Scheich Abassi Madani die Konfrontation mit Armee, Regierung und Partei gesucht, um innerhalb der Majlis Al-Schuria, dem kollektiven Führungsorgan der Partei, seinen Machtanspruch durchzusetzen. Die Wiederkehr dieses Gegensatzes in jeder dieser so unterschiedlichen Parteien ist deshalb bemerkenswert, weil in jedem der drei Fälle Kabylen zu den treibenden Kräften der Fronde gegen den Alleinführungsanspruch zählten. So erhob sich Ait Ahmed bereits 1962 gegen Ben Bellas Votum für eine Einheitspartei. Im Sommer 1991 wurde einer der Mitbegründer der FIS, der kabylische Scheich Achmed Merani, wegen seiner heftigen Kritik an Abassi Madani ausgeschlossen und erwägt — wie einst Ait Ahmed mit seiner 1963 gegründeten Partei der sozialistischen Kräfte — eine eigene islamische Partei zu gründen, die sich auf die demokratischen Spielregeln einlassen will.

Vorbild Kommunistische Partei

Die andere Opposition kam aus den Reihen der jungen Aktionisten der Organisation Spéciale. In einem Manifest nach den ersten konzertierten Bombenanschlägen vom 1. November 1954 (die nicht nur von der Kolonialmacht, sondern auch — aus unterschiedlichen Gründen — von den beiden wichtigsten algerischen Parteien als aussichtslose blinde terroristische Aktion empfunden werden)rechtfertigten diese ihr Vorgehen mit der Unentschlossenheit aller legalen Parteien. Messali Hadj warfen sie seine Führerallüren vor. Es werden später von dieser oppositionellen Gruppe verhaltensethische Anweisungen an die Zivilbevölkerung formuliert; sie verweisen weniger auf sozialistische oder nationalistische Ideale denn auf islamische Verbote wie den Tabak- und Alkoholgenuß.

Anders als Frantz Fanon sehen die historischen Führer der FLN die wesentliche Chance der Kolonialisierten gegenüber den Kolonialisten durch ihr Anderssein, ihr kollektives Selbstwertgefühl zu behaupten in der konsequenten Treue zu ihrer Religion.

Obwohl die FLN beansprucht, eine für die breitesten nationalistischen Strömungen offene Front zu sein, ist sie ursprünglich doch eine nach dem Muster kommunistischer Parteien aufgebaute Organisation. Die FLN, die dann 1962 an die Macht kommt, ist nicht mehr diese Partei der ersten Stunde, sondern eine Partei, die sich neu als Einheitspartei nur dank der Armee neu formieren kann.



Abassi Madani, Chef der FIS, z.Zt. im Gefängnis.

Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung ist in der Ausschaltung des Einflusses der ,,historischen Führer" zu sehen. Ende 1956, knapp zwei Jahre nach der Gründung, ist nur noch einer von ihnen in der vorläufigen algerischen Revolutionsregierung vertreten.

Zur Vorherrschaft gelangen in dieser Situation aber nicht die Mudjahiddin im Innern des Landes, sondern die sogenannte äußere Armee, die jenseits der West- und Ostgrenze in Marokko und Tunesien stationiert ist. Diese äußere Armee unter Führung eines noch 1962 der internationalen Öffentlichkeit völlig unbekannten Oberst Houari Boumedienne (eigentlich Mohammed Bouhkarouba), greift zwar nicht in die Kampfhandlungen ein, denn die Franzosen haben die Grenzen derart gut befestigt, daß nur gelegentlich Aktionen Aussichten auf Erfolg haben. Es bedeutet aber gleichzeitig, daß die vom Ausland bereitgestellten Waffen und sonstigen Mittel sich eben auf diese äußere Armee konzentrieren, die an den Grenzen Algeriens praktisch ihre eigenen Staatsstrukturen aufzubauen vermag. Nur durch das Bündnis mit Boumedienne kann sich Ben Bella 1962 behaupten und die FLN als Einheitspartei durchsetzen (u.a. gegen die für ein Mehrparteiensystem eintretenden Ait Ahmed und Mohammed Boudiaf). Als Ben Bella versucht, sich durch Milizen eine eigene militärische Macht gegen Boumedienne zu schaffen, wird er 1965 gestürzt.

Modell Boumedienne

Boumedienne baute nun selbst ein Herrschaftsmodell auf, in dem die Armee zwar der überragende, aber nicht mehr der ausschließliche Machtfaktor war. Gegenkraft wurde jedoch nicht so sehr die Partei als der Geheimdienst. Als weitere Maßnahme gegen einen erneuten Putsch galt seit 1965, daß der Präsident gleichzeitig Verteidigungsminister

sein sollte. Beim Aufbau dieser beiden Machtzentren machte er sich auch regionale Rivalitäten zunutze. Boumediennes Charisma, nicht der längst verbrauchte revolutionäre Kredit der FLN, begründete die Legitimation des Regimes. Dieses Charisma beruhte auf Merkmalen, die ihn sowohl bei den Islamisten wie bei der breiten Bevölkerung legitimierten: die asketische Lebensweise, die Unbestechlichkeit, die islamische Frömmigkeit und die Treue zum Arabertum. Boumedienne weigerte sich, in der Öffentlichkeit, französisch zu sprechen; er hatte außerdem in Tunis und Kairo klassische arabische Literatur studiert, verkörperte somit gewissermaßen das Kernprogramm der reformistischen Bewegung des Ben Badis. Nach seinem Tod setzte die Armee ihren Kandidaten Chadli gegen den Salah Yahyawi, den Kandidaten der Partei, und gegen den Außenminister Bouteflika, den Kandidaten der Regierung durch.

An dem Herrschaftsmodell Boumediennes änderte sich bis zu den blutigen Unruhen im Oktober 1988 nichts. Dann wurde es jedoch klar, daß auch diese Form von Charisma gegenüber dem sich ausbreitenden Elend aufgezehrt war. Schritt für Schritt wurde das Modell Boumedienne beseitigt. Im Rückblick kommt man nicht um die Feststellung herum, daß die Armee bereits damals begann, ihre Positionen für einen erneuten Putsch zu befestigen. Im Juli 1990 wurde zum erstenmal seit 25 Jahren wieder ein Verteidigungsminister ernannt: Khaled Nezzar, der starke Mann des derzeitigen Hohen Staatskomitees. Die Armeeführung zog ihre Vertreter aus dem Politbüro zurück. Nach den Unruhen wurde auch das Innenministerium von einem General geleitet. Der Premierminister Sid Ahmed Ghozali gehörte nicht zur ersten Garnitur der Partei, sondern hatte sich einen guten Ruf als Wirtschaftsfachmann und Diplomat erworben. Das Ziel des Putsches ist nicht nur die Neutralisierung der Islamischen Heilsfront, sondern auch die Beseitigung der FLN.

So überlegt, entschlossen, technisch in fast allen Belangen perfekt die Armee zugegriffen haben mag, die FIS sitzt am längeren Hebel. Sie kann warten. Ihre Führer mögen verhaftet werden, es werden andere, radikalere Führer nachrücken. Weder Nährboden noch Infrastruktur der fundamentalistischen Bewegung können schnell ausgeschaltet werden. Die dringend benötigten Kredite dürften angesichts der unsicheren Lage storniert werden. Algerien liegt vor der Tür Europas, aber die Industrienationen werden es ihm gegenüber vermutlich sogar an dem gegenüber Osteuropa so pathetisch beschworenen guten Willen fehlen lassen. sollten die Kredite doch gewährt werden, dann nur mit den bekannten Auflagen, die das Elend der breiten Massen noch vergrößern werden. ■

Die „historischen Führer"

Als „chefs historiques" werden jene ehemaligen Mitglieder der Organisation Spéciale bezeichnet, die im April 1954 das CRUA (Revolutionäres Komitee für die Einheit und die Aktion) gründeten. Da die ursprüngliche Strategie, die beiden Fraktionen der damals einflußreichsten Partei, der M.T.L.D. (Bewegung für den Triumph Demokratischer Freiheiten, die sich Anfang der siebziger Jahre in die Fraktion des Gründers Messali Hadj und jene des damaligen Generalsekretärs Hocine Lahouel gespalten hatte) zur revolutionären Aktion zu gewinnen, mißlang, wurde der Name kurz vor der ersten Welle von Überfällen und Attentaten am 1. November 1954 in FLN (Nationale Befreiungsfront) umgewandelt. Treibende Kräfte der Gründung waren **Mohammed Boudiaf** *und* **Murad Didouche**. *Sie stellten zusammen mit* **Rabah Bitat** *und* **Mohammad Larbi Ben Mhidi** *Verbindungen zu dem bereits seit sieben Jahren tätigen Maquis in der Kabylei unter Führung von* **Belkacem Krim** *und zu den Berbern des Aurès-Gebirges her, für die* **Mustafa Ben Boulaid** *zuständig war. Weiter wurden auch die nach Kairo geflohenen ehemaligen OS-Mitglieder* **Ahmed Ben Bella, Hocine Ait Ahmed** *und* **Mohammed Khider** *herangezogen.*

Gut zweieinhalb Jahre später waren acht der neun dieser als „chefs historiques" bezeichneten Führer ausgeschaltet. Didouche (Januar 1955) und Ben Boulaid (1965) waren im Kampf gefallen, Ben Mhidi wurde nach der „Schlacht um Algier" gefangengenommen und zu Tode gefoltert. 1955 wurde ein vierter, Rabah Bitat, verhaftet. Im Oktober 1956 entführten die Franzosen das Flugzeug, das Hocine Ait Ahmed, Ahmed Ben Bella, Mohammed Boudiaf und Mohammed Khider aus Tunesien nach Marokko zurückflog. Von den CRUA-Gründern blieb nur noch Bekkacem Krim übrig, der nach der „Schlacht um Algier" (1956) ebenfalls nach Kairo geflohen war und 1962 die zur Unabhängigkeit führenden Verhandlungen in Evian leitete. Die fünf übrigen kamen erst 1962 frei. Nach Ben Bellas Sturz spielte nur noch Rabab Bitat eine Rolle, der sowohl unter Ben Bella als unter Boumedienne verschiedene Ministerposten bekleidete. Ende der siebziger Jahre wurde er Vorsitzender der Nationalversammlung; im Oktober 1990 ist er zurückgetreten. Zwischen den fünf übrigen: Ait Ahmed, Ben Bella, Khider, Boudiaf und Belkacem Krim kam es nach 1962 zu unüberbrückbaren Differenzen über die Rolle von Partei und Armee.

Khider und Belkacem Krim wurden beide vom algerischen Geheimdienst ermordet (ersterer 1967 in Madrid, letzterer 1970 in Frankfurt). Ait Ahmed und Mohammed Boudiaf lehnten die von Ben Bella geforderte Einheitspartei ab. Der Kabyle Ait Ahmed befürwortete eine Form der direkten Demokratie (wie sie in den kabylischen Gemeinwesen praktiziert wird). In seinem 1964 in Paris erschienenen Werk (La Guerre et l'Apres-guerre) vertritt er den Standpunkt, daß Marxens Analyse des Kapitalismus nicht ohne weiteres auf die sozialistischen Entwicklungsländer zu übertragen sei; so habe Marx nicht voraussehen können, daß in diesen Ländern der bürokratische Autoritarismus eine neue Form von Entfremdung schaffe. 1963 steht er an der Spitze des Aufstandes in der Kabylei. Erst verhaftet, geht er später ins Exil. 1963 gründet er die Partei „Front der Sozialistischen Kräfte", die am 26. Dezember 1991 im ersten Wahlgang 25 Direktsitze gewinnt (alle in der Kabylei). Erst 1989 kehrte er nach Algerien zurück. Im September 1990 kehrt auch Ben Bella nach 14 Jahren Gefängnis und weiteren 12 Jahren des Exils zurück (seine MDA, Bewegung für die Demokratie in Algerien, erhielt nur knapp 2 % der gültig abgegebenen Stimmen).

Auch Mohammed Boudiaf, wohl die zentrale Figur im Bildungsprozeß der CRUA und FLN, lehnte die Umwandlung der FLN in eine Einheitspartei ab, (daß Ben Bella der Initiator gewesen sei, beruht ironischerweise auf der Fehleinschätzung der französischen Geheimdienste, die Revolte am 1. November 1954 würde aus Kairo gesteuert). Er gründet seine eigene Partei der Sozialistischen Revolution, mit der er heute allerdings keine Verbindung mehr hat. Seine Kritik an der nach 1962 von Ben Bella forcierten Entwicklung formuliert er in seinem 1964 bei Maspero, Paris, erschienen Werk „Où va l'Algérie". 1963 geht er ins Exil und bleibt ein unerbitterlicher Gegner der zur Einheitspartei gewordenen FLN. Im Gegensatz zu Ait Ahmed und Ben Bella lehnt er seine noch 1989 möglich gewordene Rückkehr mit der Begründung ab, den Boden Algeriens nie zu betreten, solange diese FLN an der Macht ist. In der zweiten Januarwoche dieses Jahres kehrt er auf Bitte der Putschisten zurück. um das nunmehr höchste Amt im Staat, den Vorsitz des Hohen Staatskomitees, zu übernehmen.

ROBERT DETOBEL

Die Frauen — Sündenböcke der Rezession

Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frau in Algerien

„Mit zunehmender Ausbreitung der islamischen Bewegung ist die Frauenbewegung in Algerien in den Verruf gebracht worden, sie sei pro-westlich, denn ihr Anliegen — daß Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft und in allen politischen Bereichen ihren eigenständigen Platz haben müssen — vertrage sich nicht mit dem, was die algerischen Frauen angeblich wollen. Das kommt daher, weil die algerische Frauenbewegung sich gegen die Vorstellung wendet, der Platz der Frauen sei am Herd, alle staatsbürgerliche Verantwortung sei allein Sache des Mannes." Im Oktober bereiste Chafia Djemames, Aktivistin der algerischen Frauenbewegung und der Linkspartei PST, verschiedene Städte in Deutschland. Auf einer Veranstaltung im Berliner Infoladen BAOBAB wandte sie sich dagegen, „in den algerischen Frauen nur erbarmungswürdige Opfer der islamischen Bewegung zu sehen und die koloniale Mitverantwortung für „unseren Identitätsverlust" aus der Diskussion auszublenden. Wir bringen eine gekürzte Fassung des in Berlin von Chafia Djemames gehaltenen Vortrags.

1988 kam es in Algerien zu einer Explosion. Die nachfolgende Repression war schrecklich; es gab Tote, die Folter wurde eingesetzt — zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit —, und zwar in einem Massenumfang und Tausende und Abertausende von Jugendlichen „verschwanden". Die Frauen belagerten die Kasernen, die Gefängnisse, die Polizeistationen; sie organisierten Stadtteilkomitees für die Freilassung ihrer Söhne, gegen die Folter, für die demokratischen Freiheiten. Im Verlauf dieser Bewegung gegen die Repression haben sich an verschiedensten Orten erste organisierte Kerne von Frauen gebildet — vor allem im Norden des Landes.

Durch ihr gemeinschaftliches Handeln hat sich mit der Zeit eine nationale Koordination herausgebildet. Ihr Zusammenhalt ist noch einmal durch die Hetzkampagne gestärkt worden, die die islamische Bewegung zu diesem Zeitpunkt gegen die Frauen begonnen hat. Zunächst wurde die Kampagne mit verbalen Ausfällen gegen Frauen geführt, auf den Straßen, in den Moscheen, und mit sehr frauenfeindlichen Argumenten. Ihr Quintessenz war: Es gibt nur eine Ursache für die Krise, in die Algerien geraten war, das sind die Frauen. Frauen sind schuld an der Arbeitslosigkeit, sie nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg; Frauen sind schuld an der Verschlechterung des Bildungssystems, weil sie die Mehrzahl des Bildungskörpers stellen; Frauen sind schuld an der Zunahme der Kriminalität, weil sie nicht in der Lage sind, die Kinder richtig zu erziehen; Frauen sind am moralischen Zerfall des Landes schuld.

Nach einige Monaten befand sich das Land in einem Zustand der regelrechten Psychose. Frauen wurden tätlich angegriffen, auf der Straße, in den Universitäten — vor allem alleinstehende Frauen.

In dieser Zeit organisierten die Frauenverbände an fast jedem Wochenende Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktivitäten. Das ganze Jahr 1989 und die erste Hälfte des Jahres 1990 hindurch war die Frauenbewegung also die einzige „Partei", die der islamischen Bewegung aktiv etwas entgegensetzte. Und dies unter Bedingungen der totalen gesellschaftlichen Isolation. Denn es gibt zwar mehrere Parteien, die die Emanzipation der Frauen in ihrem Programm führen, aber die Frauen konnten nie auf eine konkrete Unterstützung durch diese Parteien zählen — mit Ausnahme der extremen Linken.

Hausfrauenlohn oder eigene Stimme

Die Aktivität der Frauenbewegung hat die Islamische Heilsfront, die größter unter den islamischen Parteien jedoch gezwungen, bei den Kommunalwahlen ihre Taktik gegenüber den Frauen zu ändern. Dieselben, die zuvor Frauen öffentlich verbrannt hatten, versprachen jetzt einen Hausfrauenlohn. Und wenn man sie fragte, wie sie das bezahlen wollten, antworteten sie, sie würden die Polizei abschaffen — ein besonders bei den Jugendlichen sehr beliebtes Argument.

Diese Versprechungen fielen bei den Frauen auf fruchtbaren Boden. Sie sahen sich im Wert ihrer alltäglichen Hausarbeit bestätigt und eine Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu verbessern. Das erklärt, weshalb selbst Frauen, die an Demonstrationen gegen die Angriffe durch die islamischen Kräfte teilgenommen hatten, am 12. Juli 1990 für die islamischen Parteien stimmten und so zum hohen Wahlsieg der islamischen Parteien und zur massiven Wahlniederlage der FLN beitrugen.

Das Wahlgesetz war so gehalten, daß ein Mann für sich selbst, für seine Frau und für weitere drei Menschen abstimmen konnte, die ihm eine Vollmacht dazu gegeben hatten. Am Vorabend des Urnenganges sprach sich der Innenminister öffentlich dafür aus, daß es bei der Stimmabgabe keine Identitätskontrollen geben sollte. Das hat dazu geführt, daß sich die politische Aktivität der Frauenbewegung auf das Wahlgesetz konzentriert hat. Sie hat erreicht, daß die Bestimmung, ein Mann kann für drei andere Personen seine Stimme abgeben, aufgehoben wurde. Sie hat noch nicht erreicht, daß der Mann bei den bevorstehenden Parlamentswahlen (die nach dem Putsch nicht stattgefunden haben — d. Red.) nicht mehr anstelle der Frau abstimmen darf.

Verdrängt in die Schattenwirtschaft

Die demokratischen Fragen sind jedoch nicht die einzigen, mit denen sich die Frauenbewegung befaßt. Ein anderes Thema ist die wirtschaftliche Krise, die sich in den letzten Monaten sehr verschärft hat. Die Abkommen, die die Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds hat schließen müssen, haben zu Massenentlassungen geführt, die Arbeitslosigkeit liegt heute offiziell bei zweiundzwanzig Prozent, in Wirklichkeit sind es mehr; der Dinar wurde bereits zweimal abgewertet, die Löhne sind kaum gestiegen. Die Kaufkraft ist extrem geschwächt worden; die Regierung hat beschlossen, die Subventionen für Grundnahrungsmittel zu streichen. Das bedeutet für die Frauen eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Das Gesundheitssystem war bisher kostenlos, jetzt muß man dafür zahlen. Die staatlichen Pläne für die Entwicklung der Gesundheitsvorsorge verschwinden heute in den Schubladen, weil der Staat sich aus dem Gesundheitswesen zurückzieht. Das alles wird dazu führen, daß sich die Mortalitätsrate unter den Frauen erheblich erhöhen wird.

Die Preise für Schulbücher sind stark gestiegen. Die Familien werden bald gezwungen sein zu entscheiden, welches ihrer Kinder sie auf die Schule schicken. Im Durchschnitt hat jede Frau sieben Kinder. Es liegt nahe, daß die Mädchen daran glauben müssen. Auch von den Entlassungen sind die Frauen natürlich als erste betroffen, wie überall sonst auf der Welt. Dafür werden sie in die Schattenwirtschaft abgedrängt: Sie verkaufen auf den Märkten selbstgefertigte Waren (Nahrungsmittel, Kleidungsstücke, Töpferwaren), um ihr schrumpfendes Haushaltsgeld aufzubessern. Die drohende Perspektive einer wachsenden Verelendung droht, die Möglichkeit einer Frauenemanzipation zunichte zu machen.

Die Frauen in Algerien werden in die Zange genommen: einerseits von der FLN, die eine liberale, prokapitalistische Orientierung eingeschlagen hat, andererseits von der islamischen Bewegung, die die Vergangenheit wieder aufleben lassen will. Diese neue Lage zwingt die Frauenbewegung heute, neue Antworten zu entwickeln, Antworten auch auf die sozialen Probleme.

CHAFIA DJEMAMES

Von der Redaktion gekürzte Fassung eines Beitrages aus der „Anderen" (O-Berlin) 1991.

ERIC J. HOBSBAWM

Die Gefahren des neuen Nationalismus

Nach dem Zusammenbruch im Osten flammt in dem Nichts, das er hinterlassen hat, der alte Nationalismus wieder auf. Wir erleben es auf dem Balkan und nach dem Ende der Sowjetunion. Eric Hobsbawm nennt in seinem Artikel vier Gründe, warum heute der Nationalismus und die ihn begleitenden Emotionen breite Unterstützung finden.

Nun, da die Marshall-Inseln gerade als Mitglied der Vereinten Nationen zugelassen worden sind, haben fast zwanzig UN-Mitglieder eine Bevölkerung von weniger als 250 000 Menschen. Das Argument, daß ein Territorium zu klein ist, um ein Staat zu werden, überzeugt nicht länger. Natürlich sind diese Staaten — ebenso wie größere — in keiner Weise unabhängig. Wie Kuweit und Kroatien zeigen, sind sie politisch und militärisch ohne äußeren Schutz hilflos. Wirtschaftlich sind sie sogar noch abhängiger. Wenige Seperatistenbewegungen hoffen auf einen Alleingang. Sie wollen die Abhängigkeit von einer einzigen Staatsökonomie austauschen gegen die Abhängigkeit von der Europäischen Gemeinschaft oder einer anderen größeren Einheit, die ihre wirtschaftliche Souveränität gerade ebenso einschränkt.

Die Chancen sind immer noch besser denn je, daß ein Territorium seine Flagge vor dem UN-Gebäude hissen und sich mit dem übrigen Beiwerk eines Staatswesen ausstaffieren kann, einer geheiligten Nationalhymne, einer nationalen Fluglinie und ein paar Botschaften in attraktiven oder politisch wichtigen Hauptstädten.

Aber warum sollte jemand wünschen einen solchen Staat einzurichten, wobei er doch zumeist in Eurasien und Afrika mit bestehenden politischen Einheiten bricht? (Bis heute gibt es mit der Ausnahme Kanadas in den beiden Amerikas keine bedeutende Tendenz dazu.) Die übliche Antwort, die von angehenden Staatengründern gegeben wird, ist, daß die Bevölkerung des in Frage stehenden Territoriums seit ewigen Zeiten eine „Nation" gewesen sind, eine besondere ethnische Gruppe mit meist eigener Sprache, die nicht unter der Herrschaft Fremder leben kann. Das Recht auf Selbstbestimmung, so argumentieren sie, bedeutet, daß Staaten mit Nationen zusammenfallen.

Fast alles an diesem Argument ist historisch falsch, aber „die Geschichte, ja sogar geschichtliche Fehler zu vergessen, ist", wie Ernest Renan vor mehr als einem Jahrhundert bemerkte, „ein wesentlicher Faktor bei der Bildung einer Nation". Unsere Sorge gilt aber nicht der Geschichte und der Rationalität, sondern der Politik. Hier nun muß eines klargestellt werden: Der nationalistische Glaube, den Giuseppe Mazzini im 19. Jahrhundert zuerst ausdrückte, daß jede Nation einen Staat bilden müsse und daß es für jede Nation nur einen Staat geben solle, ist und war auch nie praktikabel, wenn es um ethnische und sprachliche Zugehörigkeit geht.

Unter den 170 oder mehr Welteinheiten gibt es mit Ausnahme einiger Insel-Ministaaten wahrscheinlich nicht mehr als ein Dutzend ethnisch und sprachlich homogene Staaten, und wahrscheinlich umfaßt keiner von ihnen die Gesamtheit der „Nation", die zu verkörpern sie vorgeben. Die territoriale Verteilung der Menschheit ist älter als die Idee des ethno-linguistischen Nationalstaates und entspricht ihr deshalb nicht. Die Entwicklung der modernen Weltwirtschaft bringt große Bevölkerungsbewegungen hervor und unterminiert dauernd die ethnolinguistische Gleichförmigkeit. Multiethnizität und Mehrsprachigkeit sind kaum zu vermeiden, es sei denn, man wendet zeitweise Massenausschluß, erzwungene Assimilation oder Massenvertreibung, kurzum

Treffen der „Patriotischen Bewegung Rußlands, Pamjat", Moskau 27.1.1990

Zwang, an. Für eine Welt von Nationalstaaten vom Schlage der neuen Regierung von Georgien, die jedem Bewohner oder jeder Bewohnerin die Bürgerrechte verweigern will, der oder die nicht nachweisen kann, daß die Vorfahren georgisch sprachen und schon vor 1801 auf dem Staatsgebiet lebten, gibt es nur eine düstere Zukunft.

Es gibt heute vier recht verschiedene Gründe, warum solche Sentiments und ihr politischer Ausdruck, der Separatismus, breite Unterstützung genießen. Der *erste* ist, daß der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, das einem großen Teil Europas politische Stablität auferlegt hatte, die Wunden des ersten Weltkriegs wieder aufgerissen hat oder genauer, die Wunden des mißratenen und unrealistischen Friedensabkommens danach. Die explosiven nationalistischen Streitpunkte in Zentral- und Osteuropa heute sind keine uralten ethnischen Konflikte, sondern sie entstanden während der Bildung der Nachfolgestaaten der zusammenbrechenden multiethnischen Reiche der Habsburger, der Ottomanen und des zaristischen Rußland. 1917 oder vor der Gründung Jugoslawiens und der Tschechoslowakei waren der baltische und der kaukasische Separatismus und Konflikte zwischen Serben und Kroaten, zwischen Tschechen und Slowenen, keine ernsthaften Probleme oder sie konnten gar nicht aufbrechen. Nicht die Stärke des Nationalgefühls hat diese Probleme akut gemacht, denn die war nicht größer als in Ländern wie Großbritannien und Spanien, sondern es war das Auseinanderfallen der Zentralmacht. Dies Auseinanderfallen zwang sogar sowjetische und jugoslawische Republiken wie Kasachstan und Mazedonien, die von Abspaltung nicht einmal träumten, sich die Unabhängigkeit als Mittel zur Selbstbewahrung zu eigen zu machen.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems hat die separatistische Agitation anderswo ernorm ermutigt, aber es hat sie nicht zum Durchbruch kommen lassen. Die Aussichten auf Unabhängigkeit in, sagen wir, Schottland, Quebec, Euskazien (das Baskenland) und Korsika bleiben dieselben wie zuvor. Sie hängen nicht davon ab, was im Osten geschieht.

Der *zweite* Grund ist allgemeiner, wenn auch wahrscheinlich im Westen wichtiger als im Osten. Die massiven Bevölkerungsbewegungen der letzten vierzig Jahre — innerhalb und zwischen Ländern und Kontinenten — haben Fremdenfeindlichkeit zu einer größeren politischen Erscheinung gemacht. Auch bei den Massenmigrationen zwischen 1880 und 1920 war dies in kleinem Umfang der Fall. Fremdenfeindlichkeit ermutigt den ethnischen Nationalismus, da das Wesen beider die Feindschaft gegenüber anderen Gruppen (den Nicht-Wir-Leuten) ist. Der Nationalismus der Vereinigten Staaten ist von seinem Ursprung her in keiner Weise an Sprache gebunden. Lediglich wegen der Masseneinwanderung von Hispanics wird heute zum ersten Mal gefordert, Englisch in den Vereinigten Staaten zur offiziellen Sprache zu machen. Allerdings zeigt das Beispiel der Vereinigten Staaten auch, daß gegenseitiger ethnischer Haß nicht notwendigerweise zum Separatismus führt.

Ersatz für andere Politikformen

Der *dritte* Grund ist, daß das politische Verhalten von Gruppenidentität leichter zu verstehen ist als andere Politikformen. Dies gilt insbesondere für Völker, denen es nach mehreren Jahrzehnten der Diktatur sowohl an politischer Erziehung als auch an politischer Erfahrung mangelt. Miroslav Hroch, ein führender tschechischer Historiker, sagt, daß die Sprache einmal mehr verzwickte Gebilde wie Verfassungen und Bürgerrechte ersetzt. Nationalismus gehört zu den einfachen, intuitiv verständlichen Glaubensinhalten, die weniger leicht verständliche politische Programme ersetzen. Er ist nicht der einzige.

Der *vierte* Grund ist vielleicht der bedeutenste. Um den tschechischen Historiker zu zitieren: „Wo alte Regimes auseinanderfallen, wo alte gesellschaftliche Beziehungen unstabil geworden sind, inmitten wachsender allgemeiner Unsicherheit, kann die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Sprache und Kultur zur einzigen Gewißheit in der Gesellschaft werden, die jenseits aller Zweideutigkeiten und Zweifel ist." In den früheren kommunistischen Ländern mag diese Unsicherheit und Orientierungslosigkeit vom Zusammenbruch der kalkulierbaren Planwirtschaft und der sozialen Sicherheit, die mit ihr den Bach herunterging, herrühren. Im Westen sind es andere Formen der Desorientierung und Unsicherheit, die während der letzten Jahrzehnte Gestalt angenommen haben, als die Welt und das menschliche Leben sich schneller und gründlicher veränderten als je zuvor in der menschlichen Geschichte.

Kein Rezept gegen das Desaster

Ist es Zufall, daß in Quebec der Separatismus am Ende eines Jahrzehntes als ernsthaftes politisches Problem auftauchte, an dem eine traditionelle, katholische, fromme und klerikale Gemeinschaft, die die Werte des ländlichen Frankreich des siebzehnten Jahrhunderts bewahrt hatte, plötzlich einer Gesellschaft Platz machte, in der die Leute nicht länger zur Kirche gingen und die Geburtenrate steil sank? Nach zwei Generationen, in denen Kontinente von Bauern zu Kontinenten von Städtern wurden, in denen das Verhältnis zwischen den Generationen und in steigendem Maß zwischen den Geschlechtern sich verändert hat und die Weisheit der Vergangenheit für die gegenwärtigen Probleme irrelevant erscheint, ist die Welt voll von Menschen, die sich nach etwas sehnen, das immer noch aussieht wie eine alte, unverrückbare Gewißheit. Es überrascht nicht, daß sie sich zu solchen Zeiten der Gruppenidentität zuwenden, von denen nationale Identität eine Erscheinungsform ist oder daß die Forderung nach einer politischen Konstituierung, die nur Mitgliedern der Gruppe vorbehalten ist, wieder auf die Tagesordnung kommt.

Auch wenn wir die Beweggründe verstehen können, die zur Wiederbelebung der Politikform des nationalen Bewußtseins führen, und wenn wir sogar mit den Gefühlen sympatisieren, laßt uns keine Illusionen haben. Wenn wir den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ein paar Dutzend hinzufügen, gibt das keinem davon eine größere Kontrolle über ihre Angelegenheiten als vor der Unabhängigkeit. Es wird die Probleme der kulturellen oder irgend einer anderen Autonomie in der Welt nicht in größerem Maße lösen, als dies 1919 der Fall war.

Die Schaffung von Nationalstaaten gemäß dem nach dem ersten Weltkrieg angewandten Modell ist nicht notwendigerweise ein Rezept gegen das Desaster. Unter den möglichen neuen Nationalstaaten können wohl ein oder zwei zukünftige Niederlande oder Gebilde wie die Schweiz sein, Bastionen der Toleranz, Demokratie und Zivilisation. Aber wer würde heute, wenn er sich Serbien und Kroatien, die Slowakei und Litauen, Georgien, Quebec und den Rest anguckt, erwarten wollen, daß viele der neu abgespaltenen Nationalstaaten diesen Weg gehen? Und wer würde von einem Europa, das aus solchen Staaten besteht, erwarten, daß es eine Zone des Friedens wäre? ■

Aus: The Nation, 4. November 1991. Hobsbawm ist emeritierter Professor der London University. Übersetzung: Dieter Maier

Anzeige

Podium Progressiv

Malycha / Hedeler
Die Stalinisierung der SED
100 S., Br., DM 9.-

Peter Bierl
Rosa Luxemburg - Die rote Demokratie
112 S., Br., DM 9.-

Richard Schwarz
Aspekte einer neuen Machttheorie. Michel Foucault
44 S., Br., DM 4.-

Sebastian Reinfeldt
Rassismus: Die unsichtbare Gewalt
3. erweiterte Auflage
128 S., Br., DM 9.-

PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

Von der Golfkriegsdebatte zum Ende des realexistierenden Sozialismus und wieder zurück

Am 17. Januar 1991 um 2.00 MEZ starteten amerikanisch-alliierte Militäreinheiten ihre „Befreiungs"-Offensive „Desert Storm", um die Irakische Armee aus Kuwait zu vertreiben, so zumindest die offizielle Darstellung des Kriegzieles.

Bereits im Vorfeld des Golfkrieges entfachte sich eine hitzige Debatte zwischen linken Intellektuellen über das Für und Wider der sich abzeichnenden militärischen Lösung. Gegenseitig hielt man sich die politische Blindheit des jeweils Anderen vor Augen und tauschte „gute" Argumente für und gegen den Krieg. Wobei es in diesem Fall *gute Gründe* für den Einsatz militärischer Mittel nicht gab bzw. gibt. Es gab allenfalls Gründe zu behaupten, es gäbe welche. Ihren Kulminationspunkt erreichte die Kontroverse jedoch mit dem Beginn des Angriffs der Alliierten, in Gestalt der heftigen Auseinandersetzungen um „die" Friedensbewegung und deren ablehnender Haltung hierzu.

Der Streit um die „richtige" Position im Golfkonflikt ließ bekanntermaßen tiefe Gräben zwischen „Linken" sichtbar werden. Selbst heute werden diese zuweilen noch vertieft, wie z.B. durch den Beitrag von A.S. Markovits jüngst in der Frankfurter Rundschau (FR 17.1.92.). Bei der Suche nach den Gründen für diese „Entzweiung" wurde und wird einem wichtigen Aspekt bislang kaum Beachtung geschenkt: Der Golfkrieg war nicht die Ursache dieses Bruches, er war lediglich das geschichtliche Moment, welches diesen Bruch politische Realität werden ließ! Man könnte auch sagen, hier brach auseinander, was ohnehin schon nicht mehr zusammengehörte.

Der Niedergang des realsozialistischen Experimentes und die damit verbundenen Verschiebungen der weltpolitischen Kräfteverhältnisse haben rechte wie linke Weltbilder ins Wanken gebracht. Ihren Fokus fanden diese Veränderungen in der Auseinandersetzung um das veränderte außenpolitische Gewicht der BRDDR, die „neue" Rolle Deutschlands in der Welt und wie wir uns dazu verhalten sollen.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes gerieten nicht nur konservative Hardliner in Legitimationszwänge, dies galt und gilt ebenso für linke Politik- und Gesellschaftskonzeptionen. Viele linke Denkmuster passen nicht mehr, alte Ansätze unserer Kritik an den herrschenden Verhältnissen müssen neu überdacht werden. Dies sind jedoch Kriterien, denen linke Politik schon immer genügen mußte, ansonsten hätte sie sich als solche nicht bezeichnen dürfen!

Doch nicht das Überdenken der „alten" Positionen, nicht kritisches Hinterfragen, sondern pauschaler Abgesang, schleunige Distanzierungen und die Suche nach neuen politischen Identitäten waren die Folge.

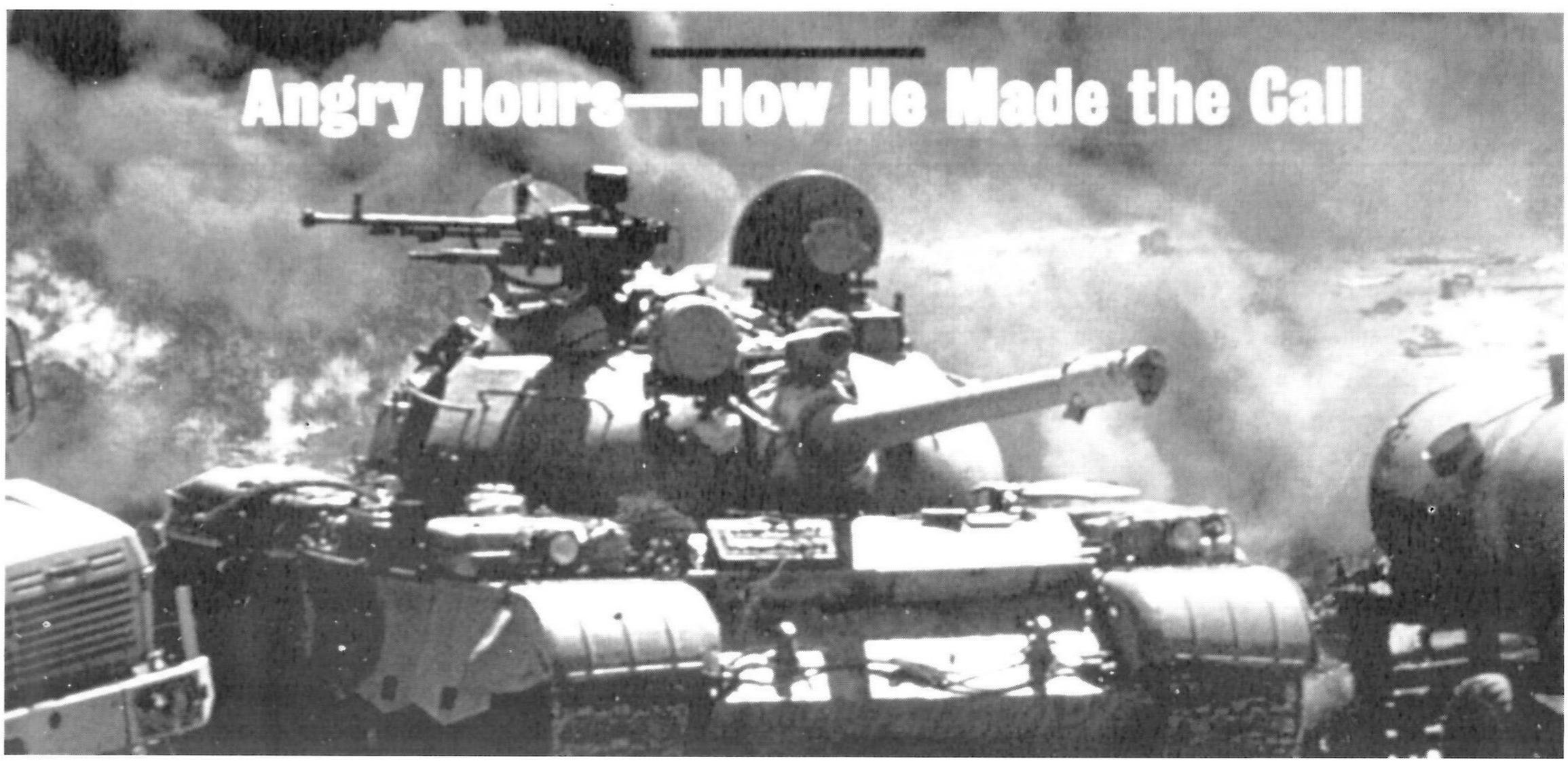
Bei vielen ist schon länger radikale Gesellschaftskritik, vor allem wenn sie sich auch noch als solche bezeichnet, verpönt und ein kritisches im-Munde-führen des Wortes Kapitalismus zieht unweigerlich einen Orthodoxie-Vorwurf nach sich. Kurzum, man/frau besann sich auf das, was sich ohnehin bewährt zu haben schien: Die Gesellschaft wie sie ist, mit ihren „Ecken" und „Kanten" sowie den bekannten Konzepten zu ihrer Regulierung und als Sahnehäubchen die Hoffnung auf eine möglichst baldige „Zivilisierung" derselben.

Das soll nicht heißen, daß sich linkes Denken nicht in einer Legitimationskrise befindet — im Gegenteil. Die Antwort darauf kann jedoch nicht sein, die Verhältnisse, die bis vor kurzem für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht wurden, plötzlich als deren Lösung zu drapieren.

Während des Golfkrieges gewannen all diese Punkte eine neue, schärfere Dimension. Folglich bildet der um die Golfkrise entstandene Streit nicht den Ausgangspunkt, sondern ist die Fortsetzung der zuvor geführten Diskussionen, entstandenen Zerwürfnisse und Vorwürfe.

Besonders pikant ist der Gebrauch des Antiamerikanismus-Vorwurfs. Wie und zu welchem Zweck er eingesetzt wurde, haben die heutigen KritikerInnen „der" Linken und „der" Friedensbewegung, in den Sechzigern am eigenen Leib erfahren. Schließlich wurde er ihnen damals selbst auf den Straßen um die Ohren gehauen. Dies beweist einmal mehr:„Die schlimmsten Kritiker der Elche waren früher selbst welche..."

THOMAS KUNZ



Ausschnitt vom Titelbild der News Week vom 20.1.92 zum einjährigen Jahrestag des Beginns des Golfkrieges.

MOHSSEN MASSARRAT

Nach-Denken über den Golfkrieg

Am 17. Januar gab Präsident Bush das Startsignal für den Krieg im Irak. Die Debatte über das Für und Wider dieses Krieges, die sich zwischen den Intellektuellen in der Bundesrepublik entfachte, endete in einem ,,Krieg der Köpfe''. Ein Jahr danach gilt es Bilanz zu ziehen. Mohssen Massarrat reflektiert den Golfkrieg und seine Folgen. Sein Resümee: Der Golfkrieg hat alte Probleme in der Region nicht gelöst, aber neue geschaffen.

Der Golfkrieg war ein Krieg neuen Typs. Er war von allen anderen zwischenstaatlichen Kriegen vergangener Zeiten zu unterscheiden. Er war auch von den Kriegen zu unterscheiden, die zwischen den USA bzw. der Sowjetunion und einem Land der Dritten Welt in den letzten Dekaden geführt worden sind.

Die Unterschiede sind vielfältig. Am auffälligsten war aber die Einmütigkeit, mit der zahlreiche Staaten quer durch alle Blöcke diesen Krieg gutgeheißen haben. Diese historische Einmaligkeit veranlaßte manche kritische Beobachter, so den Berliner Politikwissenschaftler Bernd Guggenberger, den Golfkrieg als ,,Weltgemeinschaftsaktion wider den das Recht brechenden Einzelstaat'', als ,,den ersten der letzten Kriege'' zu charakterisieren (FR v. 25. April 1991). Er habe, resümiert Guggenberger optimistisch, einen Prozeß eingeleitet, in dessen Verlauf die Einzelstaaten von ihrer Militärgewalt zugunsten eines weltgesellschaftlichen Gewaltmonopols genauso Abschied nehmen müssen, wie einst die Individuen ihren Colt zugunsten des staatlichen Gewaltmonopols ablegten.

Tatsächlich stand die Menschheit vor dem Beginn eines qualitativ neuen Prozesses der Zivilisierung von zwischenstaatlichen Beziehungen. Zum ersten Mal hat nämlich mit dem Irak ein Staat eindeutig das Völkerrecht gebrochen, dem im UNO-Sicherheitsrat keine Mittel zur Verfügung stehen, mit denen eine einhellige Verurteilung und Sanktionen der Weltgemeinschaft hätten verhindert oder gar dem begangenen Unrecht ein Schleier der Legitimation verschafft werden können. Der einmalige internationale Konsens gegen die Aggression eines Einzelstaates wäre zweifelsohne ein tragfähiges Fundament gewesen, um diese Aggression mit Geduld und Phantasie auch durch friedliche Sanktionen zurückzuweisen und zugleich einen Prozeß der Zivilisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Entwaffnung der Einzelstaaten im doppelten Sinne einzuleiten: Zum einen hätte die UNO als rechtschützende Instanz der Weltgemeinschaft ihre Glaubwürdigkeit und Autorität eindrucksvoll gestärkt, und zum anderen wäre die vermeintlich friedensstiftende Legitimation der Militärapparate und der industriellen Basis der weltweiten Aufrüstung erschüttert worden.

Die Weltgemeinschaft verpaßte diese historische Chance. Sie hat die härteste Sanktionsart gegen den Rechtsbrecher legitimiert. Durch den Golfkrieg wurde die Souveränität Kuwaits um den Preis von Hunderttausenden von Opfern, ökonomischen Schäden und nicht wiederzugutmachenden Folgen für die Umwelt wiederhergestellt. Der Krieg hat alte Probleme in der Region nicht gelöst und neue geschaffen. Zu den palästinensischen Flüchtlingslagern sind die der Kurden hinzugekommen. Kuwait verfolgt, diskriminiert und verantwortet einen neuen palästinensischen Exodus. Saddam Hussein verfolgt und mordet die Schiiten und die Kurden und sitzt nach wie vor fest im Sattel staatlicher Macht, während das irakische Volk die Leiden und die schwere Last der Kriegsfolgen zu tragen hat. Trotz ihrer Dezimierung ist die irakische Armee weiterhin eine Bedrohung für die Nachbarstaaten. Die neue Runde des Wettrüstens in der Region ist bereits in vollem Gange.

Auch hinsichtlich seiner langfristigen Wirkung fällt es mir äußerst schwer, dem Golfkrieg Positives abzugewinnen. Für die

Irakische Kriegsgefangene gefangengenommen während der Befreiung Kuwaits.

Stärkung, die gestiegene Autorität und Akzeptanz der UNO gibt es keinerlei Anzeichen. Die Fortexistenz des Vetorechts von fünf Staaten im UN-Sicherheitsrat, die zugleich die fünftgrößten Waffenexporteure der Welt sind, begründet das weiterhin bestehende Mißtrauen der zahlreichen kleineren UN-Mitgliedsstaaten. Und dieses Mißtrauen ist nicht gerade dazu geeignet, das Rechtsbewußtsein der Völker für eine künftige, gerechte Weltordnung zu fördern. Vielmehr spricht einiges dafür, daß der Golfkrieg den Weg zu einer neuen und friedlichen Weltordnung zu einer Weltgesellschaft ohne bewaffnete Einzelstaaten verlängert und neue Stolpersteine auf diesen Weg gelegt hat.

Von Anfang an wurden Zweifel laut, ob dieser Krieg zur Verteidigung des Rechts und der Souveränität von Kuwait geführt worden ist.

In der Golfregion lagern die wichtigsten Ölquellen der Welt. Der Verdacht war naheliegend, daß der Norden in Kuwait einen Krieg gegen den Süden führt, um den Fluß des billigen Öls von Süden nach Norden aufrechtzuerhalten. Ein wichtiges Kriegsziel war auch die Dezimierung der irakischen Armee. Dieses Ziel wurde erreicht, und die militärische Überlegenheit Israels, das als Verbündeter des Westens gilt, wurde im Nahen Osten wiederhergestellt. Der Golfkrieg kann somit auch hegemonialpolitisch als ein Krieg gegen den Süden interpretiert werden, da mit dem Irak ein Land des Südens es gewagt hatte, durch militärische Macht eigene politische Handlungsspielräume zu schaffen.

Der Krieg des Nordens gegen den Süden

Im Mittleren Osten lagern fast 66 % der Öl- und mehr als 31 % der Gasreserven der Welt. Die Vereinigten Staaten hätten bei einem Verzicht auf den Import in ca. zehn Jahren ihre Ölreserven gänzlich aufgebraucht. Die Lebensdauer der sowjetischen Ölreserven beträgt höchstens noch vierzehn Jahre. Die Ölquellen von Saudi-Arabien, Kuwait und der Vereinigten Arabischen Emirate, die zusammen 44 % der Weltölreserven ausmachen, reichen dagegen für weiter 117 Jahre. Wer diese Reichtümer kontrollieren kann, der wird auch über die Zukunft aller ,,oil-based economies" mitzureden haben. Der gemeinsame Konsens der Staaten des Nordens besteht darin, das herrschende energieintensive Wachstumsmodell so lange wie möglich nicht anzutasten. Dabei geht es keineswegs darum, die Gefahr der Erpressung oder gar der Strangulierung des von den Ölimporten abhängigen Nordens abzuwenden, wie gemeinhin angenommen wird. Hierzu sind die Staaten des Mittleren Ostens selbst im politisch günstigsten Fall allein schon deshalb nicht in der Lage, weil diese Staaten viel gravierender auf den Ölexport angewiesen sind als die Staaten des Nordens auf den Import dieses Rohstoffs.

Kuwait: Tag der Befreiung

Vielmehr geht es darum, die ,,oil-based economies" weiterhin mit Öl zu Dumpingpreisen zu versorgen und damit eine Handelsstruktur aufrechtzuerhalten, die es ermöglicht, daß zum einen schon heute der Süden und zum anderen die Zukunft der gesamten Menschheit die Gegenwart des reichen Nordens subventionieren.

Über das massive Ölinteresse des Nordens, insbesondere der Vereinigten Staaten an der Golfregion und die Bereitschaft, dieses Interesse notfalls — wie geschehen — auch mit Waffengewalt durchzusetzen, dürfte es kaum einen Zweifel geben. Führende US-Politiker machten jedenfalls in erstaunlicher Offenheit keinen Hehl aus dem Zusammenhang von Krieg und Öl.

Seit dem ersten ,,Ölpreis-Schock" 1973/74 war der Konflikt um das Öl am Persischen Golf vorgezeichnet. Bereits 1975 wurde die militärische Besetzung der Ölquellen der Golfregion in aller Offenheit diskutiert. Nach dem Sturz des Schah und der erfolgreichen Islamischen Revolution erklärte 1980 Präsident Carter den Persischen Golf zur Region von ,,vitalem Interesse für den Westen" und ordnete die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe (,,Rapid Deployment Force") an, die im Krisenfall möglichst schnell nach Saudi-Arabien verlegt werden sollte. Um diees Land mit den größten Ölreserven der Welt militärisch zu schützen und äußere Gefahren abzuwenden, war eine umfangreiche militärische Infrastruktur auf dem Territorium von Saudi-Arabien erforderlich. Diese wurde in den achtziger Jahren vor allem durch US-Unternehmen erstellt. Komplexe und teuere Waffensystem wurden in diesem Land stationiert. Saudi-Arabien wurde dabei die Rolle des Zahlmeisters zugewiesen. Nach Angaben des renommierten Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm, SIPRI, betrugen die militärischen Ausgaben Saudi-Arabiens im Zeitraum 1980 - 1988 über 181 Milliarden US-Dollar, annähernd doppelt soviel wie die militärischen Ausgaben des Irak im selben Zeitraum (SIPRI Yearbook 1990; 187).

Dabei hat dieses Land mit den höchsten Militärausgaben unter den Entwicklungsländern offensichtlich nicht die geringste Chance, sich souverän gegen Gefahren aus den anderen Ländern der Region, wie etwa dem Irak, zu schützen. Darauf haben die Vereinigten Staaten bei ihren Waffenliederungen mit Blick auf israelische Interessen oder mögliche revolutionäre Umstürze in Saudi-Arabien selbst besonders geachtet. Saudi-Arabien erhielt sozusagen den Körper der Kriegsmaschinerie, das Herz und das Hirn des Systems behielt das Pentagon jedoch in der eigenen Hand. Die unvorstellbar kostspieligen militärischen Ausrüstungen Saudi-Arabiens sind für sich genommen nutzlos. Tatsächlich sind sie Bestandteil einer militärischen Konzeption des Pentagon. Saudi-Arabien ist so gesehen de facto kein souveräner Staat. Die Vereinigten Staaten waren also seit längerem darauf vorbereitet, Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse in der Golfregion, die zu Ölpreissteigerungen führen könnten, notfalls auch militärisch zu verhindern. Und die Einverleibung Kuwaits durch den Irak hätte exakt eine solche Entwicklung zur Folge gehabt.

Zu den Ironien des Golfkrieges gehört — und dies wird durch die Vorgeschichte klar —, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Süden mit dem Geld eines südlichen Landes die Aggression eines anderen südlichen Landes abwehrten, damit die Ölquellen weiter sprudeln und der Motor der Wachstumsmaschinerie im Norden mit dem selben oder gar höheren Tempo seine Bewegung fortsetzen kann.

Der Golfkrieg war auch in einem anderen Sinne ein Krieg des Nordens gegen den Süden. Ein Land des Südens war im Begriff, dem technologischen und kulturellen Vorposten des Nordens, dem Staate Israel, militärisch Paroli zu bieten. Der militärische Konflikt hatte sich bereits vor dem irakischen Überfall auf Kuwait angebahnt, als sich immer deutlicher herausstellte, daß der Irak ernsthaft die Verfügung über atomare und chemische Waffensysteme anstrebte, um das Gleichgewicht des Schreckens gegen Israel herzustellen. Der irakische Überfall wurde fortan ein willkommener Anlaß, den irakischen Vorstoß gegen die militärische Überlegenheit Israels zu stoppen. So gesehen kann mit Elmar Schmähling, dem Flottenadmiral a.D., konstatiert werden, daß ,,maßgebliche Kräfte in den USA eine militärische Lösung von Anfang an bevorzugt haben" (taz, 6. Oktober 1991).

Krieg des Abendlandes gegen das Morgenland

Tatsächlich war eine Dezimierung oder ,,Zwangsabrüstung" der irakischen Armee und die Vernichtung der gesamten Logistik der irakischen Massenvernichtungsmittel eins der wichtigsten Kriegsziele der Vereinigten Staaten. Die irakische Armee wurde unter Einsatz von modernsten konventionellen Kriegstechnologien schwer angeschlagen; die politisch psychologische Botschaft des US-amerikanischen Sieges war an alle Staaten des Südens gerichtet.

Die historischen Wurzeln der antiwestlichen Ressentiments in der arabisch-islamischen Welt müssen nicht unbedingt im Zeitalter der Kreuzzüge gesucht werden. Die

Bilder vom ,,Highway of Death'', Beginn der Operation ‚desert storm'.

Ereignisse der jüngeren und jüngsten Geschichte in den morgenländisch-abendländischen Beziehungen sind im Bewußtsein der Moslems sicherlich lebendiger. Auf die kolonialen Wurzeln des Konflikts kann hier nicht weiter eingegangen werden. Die Golfregion in ihrer Gesamtheit begann aber, sich in ein explosives Pulverfaß zu verwandeln und sich zu einem dauerhaften Krisenherd zu entwickeln, als neben den britischen und holländischen auch die US-amerikanischen Ölkonzerne dazu übergingen, die scheinbar unbegrenzten Ölreserven der Region rücksichtslos auszubeuten und als die neue Hegemonialmacht USA die alte Hegemonialmacht Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Golfregion ablöste. Fortan und über Jahrzehnte haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien keine Gelegenheit versäumt, auf die Geschehnisse in den islamischen Ländern der Golfregion Einfluß zu nehmen. Mit Hilfe aller verfügbaren hegemonialpolitischen Instrumentarien, wie der Geheimdiplomatie, des Putsches oder aber der offenen militärischen Intervention, haben sie die politische Entwicklung in ihrem Sinne und gegen den Willen der Völker des Nahen und Mittleren Ostens gelenkt, so im Iran 1953, in der Suezkrise 1956, während des iranisch-irakischen Krieges und im Israel-Palästina-Konflikt von Anfang an.

Welche andere Wirkung kann der Untergang einer einst überlegenen islamischen Kultur bei den islamischen Völkern der Golfregion haben, als das Bewußtsein, im Gefolge dieses Untergangs nunmehr für alle Ewigkeit zur ökonomischen Unterentwicklung verdammt zu sein, auf umfangreichen Naturreichtümern zu sitzen, ohne sie zu besitzen, von Herrschern regiert zu werden, denen das Gedeihen der Wirtschaft im Abendland, wo sie auch lieber ihr umfangreiches überschüssiges Kapital investieren, wichtiger ist als die Wirtschaftsentwicklung in der eigenen Region und vor allem mit einem jüdischen Staat konfrontiert zu sein, der vom christlichen Abendland als ,,Stachel im eigenen Fleisch'' militärisch aufgerüstet und unterstützt wird und im Konflikt mit eben diesem Staat eine Niederlage nach der anderen einstecken zu müssen; ist es dann nicht folgerichtig anzunehmen, daß die derart rigorosen kulturellen Rückschläge im kollektiven Bewußtsein der Moslems und all die vermeintlichen und tatsächlich von außen aufoktroyierten erlebbaren Ungerechtigkeiten zu einer kollektiven Identitätskrise, zu einem Gefühl der latenten Gängelung und Demütigung führen und irgendwann auch unweigerlich in eine Rebellion einmünden müssen?

Khomeinis Islamische Revolution (1978) war eine solche Rebellion, die erste bedeutende kulturelle Kampfansage aus dem um Autonomie ringenden Morgenland an das Abendland. In seiner einzigartigen Kompromißlosigkeit gegen das die westliche Modernität verkörpernde Schah-Regime bis zu dessen Sturz gewann Khomeini Autorität und avancierte zum uneingeschränkten Fürsprecher Millionen gedemütigter, bis dahin dem Fatalismus verfallener und ohnmächtiger Menschen weit über die Grenzen des Iran und der islamischen Staaten hinaus. Auf westlicher Seite war die tiefe Abscheu gegen diese Revolution und die Person Khomeinis weniger in dessen Fundamentalismus begründet. Denn mit zumindest ebenso rückwärtsgewandten fundamentalistischen Herrschern in Saudi-Arabien kann der Westen nicht nur gut leben, sondern wie wir sahen — sogar einen gemeinsamen Krieg führen. Khomeinis Vergehen war grundlegender: Er hatte mit der Schah-Dynastie das Vorzeigesymbol der westlichen Kultur in der islamischen Welt zerstört.

Vernichtung eines Symbols

Die Ziele Saddam Husseins sind im Unterschied zu den Vorstellungen Khomeinis nicht ideeller Natur. Bei seinem Überfall auf Kuwait ging es vor allem um eine äußerst verlockende Beute. Im Unterschied zu Khomeini verließ er sich nicht auf die Opferbereitschaft und Begeisterung seiner Anhänger, sondern bediente sich derselben Logik und Vernichtungsmaschinerie der westlichen Zivilisation. Seine ungeahnte Kompromißlosigkeit gegenüber der Weltmacht Nr. 1 und deren Verbündeten hat ihn bei Millionen Menschen — nicht nur in der arabisch-islamischen Welt — zu einem neuen Helden werden lassen.

Es ging im Golfkrieg nicht nur um Kuwait und die Niederhaltung eines Expansionisten. Es ging auch um die Vernichtung des Symbols eines selbständig handelnden Repräsentanten einer Welt, die seit langem nach kultureller und ökonomischer Autonomie strebt, aber bisher scheiterte und eine Niederlage nach der anderen hinnehmen mußte.

Anmaßende Überlegenheitsgefühle im Westen bestimmte das Denken und Handeln im Golfkonflikt. Der kulturelle Konsens zwischen Politikern, Massenmedien und dem Mann auf der Straße, das feindliche Symbol Saddam Hussein militärisch zu besiegen und vernichten zu wollen, ließ keinen Raum für friedliche Lösungsstrategien. Die von Rationalität und Aufgeklärtheit geprägten Kritiker verstummten, die Friedensbewegung wurde, wie in den USA, nicht zur Kenntnis genommen oder, so dies — wie in Deutschland — geschah, als Handlanger des Irak diffamiert.

Durch die perfekte Inszenierung ihrer technologischen Überlegenheit im Golfkrieg, durch die Zerstörung der zivilen Einrichtungen im Irak und den Tod von Hunderttausenden wurde Arabern und Moslems ihre Ohnmacht vor Augen geführt. Das gewachsene Selbstvertrauen der Menschen, die Gestaltung der Zukunft in die eigenen Hände nehmen zu können, wurde empfindlich angeschlagen. Zunehmend macht sich stattdessen wieder Fatalismus breit. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieser Fatalismus in einen neuen Extremismus an einer anderen Stelle und mit neuen Dimensionen umschlägt. Die Regime islamischer Staaten sind mit großem Eifer dabei, ihre Ohnmacht und den Fatalismus auf ihre Weise zu überwinden: Aufrüstung und nochmals Aufrüstung. Die Suche nach der ,,islamischen'' Atombombe, die nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Annäherung an die islamischen Republiken der einstigen Supermacht erfolgversprechender und daher auch fieberhafter geworden ist, bereitet den Boden für künftige Konflikte vor. Solange es im Nahen Osten keinen Frieden gibt und solange der kleine israelische Staat inmitten der arabisch-islamischen Welt sich anschickt, dank seiner militärtechnologischen Überlegenheit und den dreihundert Atomsprengköpfen, die Palästinenser zu demütigen und damit die Seele der gesamten islamisch-arabischen Welt zu treffen, solange wird auch nicht zu verhindern sein, daß letztgenannte Staaten ihre Machtunterlegenheit durch den Griff zu Atomwaffen zu überwinden trachten. ■

Mossem Massarrats Artikel ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrags, der zuerst Jan./Feb. 1992 in der Zeitschrift ,,Dritte Welt'' erschien.

ALEX DEMIROVIC

Mit den Augen des Westens

Die kritische Theorie des Antikriegsprotests

Einen interessanten Versuch der „Nachlese" zur Golfkriegsdebatte unternimmt Alex Demirovic: Mit einem kurzen Überblick über die Äußerungen Max Horkheimers zu den Protesten gegen den Vietnamkrieg, weist Demirovic darauf hin, daß der Dissens zwischen kritischen Intellektuellen der Bundesrepublik und der Antikriegsbewegung so neu nicht ist.

Der Golfkrieg hat — neben vielen anderen Effekten auf die innenpolitische Diskussion und die Mentalität der Linken — zu einem nachhaltigen Bruch in der Wertung von Frieden und Krieg geführt. Hatte in den achtziger Jahren die Friedensbewegung als Konsens voraussetzen können, daß es vielleicht immer noch besser ist, *dumm* in Frieden zu leben, als *gescheit* im Krieg zu sterben, daß aber das offene, nachdenkliche und intellektuell aufgeschlossene Individuum sich gegen das Militär und den Krieg als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln aussprechen wird, so bewirkte der Golfkrieg eine Umkehrung. Der mit ihr verbundenen neuen Wertigkeit von Krieg und Frieden gab Reinhard Mohr mit sarkastischen Worten Ausdruck. Denjenigen, die gegen die Verleihung des Büchner-Preises an Wolf Biermann demonstrierten, weil der den Golfkrieg befürwortet hatte, warf er vor, „spätgeborene Flachgeister" zu sein, im „Herzen dumpfdeutsch, im Kopf die Leere eines ausgeräumten Koordinationsbüros der Friedensbewegung". Ihr intellektueller Horizont sei so klein, daß er nun die siebziger Jahre „in die unendliche Weite zeitloser Dummheit" verlängere (taz, 21. 10.1991). Eine Reihe von Suggestionen dieser Formulierungen sind problematisch.

Bemerkenswert erscheint mir aber vor allem, daß als Mittel der Kritik allein das Kriterium der Intellektualität verwendet wird: Die Denunziation der Antikriegsposition orientiert sich ausschließlich daran, das Eintreten für den Frieden und alternative Lösungen als dumm, dumpf und wenig intellektuell zu qualifizieren. Demgegenüber wird den Kriegsbefürwortern nachträglich die Zivilcourage von Intellektuellen bescheinigt, die aufrecht für ihre Einsichten einstanden und sich dem Konformitätsdruck früherer Gesinnungsgenossen widersetzten, die die radikalen Überprüfung intellektueller und politischer Überzeugungen „als Verrat an der Sache, ja, als charakterlose Fahnenflucht" hinzustellen versuchten, mit anderen Worten eigentlich militaristisch sind. Entsprechend kann ein anderer taz-Autor den Mut und das Engagement von Micha Brumlik und Dan Diner bewundern, deren Einspruch es zu verdanken gewesen sei, „daß — wenigstens in Frankfurt — der pazifistische Konsens nicht reibungslos durchging" (taz, 9.12.1991).

Wenn man sich an die realen Vorgänge erinnert, dann ist die Rede von einem solchen Konsens sachlich einfach falsch. Gerade unter Frankfurter Intellektuellen war, zur Verblüffung vieler, ein hohes Maß an — vielleicht durch ein wenig Unbehagen moderierter — Zustimmung zum Golfkrieg zu finden; erinnert sei nur an die Pro-Golfkrieg-Stellungnahmen der in Frankfurt ansässigen Vertreter der diskursethisch-universalistischen Linie der Kritischen Theorie, an öffentliche Veranstaltungen, in denen sich Publizisten und Sozialwissenschaftler, unter ihnen profilierte Friedensforscher und Pazifisten, für den Krieg ausgesprochen haben usw. Da auch diejenigen, die gegen den Krieg votierten, das Gefühl hatten, allein gegen einen übermächtigen Konsens von intellektuellen Kriegsbefürwortern zu stehen, war die Zivilcourage wohl gleichmäßig verteilt. Wenn allerdings die Befürworter des Krieges den Anspruch auf zivilen Mut erheben, dann mag daran wohl soviel richtig sein, daß es zu einer bemerkenswerten Abspaltung linker Intellektueller von einer der neuen sozialen Bewegung kam.

Irritiert stellten die vielen anonymen einzelnen fest, daß diejenigen, die in einer Reihe von Auseinandersetzungen (wie dem Historiker-Streit) ihre Sprecher gewesen waren und sich selbst noch in den achtziger Jahren, naiv-gerührt von friedlichen Menschenketten und Sitzblockaden, stolz und manchmal etwas dröhnend zur Friedensbewegung gezählt hatten, sich ihnen nun entgegenstellten und sie verdächtigten, in die Rolle der „dummen, dumpfen Deutschen" zurückzufallen, die eigenbrötlerisch und historisch unsensibel ihrem deutschen Schicksal folgten und zu den Spuren des einstmals verlassenen Sonderwegs zurücktrotteten, der sie wegführen müßte von den Werten des westlichen Universalismus hin zu einem starken Deutschland in der Mitte Europas. Eine solche Konstruktion hakt an mehreren Stellen, vor allem war aus Sicht vieler seiner Gegner gerade der Golfkrieg eines der Mittel, die Bereitschaft in der Bevölkerung dafür herbeizuführen, daß Deutschland im integrierten Europa eine militärisch gestützte, starke, „verantwortungsbereite" Führungsposition einnehmen kann.

Befangen in einem mythologischen Geschichtsverständnis und ignorant gegenüber neuartigen historischen Konstellationen, führen gerade die Golfkriegsbefürworter durch ihr Engagement das, was sie befürchteten, möglicherweise selbst herbei. Wie auch immer aber es sich sachlich verhält, neu war der Dissens zwischen den Intellektuellen und der Bewegung, der nun wütend entgegengehalten wird, sie sei dumm. Doch so neu ist der Dissens nicht. Die kritischen Intellektuellen der Bundesrepublik taten sich mit einer verbreiteten Friedensmentalität in der deutschen Bevölkerung und mit der Antikriegsbewegung zumindest bis zur Studentenbewegung immer etwas schwer. Dies mag ein kurzer Überblick über die Äußerungen Max Horkheimers zu den Protesten gegen den Vietnamkrieg veranschaulichen.

Bestimmend für Horkheimers skeptische Beurteilung der deutschen Bewegung gegen den Vietnamkrieg dürfte der Eindruck gewesen sein, den er von der westdeutschen Bevölkerung nach seiner Rückkehr nach Deutschland erhalten hatte. In den fünfziger Jahren durchgeführte Studien des Instituts für Sozialforschung konnten empirisch belegen, daß die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung antiwestlich eingestellt war. Das ,,Gruppenexperiment" ergab, daß im besonderen die USA bei dreiviertel der Probanden auf Ablehnung stießen. In hohem Maße verbreitet war auch eine antidemokratische Einstellung, und häufiger fand sich eine Ablehnung der deutschen Wiederaufrüstung bei den Gegnern als den Befürwortern der Demokratie. Diese Mentalität, in der sich eine antimilitaristische mit einer antiamerikanischen und einer antidemokratischen Einstellung verband, schien bedrohlich, weil sie als Symptom für eine mangelnde Bereitschaft verstanden werden konnte, die Demokratie zu verteidigen. Bei aller Skepsis gegenüber den Eliten der Bundesrepublik — in der Tatsache, daß Adenauer sich über die Widerstände hinwegsetzte, die Wiederaufrüstung durchsetzte, die Bundesrepublik in die westliche Allianz einband und die Versöhnung mit Frankreich und Israel suchte, ist die Grundlage für Horkheimers Wertschätzung seiner Politik zu sehen.

Horkheimers Skepsis gegen den Vietnamkrieg

Horkheimer und Adorno selbst waren außerordentlich kritisch gegenüber der Entwicklung in den Vereinigten Staaten, gegenüber der dortigen Massenkultur, der Zerstörung der Bildung durch die Kulturindustrie, der Herrschaft von Rackets sowohl im Westen wie im Osten. Da auch die westlichen Demokratien immer mehr gemeinsame Sache mit den Diktatoren der Welt machten, schien die Entwicklung in einen globalen Totalitarismus zu münden. Insofern das Judentum in der Geschichte einen universellen Nonkonformismus symbolisierte, mußte mit dem Verlust aller demokratischen Traditionen schließlich auch der Antisemitismus zunehmen. Die Sache der Demokratie und der Freiheit sah Horkheimer vollends nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei im August 1968 verraten. Gäbe es noch moralische Hemmungen oder eine Spur von Wahrheit in den Bekenntnissen der Politiker — dann müßten die Beziehungen zu den Mördern wenigstens auf das für die Erhaltung des Friedens notwenige Minimum eingeschränkt oder doch, so heißt es noch entschiedener, Rußland der Krieg erklärt werden.

Der Jugend und ihrem Protest Ende der sechziger Jahre hielt Horkheimer zugute, daß sie ein Gespür dafür hatte, daß nach dem Zusammenbruch aller Werte und aufgrund der zu beobachtenden mangelnden Bereitschaft der Politiker und Intellektuellen, für die Demokratie einzustehen, die europäische und angelsächsische Zivilisation, die westliche Kultur offensichtlich ihrem Untergang entgegenging. Doch letztlich lauerte unter der Oberfläche pseudophilosophischer und pseudoreligiöser Bekenntnisse der Jugend zum Anarchismus nur der Nihilismus, der das Ende der Pax Americana besiegeln und die USA in ihrem opportunistischen Rückzug aus Europa bestärkten würde. Damit aber würde die Freiheit diesseits des Atlantiks ihren Schutz verlieren. Der Antiamerikanismus hatte, aus der Sicht Horkheimers, in dieser geschichtsphilosophischen Deutung des Stands der historischen Entwicklung nur eine irrationale, nämlich rationalisierende Funktion. Er habe seine Grundlage in der Tatsache, daß Amerika Europa vor völliger Versklavung gerettet hatte. Überall in Europa werde mit einer tiefen Amerikafeindlichkeit geantwortet, die mit Antisemitismus einhergehe. ,,Auch die Jugend ist von der Malaise ergriffen. Sie hat nichts, an das sie sich halten kann, es sei denn den Nationalismus, und dieser kann leicht in die Richtung des Antiamerikanismus und des Antisemitismus gelenkt werden."(1)

Dieses allgemeine geschichtsphilosophische Deutungsschema bringt Horkheimer auch gegenüber den Antikriegsprotesten in Anschlag. Der Krieg in Vietnam galt ihm nicht als das eigentliche Protestmotiv. Dieser Überlegung entsprechend hielt er, im Glauben, sich der geläufigen Meinung der Intellektuellen entgegenzustellen, für die ,,große Schande" Amerikas die Art des Umgangs mit dem Mord an J.F. Kennedy und nicht den Vietnamkrieg. ,,Dieser war ein berechtigter Versuch, dem Versuch, dem Vordringen der Chinesen schon in Asien Einhalt zu tun und nicht erst, wenn es ganz bestimmt zu spät ist."(2) Nicht immer war Horkheimers Position zum Vietnamkrieg so eindeutig positiv, denn an anderen Stellen heißt es, der ,,Schwindel der amerikanischen Manipulatoren, daß man in Südvietnam die Demokratie verteidigen müsse, (war) unverzeihlich."(3)

Doch deutlich genug fällt seine Stellungnahme zum Antikriegsprotest in Deutschland aus. An exponierter Stelle, im Vorwort zur Neuauflage seiner von der Studentenbewegung intensiv rezipierten Aufsätze aus den dreißiger Jahren, heißt es: ,,Noch die Verurteilung des verhängnisvollen asiatischen Feldzugs der Vereinigten Staaten widerspricht der Kritischen Theorie, bleibt in Europa konformistisch, falls nicht auch die unvorstellbar grausamen, von gegnerischen Großmächten unterstützten Attacken ins Bewußtsein mit aufgenommen zu werden."(4)

Verteidigten die USA in Vietnam wenigstens einmal die Freiheit des Westens, so hatte Europa solidarisch zu sein. Wenn sich Protest nun gerade an diesem von Amerika geführten Krieg entzündete, so war dies ein Zeichen für die weiterhin bestehende deutsche antiwestliche Stimmung. ,,In Deutschland hat heute der Anti-Amerikanismus weitgehend die Funktionen des Antisemitismus. Das soll nicht heißen, daß es in Deutschland keinen Antisemitismus mehr gibt. Im übrigen hat Habermas recht, wenn er die Haltung der radikalen Berliner Studenten als ‚linken Faschismus' einstuft."(5)

Respekt vor den Motiven seiner Gegner

Horkheimer verknüpft in seiner Argumentation vier Einstellungen so miteinander, daß jede einzelne jeweils funktional für die andere stehen kann, de facto sollten also Antimilitarismus, Antiamerikanismus, Antisemitismus und eine antidemokratisch-faschistische Einstellung ungeachtet der historischen Konstellation eine Einheit bilden. Nur im Zusammenhang einer pessimistischen Dekadenztheorie, die ihn blind machte für die konkreten Motive der Ohne-mich- und der Antiatomtodbewegung, konnte Horkheimer diese vier Elemente überhaupt miteinander verknüpfen und — ein weiteres Mal blind für die konkreten Umstände — den Protest gegen den von den USA geführten Vietnamkrieg als Zeichen dafür nehmen, daß die Jugend der westlichen Welt, antiamerikanisch, antidemokratisch und antisemitisch, noch zur Beschleunigung der Zerstörung der westlichen Kultur und jedes Nonkonformismus beitragen werde.

Anders jedoch als im Fall derjenigen, die ihm heute, vielleicht ein weiteres Mal unkritisch folgen, von den Evidenzen dieses Argumentationsschemas zehren und es — in einer magischen Geste, die die Zeit verharren lassen oder sie zur Jahrhundertwende zurückspulen soll — umstandslos zur Denunziation der Golfkriegsgegner wiederholen, sich taub für deren Argumente stellen und Phrasen einiger Sektierer für die Stellungnahme der ,,ganzen" Antikriegsbewegung nehmen, waren Horkheimers Überlegungen noch von einer gewissen Nachdenklichkeit und einem Respekt vor den Motiven der von ihm Kritisierten gekennzeichnet. Die Ablehnung einer zweifelhaften kriegerischen Unternehmung — so heißt es 1967 in einem Rundfunktvortrag zum gegenwärtigen Antiamerikanismus — hat ihren guten Sinn dort, wo sie zugleich den Willen zum Besseren bekundet. Das Bessere ist, der Kritischen Theorie zufolge, endlich die Idee des ewigen Friedens zu realisieren und mit dem Hunger und dem Elend die wichtigsten Ursachen für den Krieg zu beseitigen.

Ein Ergebnis dieses kurzen Rückblicks könnte sein: Zukünftige Antikriegsbewegungen sollten sich vom Vorwurf der Dummheit jedenfalls ebensowenig oder weniger dumm machen lassen als die damalige Anti-Vietnamkrieg-Bewegung und kritisch überprüfen, was an der Kritik zutreffend ist. ■

(1) Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 14, Frankfurt/M., S. 409
(2) Ebenda, S. 492, (3) Ebenda, Bd. 3, S. 15
(4) Ebenda, Bd. 14, S. 492, (5) Ebenda, S. 444

LUDI LODOVICO

Das Linken-Spiel

Über ein altes Gesellschaftsspiel, das immer wieder in neuer Gestalt abläuft, über das ,,Linken-Spiel'', schreibt Ludi Lodovico eine saftige Polemik. Kern- und Angelpunkt seiner Polemik ist das Medienszenario des Golfkrieges und die mit ihm beginnende ,,Golfkriegs-Debatte'', die schließlich den Zerfallsprozeß der Linken besiegelte. Was bleibt, ist oft Enttäuschung und Verbitterung. Muß es so bleiben?

Man ist darauf verwiesen, das Linken-Spiel von Saison zu Saison neu zu beschreiben, denn jedes läuft anders ab als das vorangegangene. Mit bloßer Beschreibung ist zwar nicht immer zu begreifen, was „echt tierisch" ergreift. Aber was falsch klingt, ist allemal noch hörbar, falls man ohne obrigkeitlich oder selbst verordnete Gehörschutzpfropfen durch die Zeiten wandert. Mit der folgenden Typologie des Spiels und der Mitspieler wird nicht erklärt, was so abgeht, wenn Linke, Oppositionelle und Pazifisten gelinkt werden. Das Durcheinander ist Teil des Spiels selbst — wie der gesellschaftlichen Realitäten, die sich darin spiegeln.

Weder das „Große Abkürzungsbuch" aus Leipzig (1985; 35 000 Abkürzungen auf 500 Seiten) noch seine Pendants aus westlichen Ländern verzeichnen ein Wort, das nach meiner Erinnerung für den Geist der Ludwig-Erhard-(„Pinscher")-Zeit steht: „Jekami": ''jeder kann mitmachen"; wobei, ist mir entfallen, aber es handelte sich wohl um einen Werbeschrei. Alter beweist nichts: ,,Jelängerjelieber'' ist bereits 1561 in Josua Maalers „Tütsch Spraach" (S. 509) lexikalisch als Name für eine kletternde Pflanze mit starkem Duft verbucht. Solche Wörter reimen sich auch auf den Kitsch der wilhelminischen Epoche, deren Wiederbelebung heute durch ganze Verlagsprogramme geistert: Vom intellektuellen Wilhelminismus des Projekt-Geredes und „Post"-Befindlichkeiten zurück zu der seit Cicero in den staatsnahen Köpfen beheimateten Devise, „wie lange noch willst Du unsere Geduld mißbrauchen", sind es nur ein paar Schritte. Diese tat die FAZ vom 16.12.91, als einer fragte, „warum der Westen" auf dem Balkan „nicht im Frühjahr für ein dosiertes Gleichgewicht des Schreckens gesorgt" habe. Nette Aussichten. Rechter Hand überlegen sie, wie der Bürgerkrieg mit den Optionen von gestern zu entscheiden wäre — nachdem das östliche Potential geschwisterlich aufgeteilt und (vorläufig) neutralisiert wurde; andere, darunter auch ehemalige Linke, Linke mit der gelben Fahne („post" sozialistische oder Schwarz-Schilling-Linke), metropolitane Kriegsenthusiasten, Totalurbane und second-choice-FAZianer beschäftigen sich mit relativ Harmlosem, wenn auch Ätzendem — dem Linken-Spiel. Von ,,Jekami''unterscheidet sich das Linken-Spiel dadurch, daß nicht jeder mitmacht, der könnte. Unübersichtliches aus den Regionen des ,,inneren'' oder ,,höheren'' Drangs, darunter das virile Torschluß-Syndrom, endlich ,,zustimmungswürdig'' zu werden, sowie die ,,Pflicht zur Zuversicht'' (H. Lübbe) scheinen die Mitspieler anzutreiben.

Meßdiener an der Arbeit.

Im Jargon, der zum Spiel gehört, wie die Würfel zum „Mensch ärgere dich nicht", heißen das „Innere" und das „Höhere" gelegentlich Verantwortung — im Rekurs auf einen wirklichen Gelehrten, der schon vor dem Krieg für diesen war, während des Krieges begeistert mitlief und erst bei Kriegsende (unter dem Eindruck des revolutionären Beiwerks) fein dosierte Skepsis zuließ. Für den deutschnationalen Gesinnungsstau brauchte er eine anpassungsfähige Theorie, die seither „Verantwortungsethik" genannt wird. Max Weber, noch am 18.9.1917 im Banne des wilhelminischen, neuerdings wieder salonfähigen Katheder-Irrationalismus:

Worum es beim Linken-Spiel nicht geht

„Die feindlichen Heere setzen sich zunehmend aus Barbaren zusammen. An der Westgrenze steht heute ein Auswurf afrikanischer und asiatischer Wilder und alles Räuber- und Lumpengesindel der Erde mit unter den Waffen, bereit zur Verwüstung deutschen Landes". Für die deutsche Golfkriegsdebatte sattelten die spätgeborenen Ritter von der traurigen Gestalt selbst ihre Rosinanten. Noch nicht für „die Weihe eines deutschen Krieges" (M. Weber, 1916), aber für den „westlichen Westen", die „Zivilisation" und das „Völkerrecht" müssen sie wieder einmal ins Gefecht. Auch sonst ist Altes Mode: die „neue Weltordnung", gestiftet von Nike, der friedlosen Siegesgöttin, und ihren drei ruppigen Brüdern Kratos/Stärke, Bia/Gewalt und Zelos/Wetteifer. Ein Trio, das noch jeden Keim von Vernunft aufgespürt und fast ausgerottet hat — wie die von Menschen geführten Schweine die Trüffel. Lange bevor die hoffnungslos ins Tagesgeschäft verstrickte „Verantwortungsethik" und ihr Autor auf den Prüfstand der politischen Tauglichkeit kommen konnten — z.B. 1933 —, starb der Erfinder. Der Pudding ging nicht zum proof auf den Teller, sondern in die Tiefkühltruhe der Akademie, die ihn wiederentdeckte, als die Vergangenheit beseitigt werden mußte und die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse der Garnitur und Rechtfertigung bedurfte. Rezeptionsgeschichten aus der Zeit verantwortungsethischen „Beschweigens der Vergangenheit" (H. Lübbe) warten auf Erzähler. Kurz gefaßt: „Verantwortungsethik" entpuppte sich — ihrer Entstehungsbedingungen beraubt — als Transmissionsriemen für allerlei Anschläge auf die politische Vernunft und Zumutungen an den aufgeklärten Geschmack — für „Wirtschaftswachstum", „atomare Sicherheit" und „Entsorgungsparks" genauso wie für „Zielgenauigkeit", „Profit = Arbeitsplätze", „intelligente Autobahnen" und dergleichen. Die „Verantwortung" für Triviales wie das Wohnen dagegen übernehmen in der „Markt"wirtschaft u.a. auch semi-kriminelle Häuser- und Grundstückspekulanten. Weil sich etikettebewuße Banken die Hände nicht selbst dreckig machen wollen, überlassen sie den einsehbaren Teil dieser Geschäfte (beileibe nicht den ganzen Kuchen!) gerne vermögenden Ausländern/Minderheiten: „dem" Schweizer, „dem" Libanesen, „dem" Juden, „dem" Japaner, „dem" Deutschen, „dem" Selmi, „dem" Trump oder „dem" Kaschoggi. Das ist transkulturell immer dasselbe Strickmuster mit gleichen Profiteuren erster und zweiter Klasse — neben realen Verlierern. Ende des Zwischenspiels von der „Verantwortung".

Was ist das Linken-Spiel?

Es funktioniert ein wenig wie ein „Mensch-ärgere-dich-nicht"-Spiel, wobei allerdings Wörter die Würfel und der ideologische Schrebergarten von Normalität, Affirmation und Konformität den „Heimathafen" abgeben. Die Herkunft des Spiels ist kaum zu entwirren; die Spielregeln sind ebenso undurchschaubar wie korrupt. Oberster Schiedsrichter des Spiels ist die Verfassung in ihrer stoischen Gelassenheit: Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit potentiell für alle; real hauptsächlich (wenn auch nicht ausschließlich) für jene, die über den Betrieb herrschen oder sich fugenlos in ihn einordnen. Als Manager fungiert der „Marktwert" der Mitspieler, den zu steigern einer kürzlich als die Lehre bezeichnete, die er aus Adornos Thesen zur Kulturindustrie gewonnen habe. Lernprozesse haben halt keine eindeutige Richtung. Zustimmung erleichtert den Zutritt.

Medialer Meinungsmarkt

Damit das Spiel losgehen kann, muß irgendwo etwas passieren — ein Krieg, ein Bürgerkrieg, eine Völkervertreibung, wenigstens ein solennes Massaker oder ein anderer Vorfall, der mehrmals wenigstens 1 Minute und 48 Sekunden Tagesschau-Sendezeit hergibt.

1. Runde: die Fachleute aller Dienstgrade vom Experten bis hinunter zum Infanterie-Journalismus des Scholl-Latour stürzen sich ins Wort- und Mediengefecht. Aufmacherproduktion rund um die Uhr, live-Sendungen, Sondersendungen, Beilagen, Extraseiten. Der Bär ist los.

2. Runde: die „Sache" ist jetzt medial „geklärt" und „erklärt", aber real noch nicht vorbei. Weil man den „unzivilisierten" Konfliktparteien die Sendeschemata noch nicht überlassen kann (wie Politikern oder Sportverantstaltern), muß das Ereignis von der Senderseite her warm gehalten werden. Vorhang auf für die Experten von den hinteren Bänken: Während des Golfkriegs reichten für männliche Mitredner Anzug und Krawatte als Qualifikation, für Frau Seebacher-B. der charismatische Ehemann; (rasch dazwischen das Eigentor der Saison, Fallrückzieher mit Genickbruch: von „schlechter Menschenkenntnis, die allen großen Charismatikern eigen ist", berichtete uns in der FAZ v. 14.9.91 — erraten, Frau Seebacher-B., die wohl diesem Umstand ihren Bindestrich verdankt). Balkankriegs-Sendungen, jene W.v.Sternburgs ausgenommen, kamen bislang mit Darstellern aus, die „nationales Selbstbestimmungsrecht" und „Anerkennung" fehlerfrei buchstabieren können.

3. Runde: Es droht die mediale Katastrophe: eine Zeit schaumloser Mundwinkel. Die „Sache" ist in Gefahr, aus den Charts des Eitelkeitsbetriebs herauszukippen. Das Ausgangsereignis wird deshalb von einem Oberpriester der Meinungsmache zum Problem der heimischen Linken, Oppositionellen und Pazifisten umdefiniert. Eine Ersatzsau muß durchs Dorf. Jetzt schlägt die Stunde der Nachwuchs-Meßdiener im medialen Kultus. Die ältere Hybris, kraft derer sich deutsche Linke mit Marx, Lenin, Mao, dem Weltgeist und allen Problemen zwischen Vietnam und Portugal immer schon auf Du und Du verstanden, — was manche nicht erst öde fanden, als die KBW-Häuptlinge die Proletariate aller Länder in Kommission nahmen —, auferstehen zeitgemäß aufgemotzt: Zum Kriterium, ob ein Ereignis wirklich geworden ist und „in echt" stattgefunden hat, wächst sich jetzt beim Meßdienerchor aus, ob oppositionelle, pazifistische und linke Menschen dagegen demonstriert haben und ob sie dabei die richtigen Motive hatten. Der heimische Protest erst machte dieser Logik zufolge den Golfkrieg zum richtigen Krieg, genauso wie das Geschrei über das Ausbleiben von großen Aktionen und Demonstrationen (die kleinen übersieht der „professionelle" Blick sowieso) den Medien mehr Sendezeit und Zeilen wert ist als die Information über reale Kriege und Bürgerkriege. Oft sieht es geradezu so aus, als ob erst das Nichtdemonstrieren von Linken, Oppositionellen und Pazifisten Kriege und Bürgerkriege (1991 immerhin sechsundvierzig) für die Medien „objektiv" machte, weil sie dadurch marktförmig verwertbarer werden an der „Heimatfront". Was cum grano salis zu verstehen ist, aber wer redet schon von den vierundvierzig anderen Kriegen und Bürgerkriegen? Dem entspricht, wie — von der anderen Seite her gesehen — der medienbewußte Nationalismus zwischen dem Baltikum, Georgien und anderswo seine Kundschaft gleich mit englisch geschriebenen Transparenten auf die Straße schickt, so als ob der Konflikt an den westlichen Bildschirmen entschieden würde.

Nachrichten aus der laufenden Spielsaison

Von *der* Linken sprechen nur noch ganz Ahnlungslose wie Richard Wagner (der jüngere), dem offensichtlich die rumänische Textilindustrie etwas näher liegt als die wirklichen Verhältnissse in seinem Exilland. Zur Denunziation des erneuten „Versagens", „Versackens", „Verdrängens" der linken, oppositionellen, pazifistischen Rest-

bestände angesichts von Krieg, Elend und Konflikt werden die Meßdiener zu öffentlichen Waschungen eingeladen (mit Ablaßversprechen für alte Sünden). Tenor: wo sind denn „unsere" Linken, Oppositionellen und Friedensfreunde schon wieder? Und vor allem: was tut sich in den unteren Schubladen ihres Motivhaushalts? Ganz nebenbei sollen mit derlei Unterstellungen über die Gründe des Nichthandelns im besonderen Fall auch pauschal jene Anlässe herabgesetzt werden, bei denen demonstriert wurde.

Ein heiteres Ratespiel um Handlungsmotive, Handlungsziele und Handlungswirkungen nimmt seinen üblichen Lauf: eine vulgäre psychologische Klempnerei über Motive und Ziele; verglichen damit, sind Graphologie und Physiognomik exakte Wissenschaften. Die Ähnlichkeit dieser Dienerschaft mit den römischen Haruspices — Wahrsager, die aus den Eingeweiden von Opfertieren Prognosen für die Regierenden herauslasen, — ist evident. Die antiken Regierungs-Ministranten suchten die Wahrheit in den tierischen Innereien; die zeitgemäßen haben sich verkabelt und saugen ihre schnellen Sätze über die Motive und Ziele von linken, oppositionellen und pazifistischen Demonstranten direkt aus den medialen Halb- und Scheinwelten. Die Belege dafür sind Legion.

Während in Frankreich und in den USA längst eine selbstkritische Debatte unter den ehemaligen „Golfkriegern" begonnen hat, beschränkt sich die Branche hierzulande noch auf Apologien, die mit jedem Tag haltloser und lächerlicher werden — aufgrund bloßer Agenturmeldungen. Um heute über Linke, Oppositionelle, Pazifisten und vor allem deren Motivausstattung zu schreiben, braucht man ein Cable-TV-Set, wenig zu wissen, alles zu unterstellen und fast nichts zu verstehen (siehe *Kursbuch* 104, Juni 91).

Wenn der Konflikt heimwärts rollt, dürfen die Meßdiener mit anderen „Kennern" der Szene, die etwa gleicher Meinung sind, herumdiskursieren und öffentlich auf die Motive jener, die mal wieder handeln oder nicht handeln, herabspekulieren. Das Ergebnis steht von vornherein fest: wenn Oppositionelle, Linke oder Pazifisten handeln, tun sie es notorisch aus trüben Motiven („Antiamerikanismus") oder ihr Handeln ist „objektiv" falsch, z.B. „antisemitisch", weil gegen die fanatisierte israelische Rechte und deren Regierung gerichtet; wenn Oppositionelle, Linke und Pazifisten gar nicht handeln, ist alles noch einfacher; dann tragen sie automatisch die volle „Schuld" und „Verantwortung" wie die Weimarer Pazifisten für den Holocaust (nach Geißlers jesuitischer Delegations-Logik).

Befeuert von der *ideé fixe*, Subjekten Handlungsmotive durch freihändige Spekulation zuzurechnen, sprudelt der Geist der vereinigten Eingeweideschauer: Die Bier- und Möllemänner, Schirr- und Nonnenmachers, Enzensbergers e tutti quanti sowie der gemischte Chor der Meßdiener drehen erst auf, dann furios durch. Der Konflikt verfällt der „Entortung" (dieses Schaumwort und Synonym für bodenlose Spekulation war fällig, nachdem „vor Ort" und „Verortung" ausgebadet haben); das komplexe Ereignis wurde über Nacht zur Hängepartie der heimischen Linken, Oppositionellen und Pazifisten umgebogen. Frei nach Lessing — gehenkt werden sie in jedem Fall, wir suchen nur noch nach dem Grund: Wenn sie handeln, liegen sie daneben, weil sie es aus falschen Motiven tun, und wenn sie nicht handeln, ist ihre „Verantwortung" sowieso klar.

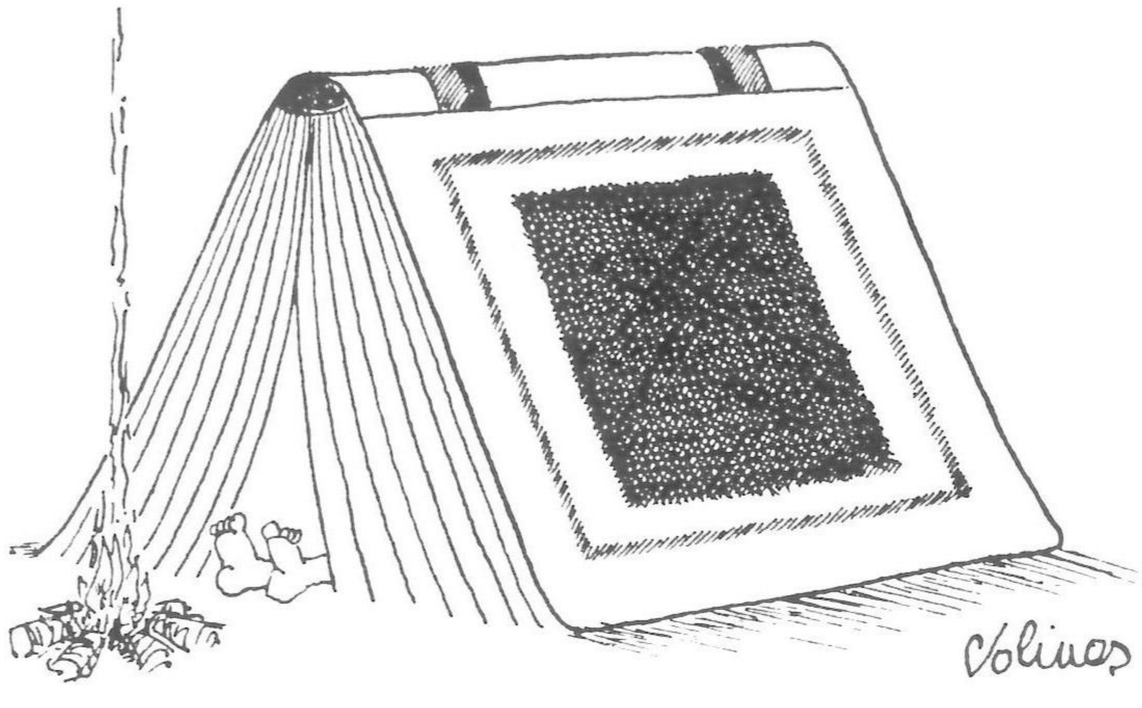
Substantive zurüsten

Tote schlafen fest. Zwar haben frühere Linken-Spiele „die" Linke mausetot artikelt — was in einem engen organisatorischen Sinne nicht völlig unrichtig ist —, aber Linken-Spiele kümmern sich darum sowenig wie der „Verfassungs"schutz um seine Subjekte-Objekte; er findet sie immer dort, wohin er sie selbst definiert hat. „Wer den Verfassungsfeind bestimmt, ist die Verfassung". So durchsichtig ist die Suppe Carl Schmitts, wenn man den Schaum und das Fett abschöpft. Bei Schmitt gibt es allerdings auch weniger Dünnes („Der Führer schützt das Recht") und heikle Paradoxien. Um deren Popularisierung willen benötigen die Linken-Spieler Gerätschaften aus Karin Strucks Werkstatt: Feilen, Spachtel, flauschige Pinsel und jede Menge himmelblau und rosarot für die zeitgemäße ästhetische Grundierung des politischen „Post"-Speaks. Die scharfen Züge vieler, nicht nur emanzipatorisch-aufklärerischer Begriffe müssen abgeschliffen und neu bemalt werden. Das geschieht in der deutschen Sprache am einfachsten, indem man Komposita bildet. Der Königsweg zur rundgeschliffenen Affirmation ist allemal das Verkuppeln von Unvereinbarem (das Wort „Königsweg" selbst ist eine niedliche Kombination absolutistischer Willkür mit dem gemütlichen Spazierweg).

Im Linken-Spiel bedient z.B. der Begriff „Staatengemeinschaft" die süße Vorstellung urigen Beisammenseins aller „Staaten" guten Geistes gegen das Böse überhaupt, überall und im trauten Kreise kreidesatter Wölfinnen und Wölfe. Welch unverzeihlicher Fehler, daß Linke, Oppositionelle und Pazifisten diesem Zuckerwörtchen „Staatengemeinschaft" wieder einmal gar nichts abgewinnen konnten und können! Damit stehen sie von Anfang völlig im Abseits, außerhalb aller Regierungsbunker, Salons, Staatskanzleien, Luxushotels und Redaktionen, wo bekanntlich die „großen Ordnungen" gezeugt und für die herrschende Politik kleingeschrieben werden. Selbstüberbietung ist ein Prinzip des Jargons im Linken-Spiel. Ein Kränzchen gehört dem Erfinder des Multikomponenten-Weichspülers von der „weltweiten ökologischen Verantwortungsgemeinschaft", die endlich die muffige Enge linker, oppositioneller, anarchistischer und pazifistischer Terminologien aufsprengt und die Nein-Sager zur Raison bringen soll. Was immer die Floskel bedeuten möge, das Feuilleton schmückt sich damit und schluckt sie — ein sprachliches Monument des verzuckerten Zeitgeistes. Der Nomos der Erde Carl Schmitts und Karin Struck, die Nurmutter aus dem Taunus, machen gemeinsame Sache im Himmelbett der „Staatengemeinschaft", wo sie die „weltweite ökologische Verantwortungsgemeinschaft" abfeiern. Das Pendant zum eben genannten Prinzip ist jenes der Bodenlosigkeit: nach unten ist kein Halten punkto intellektuellem Niveau. Nachdem schon der „Bellizist" von einem der dumpferen Kriegsgegner als „kinderloser Achtundsechziger" bündig definiert wurde, kann man sich etwa vorstellen, was unterhalb noch drin liegt für die Bezeichnung von Linken, Oppositionellen und Pazifisten und deren Motiven.

Grammatik der Interessentenprosa

Der Auto"mobil"manager Edzard Reuter, der Riesenstaatsmann Möllemann und ein mittelständischer Wurstfabrikant aus Oberfranken an einem Tisch — wenn sich diese drei Chargen treffen, sitzt immer eine vierte mit dabei: die Viereinigkeit der Wörter „professionell", „hochkarätig", „genial" und „brillant". Ein paar schlichte syntaktische Operationen bilden zusammen mit diesem Grundwortschatz die Grammatik des weltweiten Gebrabbels, in dem alles alles bedeuten kann, wenn nur „stimmt, was hinten raus kommt" (H.Kohl). Dieser marktschlüpfrige Code ist Teil des Betriebs, in dem jede Null fast alles werden kann außer Papst, vorausgesetzt, sie verinnerlicht diesen Jargon und akzeptiert die Staubürgerlogik kapitalistischen Wachstums. „Professionell" steht fürs Gschaftlhubern mit Profitorientierung und ohne Rücksicht auf



Kosten und Verluste außerhalb des bornierten Horizonts der eigenen Buchhaltung; „hochkarätig" zielt auf den Charakter, der über den Dienstwagentyp und das Kreditkarten-Sortiment generiert wird; „genial" meint alles, was Geld bringt; „brillant" ist ein Synonym für jung. — Im Linken-Spiel bilden die vier Adjektive/Adverbien der kapitalistischen Grundorientierung die Plattform, von der herab alles Linke, Oppositionelle oder Pazifistische hoffnungslos alt aussieht. Mit ein wenig Geschick und situativ geeigneten Übersetzungen, Paraphrasen und Ellipsen lassen sich aus den vier Schlüsselwörtern ganze Artikel und Bücher pressen. Bei den linken oder ehemals linken unter den Prosaikern des puren Interesses, das sich als „Realpolitik" drapiert, fällt auf, daß sich ihre frühe Liebe zu Begriffen wie „Spätkapitalismus" verflüchtigt hat. Je „später" sie früher daherkamen, desto herzhafter sind sie heute „post". Die Fortsetzung des geschichtsphilosophisch überladenen „spät" führte fast zwangsläufig in die Beliebigkeit des kuscheligen Posthistoire oder zum „post"-kartenformatigen Abschied. Es geht nicht um die Banalität, daß jede Theorie und jede Terminologie einen Zeitkern enthält. Gut zehn Jahre nachdem Adorno u.a. den Begriff „Spätkapitalismus" zur Diskussion gestellt hatten, behielt zwar der Kapitalismus seinen Platz, aber der mit seinem Alter kokettierende Zusatz war schon Ende der 70er Jahre nur noch Masche: dienstfertige Konzession an den Wortkatalog der Spielsaison. Mit ihrem Erscheinen kündigten solche Texte gleich ihre Halbwert- und Verfallzeiten an. Sälavie, wie der Südhesse sagt.

Von der Dialektik der Aufklärung zur Gegenaufklärung

Das Linken-Spiel ist auch ein Spiel des Umlernens bzw. des Lernens eines neuen Sprachspiels. Ob Not denken lehrt, wie Bloch meinte, weiß ich nicht. Aber wie Kriegseuphorie manche zum Umlernen bringt, ist historisch belegt. Nach dem 4.8. 1914 machte sich fast die ganze SPD ans Umlernen. Wenn es ums Eingemachte — die eigene politische Herkunft oder die Aufklärung — geht, müssen verbale Pfefferschoten her, z.B. das Wort „Protestöffentlichkeit". Gemeint sind jene Linken, Oppositionellen und Pazifisten, die nicht einstimmen in den Kanon, den die Trinität aus gemeinem Sinn, staatserhaltenden Redaktionen, Partei/Staatskanzleien vorsingt. Hat Öffentlichkeit seit ihrer Entstehung in der Aufklärung legitimere Ziele als Kritik und Protest verfolgt? Dem Mitspieler im Linken-Spiel gilt die „Tagesschau" als unberbietbare Form von Öffentlichkeit. Deshalb erscheint ihm so etwas wie Protest als altbacken, im Jargon: „unprofessionell". Der frischeste New-Speak verniedlicht konsequenterweise Zensur zur „Nachrichtensperre", marktgerechte Zurichtung zur „zivilen Gesellschaft" und die Vulgarisierung demokratischer Entwürfe zum „Westen". — Im Linken-Spiel geraten kritische und aufklärerisch-emanzipatorische Begriffe ins Visier von wendigen und trendigen Jargonauten, die auf Normalisierung und Affirmation setzen — um jeden Preis. Wortschaum schwimmt obenauf und hindert den unbefangenen Blick darauf, wovon das schaumige Nichts der „Europäisierung Europas", der „Entwestlichung" oder der „Zivilheit" getragen bzw. hochgespült wird. Wörter, die entstanden sein könnten, als sich Johannes Gross und Thomas Schmidt spät in der Nacht mit schweren Zungen über „das Projekt" Illona Staller hermachten, prägen den Jargon im Linken-Spiel: „Politik des scharfen Blicks", „Windhauch der Marktwirtschaft", „die heillos verstrickte Welt", „Realismus der Geopolitik" — usw. durch das ganze Alphabet der Gegenaufklärung.

Jenseits des Spiels

Wer sich noch irgendwie als linkes, oppositionelles oder pazifistisches Individuum begreift, hat keinen Einfluß auf das Spiel, wenn man davon absieht, daß das Nichtmitspielen auch eine Antwort darstellt. Nur in parlamentarischen und vergleichbaren Regionen bedeutet Schweigen prinzipiell Zustimmung. Unter den Aufgeklärteren gilt nach wie vor, daß es gelegentlich weise ist, zu schweigen; daß es Konflikte gibt, in denen es nur falsche Seiten gibt. Der Betrieb wird weitergehen damit, daß die Meßdiener des Zeitgeistes eben daraus, daß sie sich nicht mehr als Linke oder als post-Linke beim Kutscher vorn begreifen, die Legitimation ableiten, dem Publikum zu erklären, warum „die" Linken, Oppositionellen und Pazifisten schon wieder ganz daneben liegen. Im Einzelfall ist schwer auszumachen, ob es bloß grundgesetzlich geschützte Einfalt und -äugigkeit oder atavistische Häme ist, was jene umtreibt, die aus den Streichhölzern falscher Demonstrations-Slogans eine publizistische Riesenkiste zimmern, und die Bretterwand vor der eigenen Stirn nicht mehr wahrnehmen. Zum Schluß eine Prognose: bald wird sich einer finden, der im ganzen Stasi-Sumpf ein Nebenprodukt der westdeutschen Linken, Oppositionellen und Pazifisten erkennt oder die Versumpfung drüben „motivmäßig astrein" als Kompensationsleistung „unserer" Linken für den „unterlassenen Aufstand der Väter gegenüber dem nationalsozialistischen Terror" durchdekliniert. Der Meßdienerchor übt schon mal den Refrain, den dieses Mal nicht H.M. Enzensberger („Saddam = Hitler"), sondern der eminente Seelenkundler J. Fuchs erfand („Auschwitz in den Seelen"). Für die linken, oppositionellen und pazifistischen Gruppen dagegen stellt sich die Frage simpel: wann, wie und mit wem wogegen oder wofür? Es sind die einfachen Fragen, die schwierig zu beantworten, die einfachen Dinge, die schwer zu verwirklichen sind. ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Armut: kein Thema? (Heft 41)
Hanesch: Armut in Deutschland. Politische und strategische Antworten ● *Bäcker:* Gespaltene Gesellschaft. Soziale Probleme und sozialpolitische Herausforderungen ● *Albrecht:* Aus der Not eine Tugend machen? Von der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zum neuen ganzheitlichen Modell ● *Wacker:* Massenarbeitslosigkeit und nichts rührt sich ● *Chassé:* Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht ● *BAG:* Gegen ausgrenzende Wohnungspolitik. Positionspapier zur Wohnungsversorgung ● *Störch:* Zum Stand der Literatur zum Problem junger ,,Nichtseßhafter" ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Frauen heute: Neue Ansprüche — neue Konflikte (Heft 40)
Windaus-Walser: Der offene Konflikt ist mir lieber. Gisela Wölbert interviewte Karin Windaus-Walser zum Geschlechterverhältnis ● *Frommel:* Gleichheit und Differenz. Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus ● *Pfarr / Fuchsloch:* Frauenquoten, ein juristisches Problem ● *Stein-Hilbers:* Die sogenannten ‚Neuen Väter': Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses ● *Wölbert:* Emanzipation zurechtgestutzt — oder: Wie aus dem Wunsch eine Last werden kann ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Neue Mauern in Europa
Soziale Politik in der EG (Heft 39)
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

JOACHIM HIRSCH

Immer noch „Sozialistische“ Zeitung?

Bemerkungen zum (Unter-)Titel der „links“

Auch wenn sich die links-Redaktion keineswegs den Verlockungen hingibt, die „postsozialistische“ Wendefähigkeit auf dem Medienmarkt verspricht, gibt es mit dem Titel „Sozialistische Zeitung“ heute gewisse Probleme. Wir wollen diese nicht umgehen. Joachim Hirsch hat für die Diskussion in der Redaktion ein Papier geschrieben, daß wir hier veröffentlichen. Nicht, um in der „Sozialismusdebatte“ schnell eine Position zu beziehen, sondern um die dahinter stehenden politischen Probleme offen und zusammen mit unseren LeserInnen zu diskutieren.

1. Eine Wurzel unseres Titel-Problems liegt in der etwas leidigen Tatsache, daß mit Begriffen halt Politik gemacht wird und wir diesbezüglich recht wenig „Definitionsmacht“ haben. „Sozialismus“ haben Breschnew, Honnecker und Konsorten im Verein mit Geißler und Blüm ruiniert und das an sich wichtige Attribut „demokratisch“ haben die Sozialdemokraten verhunzt, von der PDS mal ganz abgesehen. Wer heute den Begriff „Sozialismus“ verwendet, muß sich zumindest mit der Vermutung herumschlagen, er oder sie sei unheilbar geschichtsblind und lernunfähig. So steht es jedenfalls jeden Tag und unisono in den einschlägigen Blättern.

2. Der Titel „Sozialistische Zeitung“ ist nicht ohne den geschichtlichen Kontext zu verstehen, in dem er entstanden ist. Im „Sozialistischen Büro“ vereinte sich die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung mit der in der Studentenbewegung bedeutsam gewordenen „Neuen Linken“. „Sozialistisch“ hatte damit eine doppelte Bedeutung: der Begriff verwies historisch auf die politische Kraft, die den Kapitalismus am ehesten „zivilisiert“ hat und er war Ausdruck einer radikalen Gesellschaftskritik, die Theorie und Politik der traditionellen Arbeiterbewegung einschloß und gleichwohl immer noch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse als den Angelpunkt von Befreiung ansah. In der Öffentlichkeit negativ aufgeladen war das Wort „Sozialismus“ schon damals. Der Unterschied ist allerdings, daß er Ende der sechziger Jahre zum Symbol einer Protestbewegung wurde, die auf eine unmittelbare und praktische Veränderung der Gesellschaft gesetzt hatte. Dadurch gewann er den Charakter eines Provokations- und Protestbegriffes, mit dem die versteinerten Verhältnisse des Kalte-Kriegs-Deutschland zum Tanzen gebracht werden konnten. Dies hat ja auch nicht schlecht funktioniert. Sozialismus war jedenfalls „modern“. Damit ist es vorbei: der Symbolbegriff tut seine alte Wirkung nicht mehr und steht seinerseits für schlimme Versteinerungen.

3. An der Bedeutung des Begriffs war und ist richtig die Überzeugung, daß eine freiere und humanere Gesellschaft nur durch radikale Veränderung grundlegender materieller, d.h. Produktionsverhältnisse geschaffen werden kann, daß Selbstbestimmung und Demokratie sehr wesentlich eine Frage von Ökonomie sind. Was es bedeutet, daß dies vergessen wird, läßt sich an den zeitgeistigen Individualisierungs-, Demokratie- und Zivilgesellschaftsdiskursen ablesen. Diese kranken nicht zuletzt daran, daß das ganze Instrumentarium historisch-materialistischer Gesellschaftskritik, etwa die Marx' sche Form- und Fetischanalyse, die Klassen- und Staatstheorie einfach vergessen worden ist. Der Glaube, daß diese Gesellschaft ohne Veränderung ihrer grundlegenden Strukturen eine Zukunft habe, kann angesichts der sich eskalierenden globalen Krisenentwicklungen nur als pathologische Problemverdrängung bezeichnet werden, die umso fataler ist, je mehr sie die Dimensionen eines übergreifenden common sense gewinnt. Naiv war allerdings die im Titel „Sozialistische Zeitung“ zumindest semantisch zum Ausdruck kommende Vorstellung, man verfüge — irgendwie — über das konkrete Modell einer neuen Gesellschaft, mit „sozialistisch“ verbände sich nicht nur ein Kritik-, sondern auch ein positives Strategie- und Gesellschaftskonzept. Insofern schleppt der Begriff Elemente eines schlechten Traditionalismus mit.

4. Dazu gehört das Verdrängen der Frage, inwieweit sich eine „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, Planwirtschaft und Demokratie überhaupt verbinden lassen, das Weiterwirken orthodoxer Klassen- und avantgardistischer Revolutionskonzepte und nicht zuletzt ein (nicht immer nur) heimlicher Etatismus, d.h. die Annahme, eine befreite Gesellschaft ließe sich mittels des Staates herstellen. Nicht zuletzt die Ausgrenzung des Anarchismus hat fatale Folgen für die Entwicklung der sozialistischen Theorie gehabt. Zwar haben undogmatische Linke den Kasernenhofsozialismus immer kritisiert, und ebenso hat sich das Sozialistische Büro von jedweden Parteigründungsaktivitäten mit guten Gründen ferngehalten, aber je mehr „die“ westdeutsche Linke zer- und auseinanderfiel, desto schwerer wurde es, radikale theoretische Kritik in politisch-praktische Konzepte umzusetzen.

Schlechter Traditionalismus ist vor allem auch die Vorstellung, gesellschaftliche Emanzipation ließe sich durch die bloße Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse herbeiführen. Dies wurde nicht nur durch die Zustände im sich so nennenden „realen“ Sozialismus widerlegt. Wichtiger ist, daß es noch viel grundlegender um

die radikale Veränderung der Natur und Geschlechterverhältnisse geht. Diese sind zwar mit dem Kapitalverhältnis eng verbunden, aber eben nicht aus diesem ,,ableitbar'' und reichen nicht nur historisch weiter und tiefer als die kapitalistische Vergesellschaftungsform. Würde man jedoch die Zeitung demzufolge ,,sozialistisch'', ,,feministisch'' und ,,ökologisch'' nennen, so wäre dies nicht nur elender Opportunismus, sondern auch falsch: nicht die Addition der Adjektive, sondern ihre komplexe Vermittlung und Verbindung sind (das in den einschläigen ,,Bewegungen'' zu deren eigenem Schaden systematisch vernachlässigte) Problem.

5. Dennoch bleibt daran festzuhalten, daß der Kern sozialer Emanzipation in der Revolutionierung der materiellen Verhältnisse — und das sind Produktions-, Natur- *und* Geschlechterverhältnisse — steckt. Daß der ,,Sieg'' des Kapitalismus in der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus zu einer gefährlichen Potenzierung seiner destruktiven Kräfte im Weltmaßstab führt, wird schon jetzt deutlich. Im Kern hat das mit ,,Sozialismus'' bezeichnete Programm immer auf die Einlösung der Versprechen von Freiheit, Individualität, Gleichheit und Selbstverwirklichung gezielt, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hervorbringt und deren volle Realisierung sie zugleich strukturell unmöglich macht. Solange sie besteht, wird das, was ,,Sozialismus'' inhaltlich meinen muß, daher immer wieder und sogar immer nachhaltiger auf der Tagesordnung stehen. Es könnte sich sogar bald herausstellen, daß das Schlagwort ,,Sozialismus oder Barbarei'' gar nicht so veraltet ist, wie es scheint.

6. Damit wird die Sache mit den Begriffen noch etwas komplizierter. ,,Sozialismus'' im Titel zu führen, ist nach den Konnotationen, die in der Öffentlichkeit angesichts der historischen Erfahrungen nicht ohne Grund damit verbunden werden, nicht nur vielleicht auflagen- und imageschädlich, sondern in gewisser Weise auch falsch. Ihn zu streichen, signalisiert andererseits, die realen Zeichen der Zeit und die relevanten sozialen Widersprüche und Auseinandersetzungen zu verkennen. Zwischen verblödetem Traditionalismus und postmoderner Beliebigkeit eingeklemmt, befinden wir uns in einer ziemlich mißlichen Lage. Der Ausweg, den Untertitel einfach wegzulassen, ist auch nicht sehr einleuchtend: ,,links'' bedeutet heute — im schillernden Spektrum zwischen Heiner Geißler, Thomas Schmidt, Hermann Rappe oder Micha Brumlik — ziemlich viel, doch nicht das, was wir damit meinen. Und schließlich sind wir weder Zeitgeist-Trendjournal noch Generalanzeiger, sondern ein politisches Blatt.

7. Genau betrachtet, rührt unser Dilemma nicht nur daher, daß in dieser temporeichen Zeit herkömmliche Orientierungen in Monatsabständen obsolet werden, sondern daß dies zugleich immer mehr soziale Amnesie erzeugt. Geschichte ist in unserer medialen Welt nicht mehr Material von Erfahrung, sondern löscht Erfahrung aus. Wendefähigkeit wird zum entscheidenden Merkmal des intellektuellen Habitus. Die Begriffs-Moden kommen und gehen immer rascher. Hurtiges Weglassen oder Umbenennen von Titeln heißt, eben dies zu unterstützen.

8. Was also erst mal bleibt, ist ein Dilemma, aber keine Lösung, außer vieleicht der, daß man sich der Begriffs-Politik und was sie in dieser theorie- und geschichtsvergessenen Zeit anrichtet, *politisch* stellen muß. D.h. wir dürfen die Titelei selbst nicht vorrangig als Image- oder Marktproblem verstehen, sondern als eine zentrale politische Auseinandersetzung, die wir mit unseren LeserInnen und der sonstigen, mehr oder weniger interessierten Öffentlichkeit zu führen haben. Es geht nicht zuletzt darum, historisch aufzuarbeiten, was der Begriff bedeutet hat und welche theoretischen und politischen Fehler sich mit ihm verbunden haben.

Dazu gehört nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem sich selbst als ,,real'' bezeichnenden Staatssozialismus. Die Behauptung, dieser sei überhaupt kein Sozialismus gewesen, ist ein Fall linker Problemverdrängung: ungeachtet aller Deformationen und Fehlentwicklungen ist das, was mit der Oktoberrevolution begonnen hat, von der Marx'schen Theorietradition nicht abzulösen, was heißt, daß die Kritik vor eben dieser nicht halt machen darf.

Gleichzeitig gerinnen im Begriff ,,Sozialismus'' nicht nur die ganze Geschichte der ,,Moderne'', sondern auch die fallen- und fußangelreichen Erfahrungen mit der widersprüchlichen Praxis sozialer Emanzipation. Daraus haben wir gelernt, daß es für eine befreite und zugleich sich bewußt selbst gestaltende Gesellschaft weder ein Modell noch einen klar erkennbaren Weg gibt. Soziale Emanzipation ist als komplizierter Lernprozeß zu begreifen, der auf der Veränderung alltäglicher Lebensweisen, Normen und Wertvorstellungen beruhen muß und nicht bürokratisch erzwungen werden kann. Erst im Zusammenhang einer dies vorantreibenden sozialen Bewegung, der dabei gemachten Erfahrungen und der dort entwickelten Möglichkeiten können sich die Konturen einer neuen Gesellschaft herausbilden. Wir können sie nicht heute entwerfen. Angesichts struktureller Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse wird dies allerdings ohne Konflikt und Kampf nicht abgehen. Soziale Revolution, um die es immer noch geht, ist kein evolutionäres Voranschreiten.

Mit dem Begriff Sozialismus hat sich nicht nur die radikale Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, sondern immer auch die Utopie einer wirklich freien und humanen Gesellschaft verbunden. Wenn es nicht gelingt, diese Dimension wieder zu erarbeiten und praktisch zu wenden, können wir politisch einpacken. Die einfache Abschaffung des Begriffs ,,sozialistisch'' ist keine Lösung. Es kommt vielmehr darauf an, ihn vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen und im Kontext kritischer Gesellschaftstheorie radikalisierend zu präzisieren. Das allerdings erfordert einen scharfen Bruch mit sehr vielen gesellschaftstheoretischen und politischen Vorstellungen, die sich damit verbunden haben. Statt den Untertitel kurzerhand zu streichen, sollen wir daher eine möglichst breite und lange Diskussion darüber entfachen, was er heute bedeuten muß.

Wenn wir dabei einen besseren Begriff und nicht nur ein anderes Wort finden, wäre viel geholfen. Aber wir sollten auch kein Tabu daraus machen. Wie wärs also mit einem Preisausschreiben für einen neuen Titel? Gewinn: ein Abo für die nächsten zwanzig Jahre! ■

JÜRGEN GERBER

Ein Pyrrhussieg

Zu den politischen Machtspielen in Georgien

Keiner blickt so recht durch bei den militanten Auseinandersetzungen und blutigen Machtkämpfen der diversen Polit-Clans in Georgien, die das Land an den Abgrund des Bürgerkriegs treiben. Vereint im Kampf gegen Gamsachurdia, ist die georgische Opposition schon jetzt untereinander in Intrigen verwickelt. Jürgen Gerber gibt dazu einige Hintergrundinformationen.

Was ist das für ein Volk, das in demokratischen Wahlen einen seiner bedeutendsten Dissidenten mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten kürt, um ihn einige Monate später mit brutaler militärischer Gewalt aus dem Amt und außer Landes zu jagen?

Mit der Wahl Gamsachurdias zum Präsidenten hatten die Georgier zweifellos den Bock zum Gärtner gemacht. Er muß sich von seinen Kritikern zu Recht vorhalten lassen, daß er in seiner Amtszeit die kleine Kaukasusrepublik in die Isolation geführt hat. Gamsachurdia betrieb die Teilentmachtung des erstmals frei gewählten Parlaments, kriminalisierte jegliche Opposition, blockierte notwendige wirtschaftliche Reformen und verweigerte sich dem Dialog mit der ethnischen Minderheit im Autonomen Gebiet Süd-Ossetien. Auf seine Anweisung wurden zahlreiche Persönlichkeiten der georgischen Kulturszene und der Intelligenzija entlassen, die Massenmedien verblieben unter staatlicher Kontrolle und eine historische Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit durch Öffnung der KGB-Archive wurde versäumt.

Den Wahlsieg verdankt der 52jährige Philologe für englische Literatur und langjährige Dissident nicht nur seinem Charisma. Die Popularität Gamsachurdias beruht vor allem darauf, daß er — aller politischen Realitäten zum Trotz — in seinen mit nationalem Pathos gehaltenen Reden die rasche Unabhängigkeit und die Einbindung Georgiens in die EG und NATO beschwörte. In einer Republik wie Georgien, in der es lange vor der Perestrojka große antisowjetische Demonstrationen gab, fallen solche Versprechungen auf fruchtbaren Boden. Swiad Gamsachurdia ist deshalb für eine Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor Symbolfigur für den Kampf um die Unabhängigkeit Georgiens. Der Sturz des noch im Mai 1991 mit 87 Prozent der Stimmen gewählten Präsidenten wird folglich nur von einer Minderheit mit Erleichterung aufgenommen.

Der radikale Flügel der Opposition, der den gewaltsamen Umsturz betrieb, stützt seine Macht lediglich auf die bewaffneten Truppen der Nationalgarde. Die zögerliche Zustimmung, die die Übergangsregierung erhält, und die anhaltenden Demonstrationen der Anhänger Gamsachurdias sind ein deutliches Zeichen für das mangelnde politische Vertrauen, das man in die neuen Machthaber setzt. In weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht die Befürchtung, daß durch den Putsch lediglich der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben wurde. Gerade die Parteien Tschanturias und Zeretells gelten als aktionistische und politisch naive Gruppierungen, die den Präsidenten zwar heftig kritisierten, aber keine politischen Alternativen aufzuzeigen wußten.

Eine schwere Hypothek für die neuen Machthaber stellen die Opfer des Bürgerkriegs dar. Von bis zu 200 Toten und vielen Hundert Verletzten ist die Rede. In Georgien leidet man bis heute unter dem Trauma des 9. April 1989, als sowjetische Soldaten bei einer friedlichen Kundgebung 20 Menschen töteten. Daß die gläubigen Georgier nun aber miterleben mußten, wie sich ihre Landsleute gegenseitig niederschossen, macht den Erfolg der Opposition zu einem Pyrrhussieg.

Aus dieser Perspektive war die Entscheidung des Militärrates, Gamsachurdia einen Fluchtweg anzubieten und ihn mitsamt seiner Familie unbeschadet entkommen zu lassen, taktisch klug. Ein toter Gamsachurdia — von seinen Anhängern zum politischen Märtyrer gestempelt — würde die ohnehin zweifelhafte Legitimation der Übergangsregierung vollends untergraben. Ähnliche Probleme für die jetzige Regierung würde ein Gerichtsverfahren gegen den Präsidenten aufwerfen, das von einigen Stimmen gefordert wird. Kein Wunder, daß der Militärrat allergrößtes Interesse hat, Gamsachurdia schnellstmöglich aus dem Land zu schaffen und ihm dafür sogar freies Geleit angeboten hat.

Schwer durchschaubare Opposition

Die Opposition gegen Präsident Gamsachurdia ist selber für den einheimischen Beobachter ein nur schwer zu durchschauendes Gebilde. Sie besteht im wesentlichen aus den Personen und Gruppierungen, die sich bereits vor dem mißlungenen Putsch im August/September 1991 gegen den selbstherrlich regierenden Präsidenten aussprachen und denen, die sich im Laufe dieser Ereignisse von Gamsachurdia abkehrten.

Bei der ersten Gruppe handelt es sich um den radikalen Flügel der georgischen Nationalbewegung und zahlreiche kleine gemäßigte Parteien. Gamsachurdia selbst kommt

aus dem radikalen Lager der Opposition. Dieser zahlenmäßig stärkste Flügel führte viele Jahre gnadenlose Auseinandersetzungen um die personelle Vorherrschaft innerhalb der Opposition. Das endgültige Auseinanderbrechen des radikalen Flügels erfolgte im März 1990, als Gamsachurdia das Oppositionsbündnis verließ, bei den Parlamentswahlen kandidierte und diese überzeugend gewann. Gamsachurdias Mitstreiter, die sich auf einen Wahlboykott versteift hatten, sind heute seine heftigsten Widersacher: Giorgij Tschanturia und Iraklij Zereteli, Vorsitzende der National Demokratischen Partei und der Partei der Nationalen Unabhängigkeit. Zu ihnen zählt auch Dschaba Ioseliani, Chef der paramilitärischen Organisation ,,Mchedrioni'' (Heer).

Demokratische Bewegung — größte Hoffnung

Im Lager der gemäßigten Opposition tummelt sich einer Vielzahl kleinerer Gruppierungen. Im Parlament durch mehrere Abgeordnete vertreten, schlossen sie sich im November zum Bündnis ,,Demokratische Bewegung'' zusammen. Zu ihr gehören so angesehene Oppositionelle wie Nodar Natadse, Vorsitzender der ,,Volksfront'', und zahlreiche Vertreter aus der Intelligenzija. Ihnen gelang es, während des Putschversuchs im September eine weitere militärische Eskalation zu verhindern.

Wegen ihrer Fachkompetenz und Autorität dürfte die ,,Demokratische Bewegung'' der größte Hoffnungsträger für eine politische Erneuerung Georgiens sein. In den Reihen der Opposition finden sich außerdem ehemals enge Mitarbeiter des Präsidenten, die aus Protest gegen seine Amtsführung zurücktragen: Allen voran der alte und neue Ministerpräsident Tengis Sigua sowie der Chef der abtrünnigen Nationalgarde Tengis Kitowani, der mit Dschaba Iseliani den Militärrat bildet.

Die Schwächen der Opposition sind ihre internen Rivalitäten, ihr unkoordiniertes Vorgehen und ihre geringe Verankerung bei der Landbevölkerung. Dies ist ein entscheidender Grund für die große Sympathie, die Gamsachurdia dort genießt. Die Konflikte der erbittert streitenden Kampfhähne auf dem radikalen Flügel haben dem Ansinnen der ganzen Nationalbewegung erheblichen Schaden zugefügt. Die Schaffung einer alle reformwilligen Kräfte integrierenden Volksfront nach baltischem Vorbild wurde durch den Einfluß Gamsachurdias vereitelt. Zahllose politische und soziale Initiativen wurden im Keim erstickt — Verständnislosigkeit und politische Apathie durch das diffuse Erscheinungsbild der Opposition in weiten Teilen der Bevölkerung hingegen genährt.

Auch auf die Gefahr hin, daß sich die neuen Machthaber in einigen Monaten wieder auf den Oppositionsbänken vorfinden, täten sie gut daran, an ihrem Versprechen nach Einberufung einer Nationalversammlung und raschen Neuwahlen keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen. Ohne die Symbolfigur Gamsachurdia, dessen Schicksal weiter unklar ist, werden die Parteigänger des Präsidenten zwar keinen großen politischen Einfluß erringen. Die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung wird in Georgien aber daran gemessen werden, wieviel Entgegenkommen sie den Anhängern Gamsachurdias bei der laufenden Parteienregistrierung und den folgenden Wahlen zeigen wird.

Comeback Schewardnadses?

Die nächsten Wochen werden verdeutlichen, ob es sich bei den Ankündigungen der Übergangsregierung um Lippenbekenntnisse handelt, oder ob sie wirklich bereit ist, Georgien auf den Weg zu einem politischen Neuanfang zu verhelfen. Nicht auszuschließen, daß man dabei der angebotenen Unterstützung des einzigen georgischen Politprofis bedarf: Eduard Schewardnadse, von 1972 bis 1985 KP-Chef Georgiens. Obwohl durch dieses Amt in seiner Heimat erheblich vorbelastet, dürfte Schewardnadse am ehesten imstande sein, den verspielten politischen Kredit im Ausland zurückzugewinnen und Georgien in die langersehnte Unabhängigkeit zu führen. ■

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

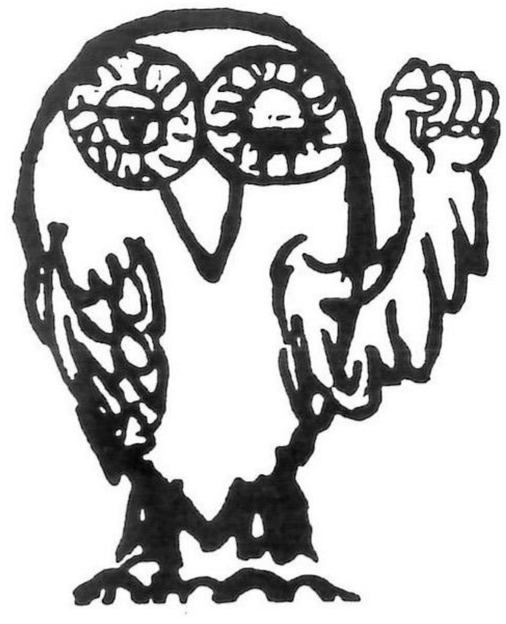
PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.



HOLM-DETLEV KÖHLER

Ein zappelnder Leichnam

Zum Auflösungsprozeß von Spaniens PCE

Die kommunistische Partei Spaniens PCE (Partido Comunista de Espana) ist seit der Wahlniederlage 1982 (3,9 % der gültigen Stimmen) und den darauffolgenden Abspaltungen nur noch eine Restpartei. Als solche stirbt sie dahin, und sie weiß es. Die Ereignisse seit 1989 haben diesen Sterbensprozeß jedoch derart beschleunigt, daß er vielen zu schnell geht. Im Umfeld des VIII. Parteitages Ende Dezember '91 kam es deshalb erneut zu Konflikten, Auflösungs- und Abspaltungstendenzen. Parteichef Julio Anguita gelang es vielleicht ein letztes Mal, die endgültige Selbstauflösung zu verhindern.

Für den Spanien-Korrespondenten der FAZ Walter Haubrich steckt die PCE hinter jedem Protest, sei es eine Schülerdemo, eine Militärbasis-Blockade, eine Bürgerbewegung gegen eine nukleare Wiederaufbereitungsanlage oder der Generalstreik gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialistischen Regierung im Dezember 1988, bei dem die acht Millionen ArbeiterInnen Spaniens das gesamte Land lahmlegten (vgl. *links* 226). Die spanischen Kommunisten wären froh, dem wäre so. Stattdessen ist ihr politischer Einfluß und Rückhalt in der Bevölkerung auf ein existenzbedrohendes Minimum abgesunken. Der Tropfen des Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus" bringt das Faß nur noch zum beschleunigten Auslaufen.

Die PCE war insofern eine klassische westliche KP, als sie strikt antidemokratisch und konterrevolutionär war, Demokratie und Revolution aber stets auf ihren Fahnen und im Parteijargon führte. Dies unterscheidet sie stark von der PCI, kaum von der PCF oder der portugiesischen PCP. Gegründet 1920 als sektiererische Abspaltung der Sozialistischen Partei erlangte sie im sozialistisch/anarchistisch geprägten Spanien erst im Bürgerkrieg 1936 - 39 nennenswerte Stärke. Unterstützt von Stalins Todesschwadronen schlug sie die revolutionären Versuche der Anarchisten und einiger verbündeter Sozialisten nieder, wo immer sie konnte. Geschickt mit rechten Parteisozialisten kollaborierend trat sie 1937 in die republikanische Regierung ein, um die Gefängnisse nicht etwa mit franquistischen Putschisten, sondern mit Anarchisten und Trotzkisten zu füllen. Ansonsten bezahlte sie die gegenüber den deutsch-italienischen Lieferungen an Franco hoffnungslos unterlegenen sowjetischen Waffen mit den spanischen Goldreserven, die so nach Moskau gelangten.

Die von 1939-76 im Moskauer Exil lebende Parteiführung unter der legendären „Pasionaria"(vgl. *links* 237) und dem autoritären Generalsekretär Santiago Carrillo vollzog treu die Anweisungen Stalins."Jeden Tag wächst meine Liebe zur Sowjetunion und zum großen Stalin"(Carrillo an seinen Vater 1939). Dieser Liebe fielen viele Flüchtlinge, die den Franco-Mördern entkommen waren, zum Opfer, sie landeten in Stalins Lagern. Kritische Intellektuelle hatten es in dieser Partei immer schwer. So wurden die führenden Parteitheoretiker Claudín und Semprún 1964 wegen „italienischer Tendenzen" ausgeschlossen. Trotzdem erlebte die PCE im Rahmen der innerspanischen antifranquistischen Opposition in den 60er/70er Jahren einen starken Aufschwung und wurde in vielen Regionen zum organisatorischen Zentrum der Demokratiebewegung. Hier lockerte sich vorrübergehend die eiserne Führungshand und die PCE konnte zum Sammelbecken ganz unterschiedlicher linker Gruppen werden.

▶ Wendehals Carrillo ◀

In den Wirren des demokratischen Übergangs in Spanien 1976 - 81 entwickelte sich Carrillo dann zu einem derartigen Wendehals, daß am Schluß niemand mehr, ihn selbst eingeschlossen, wußte, wo ihm der Kopf stand. Zuerst kam das spektakuläre eurokommunistische Experiment, die Abkehr von der „Diktatur des Proletariats", das Redeverbot für Carrillo in Moskau, die Treffen mit Marchais und Berlinguer. Carrillo träumte von der PCE-Hegemonie in einer spanischen Linken, die kaum über sozialistische Organisationen verfügte, allenfalls über kleine Grüppchen im In- und Ausland. Seine Strategie ging gründlich daneben.

Erstens forderten überraschend viele Parteimitglieder interne Demokratie und es bildeten sich Flügel, Fraktionen, richtige Debatten, denen der Generalsekretär ohne stalinistische Exilmaschinerie recht hilflos gegenüber stand. Es hagelte Abspaltungen, Aus- und Übertritte. Zweitens endete Carrillos Flirt mit Regierungschef Suárez von der Zentrumspartei vor den Wahlen 1979, als klar wurde, daß die sozialistische Partei PSOE dadurch nicht kleinzuhalten war. Die PSOE gewann den Wettlauf nach rechts locker, da sie über keine große, im demokratischen Untergrundkampf geformte Mitgliederbasis verfügte und den Wandel zu einer modernen, programmlosen Wahlkampfpartei ohne Selbstzerstörung vollziehen konnte.

Nach der Wahlniederlage 1982 blieb den enttäuschten kommunistischen Resten nur die drakonische Erkenntnis:„Was Franco in 40 Jahren Diktatur nicht geschafft hat, schaffte Carrillo in fünf Jahren Legalität: den spanischen Kommunismus auszumerzen." Der vom PSOE-Führer González abgeguckte Coup, zurückzutreten, um dann

wie ein Phoenix aus der Asche als völlig unbestrittener Parteichef zu neuen Höhen aufzusteigen, schlug ebenfalls fehl. Die neue PCE-Führung blieb fest im Sattel und Carrillo reihte sich mit ein paar Getreuen in die lange Liste der Abspaltungen ein.

Sein letzter politischer Akt zeugt von kommunistischem Verantwortungsbewußtsein.

Im Oktober 1991 integrierte er seine verbliebene Gefolgschaft, die unter dem Namen „Partei der Arbeiter Spaniens" als kleines Häuflein im politischen Abseits geparkt war, in die PSOE. Dort erhalten sie noch ein bißchen Vorruhestandsgehalt und vereinzelt können sie ihre Erfahrungen bei dem dort inzwischen perfekt funktionierenden demokratischen Zentralismus einbringen.

Die so von vielem Ballast und dem größten Teil der Wählergefolgschaft freigesetzte Rest-PCE startete Mitte der achtziger Jahre mit dem Projekt Izquierda Unida (Vereinigte Linke) den Selbsterhaltungskampf. Die IU bezeichnete sich als „politische und soziale Bewegung", war in der Praxis aber eine Wahlkoalition verschiedener linker Gruppen unter Führung der PCE. Nachdem im Frühjahr 1988 der renommierte Bürgermeister des südspanischen Córdoba Julio Anguita die Partei- und IU-Führung übernahm, konnte diese bei den Wahlen 1989 ihr Wählerpotential immerhin wieder auf knapp 9 % der Stimmen steigern. Gründe dafür lagen vor allem in der steigenden Wahlabstinenz und dem politischen Vakuum, welches die PSOE im linken Spektrum hinterlassen hatte. Die sozialen Konflikte waren infolge der skrupellosen neoliberalen Modernisierungspolitik und des autoritärpopulistischen Regierungsstils der PSOE stark angestiegen und trieben der IU einige Proteststimmen zu.

▶ Zur Zuschauerrolle verbannt ◀

Politisch blieben jedoch PCE und IU einflußlos, da sie trotz mancher Anbiederungsversuche für die PSOE nicht als Partner in Frage kommen. Deren Modernisierungsstrategie gründet sich stattdessen auf ein Bündnis mit dem in wenigen Großbanken konzentrierten Finanzkapital zur Attraktion ausländischer Kapitalanleger. Alle wichtigen Wirtschaftssektoren, darunter aufwendig sanierte Staatsbetriebe, sind inzwischen mehr oder weniger vollständig in der Hand multinationaler Gesellschaften, ohne daß in Folge dieser Liberalierung und Ausverkaufspolitik ein einziger spanischer Multi entstanden wäre. Die einheimische Bourgeoisie wurde ebenso zum Opfer dieser rücksichtslosen Modernisierungspolitik wie die 17 % Arbeitslosen (Jugendarbeitslosigkeit: 36 %!), die im riesigen Schattenwirtschaftssektor (30 % des Sozialprodukts) prekär Beschäftigten und die 20 % unterhalb der Armutsgrenze Lebenden.

Zur Kontrolle dieser angewachsenen Ausschußbevölkerung stehen dem finanzschwachen Staat — das Steuersystem beruht überwiegend auf Verbrauchssteuern und hat keine effektiven Umverteilungsmechanismen — kaum sozialstaatliche Mittel zu Verfügung. Billiger scheinen die sicherheitsstaatliche Aufrüstung und selektive klientelistische Einbindungen in den Staatsapparat. Da Opfer selten wählen gehen — wer sollte sie auch vertreten — und auch sonst die spanische Gesellschaft politisch desorganisiert ist, reicht es gerade noch für die Sozialisten zum Erhalt der Regierungsmacht. Zudem hat man vorsorglich Koalitionen mit den rechten Nationalisten Kataloniens und des Baskenlandes vorbereitet. Somit bleibt die IU selbst bei einem unwahrscheinlichen weiteren Wählerzuwachs in eine politische Zuschauerrolle verbannt.

Die Wählerstabilisierung führte indes nicht zu einer parteiinternen Konsolidierung. Die Umbenennung der italienischen PCI und der Zerfall der sowjetischen KPdSU ermutigten diejenigen, die für eine Auflösung der Partei und Integration in eine organisatorisch gestärkte IU plädieren. Vorreiter spielten die valencianischen Kommunisten unterstützt von der katalanischen Schwesterpartei PSUC, die schon immer als eigenständige Partei, neben der PCE im übrigen Spanien, lebte. Wortführer sind alte Parteileute wie Sartorius und Saborido, die einen erheblichen Teil ihres Lebens in franquistischen Gefängnissen zubrachten. Parteivorstand und Kongreßmehrheit lehnten dies ab und boten den Kritikern in kommunistischer Großzügigkeit den Parteiaustritt an.

Parteichef Anguita verstieg sich zu einer rhetorischen Schleife und nannte die PCE als eine Partei, die zum eigenen Untergang gegründet wurde. Dies stünde allerdings erst an, wenn keine Parteien mehr nötig seien. Parteien seien bald überholte politische Gebilde. Ansonsten bezeichnet er sein Verhältnis zu Fidel Castro als kritisch, aber „wir sind in demselben Schützengraben", während Achille Ochetto „ein armer Mann und Krawattenverkäufer" sei. Zumindest an Anguitas Outfit haben schon viele Krawattenverkäufer gut verdient.

▶ „Wer zu spät stirbt, ..." ◀

Die nächste Entscheidungsrunde über die unmittelbare Zukunft der spanischen Kommunisten ist damit für die im Frühjahr stattfindende III. Generalversammlung der *Izquierda Unida* anberaumt. Anguita hat mit seinem Rücktritt als Koordinator der Koalition den Weg für einen Restrukturierungsprozeß mit noch ungewissem Ausgang freigemacht. Er könnte wiedergewählt werden im Sinne einer Stärkung seiner Parteilinie, da momentan noch keine personellen Alternativen sichtbar sind. Aber auch eine an Bedingungen geknüpfte Wiederwahl im Sinne einer mittelfristigen Auflösung und Integration der PCE ist denkbar. Immerhin sind in den vergangenen Jahren auch kritische Ex-PSOE-Sozialisten wie Francisco Bustelo oder Pablo Castellano zur IU gestoßen, die sich keinesfalls einem PCE-Diktat unterwerfen werden. Überhaupt wird der parteikommunistische Traditionsbalast der IU noch viele Probleme bereiten, gerade dann, wenn es dafür keine eigene Partei mehr gibt. Die Gefahr einer Fortsetzung fraktionierter Machtkämpfe, Spaltungen, Demokratie- und Ideenarmut im politischen Abseits unter neuem Firmenschild ist groß. Das politische Klima, die Schwäche sozialer Bewegungen und linker Diskurse vermindert die Hoffnung auf Anstöße und Korrekturen von außen.

Die Zukunft der spanischen KP ist auf dem letzten Parteitag verlängert worden. Die Parteireform erschöpfte sich darin, das „Zentralkomitee" in „Bundeskomitee" umzutaufen. Nach zehn Jahren Todeskampf hat es die Partei noch nicht gelernt, ihrem Sterben eine Perspektive zu geben. Ein anderer KP-Führer, „ein in Kategorien des Historischen Materialismus denkender Marxist" (Carillo über Gorbatschow 1990), sagte dazu beinahe wörtlich: „Wer zu spät stirbt, den bestraft das Leben!" ■

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Besonders. . .

. . . preisgünstig wird es, wenn gewünschte Texte konvertierbar sind, d.h. mit einem IBM-kompatiblen Textverarbeitungssystem erfaßt wurden — dann kostet es nur die Hälfte.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069 / 88 50 06

CHRISTOPH GÖRG

Mythen der Risikogesellschaft

Unsere „Moderne" ist ins Gerede gekommen. Niemand kann wohl heute noch blind darauf vertrauen, daß alles so weiter geht wie bisher. Aber dem Bewußtsein einer notwendigen Generalüberholung steht der entgegengesetzte Eindruck im Wege, daß der eingeschlagene Entwicklungsweg unhintergehbar ist und allenfalls noch von einem Zustand des „Nach-geschichtlichen" abgelöst werden kann. Dieser Widerspruch entfaltet sich sogar in einem Produkt, daß man geneigt ist, der „bloßen Unterhaltung" zuzuordnen, das böswillige Geister gar als abgeschmacktesten Auswurf der Kulturindustrie bezeichnen würden — im Film Terminator II. Die Ängste, die unsere bedrohte Zivilisation erzeugt, werden durch die starken Muskeln von Arnold Schwarzenegger allerdings nur unvollständig gebannt.

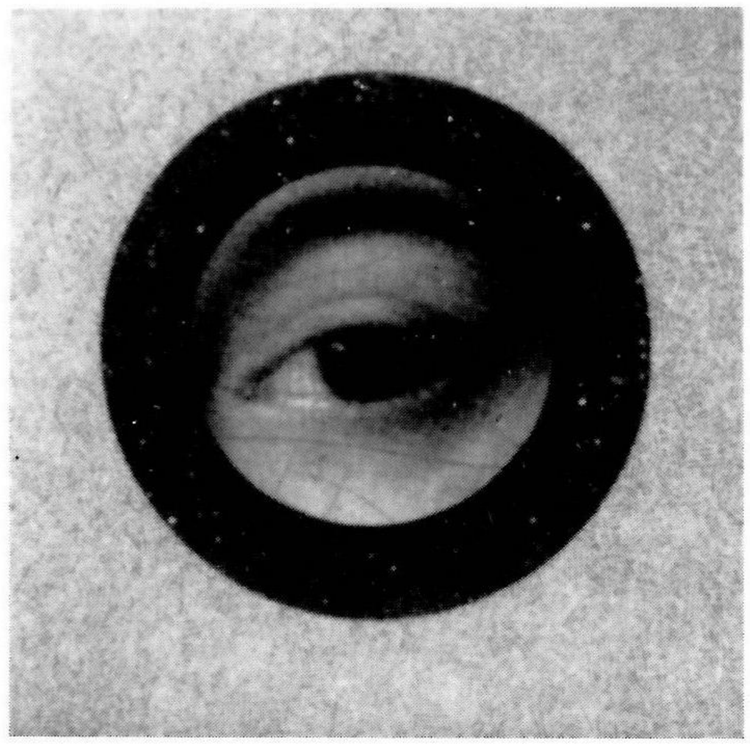
Als die alten Griechen Troja belagerten, da spielten ihnen die Götter manchen Streich. Immer wieder erschienen sie in Menschengestalt auf dem Schlachtfeld, wollten auch im Männerkampf mitmischen und narrten dabei die Helden. Eins um andere Mal mußten diese erschöpft feststellen, daß sie sich die ganze Zeit mit einem unsterblichen Gott rumgeschlagen hatten. Solch inniger Vertrautheit mit dem Göttlichen konnten sich nicht alle Zeitalter rühmen. Es kam die finstere Zeit der Aufklärung, die in ihrem Totalisierungswahn alle übernatürlichen Kräfte aus dem Leben der Menschen verbannte. Plötzlich wurde ihnen zugemutet, daß sie sich ohne die Anleitung anderer, insbesondere irgendwelcher naseweisen Unsterblichen, des eigenen Verstandes bedienen sollten. Solche Überheblichkeit konnte ja nicht gutgehen. Die Dialektik der Aufklärung zeichnet sich am Horizont der Risikogesellschaft in Gestalt neuer Mythen ab. Die Zeit ist auch danach. Vor lauter Katastrophenszenarien verliert man bei der morgendlichen Zeitungslektüre langsam den Überblick. Was gestern noch die Hitlisten der Super-GAUs anführte, ist morgen vielleicht schon in der Spalte Vermischtes versteckt.

Derart verwirrt sucht man nach Weltdeutungen, die Orientierung zu geben vermögen im durcheinander geratenen Kosmos. So wird sowohl die Geschichte als auch die Naturwissenschaft zum Katalysator einer neuen Form der Identitätsstiftung. Beweist uns die Theorie des Urknalls endlich die Existenz Gottes? Kann nicht das Studium der Geschichte regionaler Mentalitäten den Glauben an die politische Gestaltbarkeit gleicher Lebensbedingungen entzaubern (wie das von Biedenkopf gegründete ,,Institut für Wirtschaft und Gesellschaft'' herausgefunden zu haben glaubt)? Solch ausgefeilte Begründungen sind allerdings für die Sinnstiftung in der Postmoderne weder umfassend noch grob genug. Mehr Popularität ist jedoch naturgemäß einem anderen Produkt sicher, dem Film *Terminator II.* Dieser Film nimmt einige Hürden auf dem dornenreichen aber verdienstvollen Weg, eine der Risikogesellschaft adäquate Kosmologie zu entwerfen. Wie zu Beginn der Zivilisation hängt unser Schicksal wieder vom Beistand höherer Mächte ab. Auch wenn es natürlich ein Schicksal bleibt und seine Zwangsläufigkeit behält. Oder nicht?

Im Film ist der Atomkrieg zur Realität geworden, und dieser Tag wird sinnigerweise der „Tag des jüngsten Gerichts" genannt. Ein Computer, der zuletzt auch ein Bewußtsein seiner selbst erreichte, war schlauer als seine Erzeuger. Kurz bevor die Menschheit die Gefahr bemerkte und den Computer ausschalten konnte, machte dieser sich selbständig und löste den Atomkrieg aus. Noch schlimmer ist, was nach der Katastrophe kommt. Auf der verwüsteten Erde kämpft die Restmenschheit gegen ihre eigenen Geschöpfe, gegen Maschinen. Aber die Gefahr ist noch größer. Denn die Maschinen versuchen auch, in den Lauf der schon vergangenen Geschichte einzugreifen. Sie wollen den Anführer der Menschen aussschalten und schicken einen Terminator, einen Roboter, in die Zeit zurück, der seine Mutter schon vor seiner Geburt töten soll.

Aber dieser Versuch, der die Handlung des Films Terminator I ausmacht, schlägt fehl. Mehr noch als das. Der Junge, der später einmal Anführer der Menschen sein wird, wird gerade von einem Soldaten gezeugt, der ebenfalls aus der Zukunft zurückkam, um seine Mutter vor dem Terminator zu retten. Hier setzt das Geschehen der zweiten Folge ein. Die Maschinen starten einen neuen Versuch mit einem ausgereifteren Modell, der jetzt auf den inzwischen geborenen Anführer als Kind zielt. Aber die Menschheit hört ja nicht auf zu lernen. Sie kann inzwischen ihren eigenen Terminator bauen und schickt ihn durch die Zeit hinterher, um ihren Anführer zu retten. Wie bei den Griechen kämpfen die „Unsterblichen" um die Zukunft der Menschheit.

In der Antike gab es allerdings ein gentleman agreement, daß sich Götter nicht direkt mit Göttern rumschlagen sollten. Erstens sieht das nicht gut aus — sie sollen ja auch die sittlichen Mächte lenken. Und zweitens bringt es sowieso nichts, denn letztlich können sich die Unsterblichen ja nichts anhaben. Heute ist das anders. Die Schicksalsgötter, die da aus der Zukunft in die Gegenwart kommen, haben raue Sitten. Sie prügeln und erschießen sich, was das Zeug hält. Und da das neuentwickelte Modell aus flüssigem Metall besteht, daß sich auch nach der Zerlegung in seine Einzelteile immer wieder von selbst zusammensetzt (besser: zusammenfließt), ist der Actiondarstellung keine Grenze gesetzt. Genau das Richtige



für „Mega-Star"Schwarzenegger als „guter", den Jungen beschützender Terminator, um sich auch mit dem kleinsten Aufwand an verbaler Anstrengung so richtig in Szene setzen zu können.

Trotzdem ist der Zweikampf der Roboter wie beim Kampf um Troja nur die Verpackung, in dem die kosmologische Sinnstiftung angeboten wird. Erstaunlich ist es schon, daß weder der Junge und schon gar nicht seine Mutter so hilflos und schutzbedürftig sind, wie man vermuten würde. Beide sind für das Überleben in der Risikogesellschaft bestens gerüstet. Nur wer sich selbst zu helfen vermag, wer u.a. seinem Sprößling schon das 1x1 des Computerhackens beibringen kann, hat letztlich auch Hilfe zu erwarten. Der Knirps hat für seine 10 Lenze schon eine erstaunliche Vorstrafenlatte, und die erste Episode mit ihm im Film zeigt ihn beim Knacken des Geheimcodes eines Geldautomaten. Überhaupt gleicht die Mutter einer modernen Kassandra, allerdings einer, die anders als ihr antikes Vorbild massiv in die Geschichte eingreift. Immer die ökologische Katastrophe vor Augen — sie träumt nicht vom Untergang Trojas, sondern vom atomaren Inferno des jüngsten Gerichts — versucht sie ihrem Sohn all das beizubringen, was man später im Leben so gebrauchen kann — vor allem den Umgang mit Technik und Waffen aller Art. Schließlich gibt es heute nicht nur äußere Risiken — das soziale Leben selbst ist ein Risiko, mit dem wir umgehen lernen müssen.

Helden haben es nicht leicht

Gemeinsam treten nun Mutter, Sohn und der gute Terminator *alias* Schwarzenegger an, die Macht des Schicksals zu brechen. Der Gedanke ist auf den ersten Blick simpel, so trivial wie die ganze Handlung des Films. Bei genauerer Betrachtung allerdings überfordert er unser logisches Verständnis erheblich. Einfach ist er, weil man letztlich um den Atomkrieg zu verhindern nur die Entwicklung des entscheidenden Mikrochips verhindern muß, auf dem die Konstruktion der intelligenten Maschinen beruht. Erschwert wird das ganze Unternehmen eigentlich nur dadurch, daß der Junge seinem großem Freund das Töten verboten hat. Die Forderungen der Griechen an ihre Götter waren da weniger anspruchsvoll. Aber wie sich zeigen läßt, liegt hier auch der entscheidende Unterschied zwischen beiden Zeitaltern verborgen.

Nachdem die Computerfirma in Schutt und Asche gelegt wurde, muß auch noch jede Erinnerung an die unheimliche Technik aus der Welt geschafft werden. Und da die Entwicklung der Chips durch den in der ersten Folge in die Zeit zurückgesandten Roboter bzw. dessen Einzelteile möglich wurde, bedeutet das, daß diese Teile und auch die anderen beiden Roboter zerstört werden müssen. Diese Aufgabe erledigt letztlich ein Hochofen als letzter Vertreter der untergegenen Industriegesellschaft.

Der böse Terminator wird in die Glut gestoßen, die auch sein Metall endgültig verflüssigt (terminiert!) — und Schwarzenegger, als Sieger im letzten Zweikampf, läßt sich freiwillig abseilen — mit erhobenen Daumen als letztem Gruß an seinen kleinen Freund. Helden haben's heut nicht leicht!

Nun ist es eine falsche Remineszens an die Kultur der Aufklärung, dem Film einfach mangelnde logische Konsistenz vorzuhalten. Nach herkömmlichen Rationalitätsmaßstäben würde mit der Zerstörung des Chip auch der Atomkrieg ungeschehen gemacht, damit fände aber auch der Endkampf zwischen Mensch und Maschine nicht statt, und folglich werden auch keine Roboter in die Geschichte zurückgesandt, um an ihr kosmetische Änderungen vorzunehmen — und damit verschwindet die ganze Handlung des Films. Da aber dieser gerade von der Angst vor einer unerbittlich drohenden obwohl bekannten Gefahr lebt, verbietet sich diese rationalistische Auflösung. Auch hier gilt: Ich glaube, weil es absurd ist. Genau hier liegt die mythische Botschaft und der Schlüssel zum Verständnis der Katastrophe: Jeder kennt das drohende Schicksal, es ist auch im Prinzip bekannt, was gemacht werden müsste, aber gerade deswegen scheint es unveränderlich zu sein.

Letztlich bleibt das den Menschen vorbestimmte Schicksal so unerbittlich wie in der klassischen Tragödie. Der Unterschied liegt zunächst allein in der sozialen Form, in der es sich präsentiert. Damals erfüllte es sich gerade dann, wenn versucht wurde, ihm auszuweichen. Das Schicksal war in den sittlichen Zusammenhang eingelassen, in dem die Menschen handeln und dem sie nicht entfliehen konnten. Heute ist die Unausweichlichkeit dagegen technisch vermittelt. Es erfüllt sich, weil den Menschen die Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen als fremde Taten entgegentreten. Im neuen Zeitalter gibt es in der Tat „kein Schicksal" im vergangenen Sinn des Wortes mehr — die Mutter ritzt dieses Motto zur eigenen Motivierung selbst ins Holz. Das Schicksal hat eben die paradoxe Form, ein von Menschen gemachtes zu sein. Diese Wahrheit darf ausnahmsweise mal Schwarzenegger aussprechen: „Es liegt in eurer Natur (sprich: in der Naturgeschichte der menschlichen Gattung), euch selbst zu zerstören!"

Der Unterschied zwischen beiden Varianten des Schicksals läßt sich sehr anschaulich an der im Film vorgenommenen Umformung des Ödipusdramas ablesen. Während Ödipus die Weissagung des Orakels zum Anlaß für seine Flucht nimmt, gerade dadurch aber diese Weissagung erfüllt, seinen Vater tötet und seine Mutter heiratet, gilt im Zeitalter der Gentechnologie eine andere Logik — die Logik der Selbsterzeugung. Denn der Junge ist ja in der ersten Folge durch einen Soldaten gezeugt worden, der von ihm selbst als Anführer der Menschen durch die Zeit zurückgeschickt worden ist — symbolisch, als Befehsgeber, hat er sich damit selbst gezeugt. So kann der Junge nicht nur in seiner Sehnsucht nach seinem Vater durch die Gewißheit getröstet werden: „Du wirst ihn kennenlernen." Was schwerer wiegt: Der Junge kann vor allem den Ödipuskomplex schon deswegen nicht verarbeiten, weil er selbst es ist, der seinen Vater ausschickt, um mit seiner Mutter zu schlafen. Was das für die Entwicklung seiner Psyche bedeutet, ist die entscheidende Frage zum Verständnis des Films. Vermittelt wird das Schicksal jetzt durch die technische Möglichkeit, sich durch die Bewegung in der Zeit an den verschiedenen Positionen sozialer Beziehungen gleichzeitig aufzuhalten — gleichzeitig Sohn und (durch das Aussenden in die Gegenwart) symbolischer Vater zu sein. Dies ist keine reine Fiktion. Beim heutigen Stand der Reproduktionstechnologien gibt es beispielsweise die Möglichkeit, als Leihmutter gleichzeitig auch die Schwester eines Kindes zu sein.

Maschine mit Herz

Während die Unausweichlichkeit des Schicksals von Ödipus Sigmund Freud noch zum Versuch motiviert hat, den Menschen die Schicksalshaftigkeit ihres Verhaltens als ihre eigenen psychischen Zwänge einsichtig zu machen und dadurch deren Macht zu brechen, weicht diese Hoffnung in der Postmoderne einem abstrakten Vertrauen auf die menschlichen Gefühle. Es gibt die psychischen Konstellationen nicht mehr, an denen das Schicksal durchschaubar gemacht werden kann. Gerade weil aber alles auch anders sein kann, weil also die Kontingenz des Geschehens steigt, steigt auch dessen Unerbittlichkeit, die schicksalshafte Notwendigkeit in der Geschichte.

Hier kommt auch eine letzte Übereinstimmung mit dem alten Mythos zum Vorschein. Auch in Troja konnten die Götter, obwohl sie in den Kampf eingegriffen, an seinem Ausgang nichts ändern. Im Film wird zwar versucht, noch eine letzte Hoffnung zu wecken. Sie macht sich allein an der Fähigkeit fest, menschliche Gefühle zu haben, die der Junge während des ganzen Films bei seinem großen Freund wecken will. Darauf zielt auch das Tötungsverbot, das er ihm auferlegt. Auch wenn der Roboter nicht aufs Weinen programmiert ist und der Junge an dieser letzten Konsequenz scheitert, dann gelingt es dem Jungen doch, ihn bei seinem stählernem Herz zu fassen. „Wenn sogar ein Terminator, eine Maschine, den Wert des menschlichen Lebens erkennt, dann besteht vielleicht noch Hoffnung", denkt sich seine Mutter am Ende des Films.

er dahinter steckt wohl doch nichts anderes als die alte amerikanische Vater-Sohn-Schnulze, die Hoffnung auf die große Freundschaft, die sich hier ersatzweise auf den Roboter alias Schwarzenegger richtet. Man muß der Hoffnung auf die Macht der Vateridentifikation aber mit Skepsis begegnen — denn schließlich ist der Ödipuskomplexes auch nicht mehr das, was er einmal war. ■

ULI BIELEFELD

Hase und Igel

Über das schwierige Verhältnis von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antirassismus

Nach Hoyerswerda, nach Dresden und Hünxe letzten Jahres wurde der Begriff Ausländerfeindlichkeit zunehmend durch das Wort ,,Rassismus'' ersetzt. Diesen raschen und oft unbedachten Wechsel im Wortgebrauch kritisiert Uli Bielefeld in seinem Beitrag. Der Austausch eines Wortes, so Bielefeld, habe nicht notwendig mit dem Anstieg von Ablehnung und Ausgrenzung zu tun, vielmehr werfe er ein Licht auf das veränderte Befinden derjenigen, die zum raschen Wortwechsel griffen. Einige erste Ideen zu einer kritischen Selbstreflexion liefert Bielefeld im nachfolgenden Artikel.

Das Fremde und die Fremden zu thematisieren ist seit einiger Zeit Mode. Die Beschäftigung z.B. mit der Philosophie des Anderen kann auch als eines der Zeichen dafür gelesen werden, wie unsicher seine Stellung geworden ist. Die Auseinandersetzung über das Verhältnis der Mehrheit zu den anderen unter dem Stichwort ,,Rassismus'' zu führen, ist dabei innerhalb der Bundesrepublik relativ jungen Datums. Sie war unter diesem Stichwort lange Zeit auf nur kleine Kreise beschränkt. Seit dem Sommer dieses Jahres, nach Dresden, Hoyerswerda und Hünxe wird der Begriff Ausländerfeindlichkeit — ein hilfloses Wort der sich zu Ende neigenden Ära der ausschließlichen ,,Ausländerpolitik'' — auch im öffentlichen Gebrauch mehr und mehr durch das Wort ,,Rassismus'' ersetzt. Damit hat sich ein Wechsel im Wortgebrauch fast schon durchgesetzt, den man aufmerksam beobachten und analysieren sollte. Denn der Austausch eines Wortes hat nicht notwendig oder ausschließlich mit einem Anstieg von Ablehnung und Ausgrenzung zu tun. Er kündet ebenso von einer Änderung des Zustandes und Befindens derjenigen, die das Wort gebrauchen. Einige erste Ideen zu einer kritischen Selbstreflexion möchte ich hier anführen.

,,Hoyerswerda'' ist zu einem Symbol des neuen Deutschland des Sommers 1991 geworden. Beunruhigend ist nicht nur, daß Wohnheime überfallen wurden: dies geschah — wenn auch nicht in der Häufigkeit, so doch ebenso eingerahmt von Asyl- und Überlastungsdebatten — auch schon 1986 und früher. Beunruhigender (und neu) ist der eintretende reale ,,Erfolg'' dieser Ausschreitungen: in Form einer impliziten und auch expliziten Zustimmung; als zu lange ausbleibende Reaktion bestimmter staatlicher Institutionen; als ,,Verständnis'' für die schwierige soziale und psychische Situation der Täter und Dulder; als Übernahme der publizistisch und politisch ständig wiederholten Meinung eines tatsächlichen und objektiven Zuviels an Asyl-Suchenden und Ausländern; und nicht zuletzt auch und gerade als zwar örtlich begrenzte, aber erfolgte Durchsetzung der Forderung ,,Ausländer raus'': aus den Augen, aus dem Sinn, aus der Welt.

Damit sind zu unterscheidende Dimensionen angesprochen: das ,,reale'' Verhältnis von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus; die sich überlappenden Diskurse und Gegendiskurse, in denen die These *,,Wir sind ein ausländerfreundliches Volk''* gegen die These eines ,,(neuen) Rassismus'' gestellt wird.

Der Anti-Rassismus kann an eine in den zwanziger und dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts ausgearbeitete antirassistische Rhetorik anknüpfen. Rassismus — das sind die übelsten Ideologien, Verhaltensweisen und Vorurteile, die mit einem Ausschluß der Betroffenen und der beständigen Gefahr, daß Vorurteile in Handlungen übergehen, verbunden sind. Wenn schon von der Identität der Linken nichts mehr geblieben ist, dann doch wenigstens das gute antifaschistisch-antirassistische Gewissen. Und wenn sich die Rassisten selbst nicht mehr als solche bezeichnen, umso gefährlicher...

Ich möchte in dieser Situation eine Diskussion provozieren und für eine begriffliche Differenzierung plädieren, für ein —

theoretisches — Atemholen. Es nützt nichts, gegen einen Feind zu kämpfen, der einem schon davongelaufen ist. Und man sollte sich von ihm Gegenstand, Ziele und Diskurse nicht bestimmen lassen.

Aber von einem zum anderen: ich schlage vor, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auseinanderzuhalten. *Fremdenfeindlichkeit* ist eine verbreitete (und deshalb ist dies noch lange kein ,,anthropologisches'' Argument), wenn auch keine notwendige Folge einer prekären, regressiven Lösung des Verhältnisses von Fremdenangst (oder auch einer notwendigen und manchmal auch produktiv umgesetzten Verunsicherung des Identitätsgefühls) und Selbstthematisierung. Unter *Rassismus* können im Unterschied dazu in einem ersten Zugriff deren Theoretisierung und Rationalisierung (in einem breiten, nicht nur auf Institutionen beschränkten Sinn) verstanden werden. Man könnte ihn als eine bestimmte Form der Etatisierung eines herrschaftlichen Verhältnisses sich unterscheidender Gruppen kennzeichnen. Rassismus verbindet sich mit einem Unterdrükkungsverhältnis und mit einer nationalstaatlichen Assimilierungspolitik, die Minderheiten als permanente Institution erst produziert. Ich wende mich damit explizit gegen derzeit vorherrschende Versuche, unter Rassismus jedwede Form von Ausschluß zu verstehen und auch dagegen, jede Form von Fremdenfeindlichkeit unter der Rubrik ,,Rassismus'' zu behandeln.

Die Ablehnung eines ungenauen, sich auf fast alle Formen von Ausgrenzungen beziehenden Rassismusbegriffs und die Begründung für eine Unterscheidung zwischen Heterophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben einen gemeinsamen historischen Kontext und unterschiedlich systematisch-theoretische Gründe.

Historischer Kontext

Den historischen Kontext will ich kurz darstellen. Der Rassismusbegriff wurde in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts entwickelt. Er entstand als politischer Kampfbegriff zur Diffamierung eines als absolut böse betrachteten anderen (la barbarie allemande, die ,,Faschisten'', die Ideologie des nationalsozialistischen Staates und des Kriegsgegners). Er bezeichnet also innere wie äußere Feinde. Jeweils galt: die Rassisten, das sind die anderen. Dabei setzt der Begriff ein anderes Wort voraus: das der Rasse. Rassentheorie, auch Rassentheorie als Vergesellschaftungstheorie geht dem Gebrauch des Rassismus-Begriffs voraus. Sie wurde keineswegs allgemein von linken Theoretikern kritisiert oder bekämpft. Es waren gerade die Wissenschaften, die die Rassen zunächst konstruierten (ohne daß sie sie dabei notwendigerweise exakt definierten: so fehlt beim Begründer einer Rassentheorie als Vergesellschaftungstheorie, dem ,,Vater'' aller Rassentheorie, Comte de Gobineau, jede Bestimmung dessen, was unter ,,Rasse'' zu verstehen sei), um sie dann nach der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg zu dekonstruieren: ,,Rasse'' sei ein viel zu ungenauer Begriff, wissenschaftlich unexakt, gesellschaftlich bedeutungslos (vgl. Guillaumin, 1991). Und es ist gerade dieser konstruktive Charakter, die ,,Rassenkonstruktion'' (,,racisation'' oder ,,racialisation'' im englischen wie französischen), auf die immer wieder verwiesen wird. Aber die Hinweise auf die ,,Künstlichkeit'' der Rassenbildungen ersetzen nicht ihre Analyse: selbstverständlich sind es historisch entstandene Kategorien. Hinter diesen aber verbergen sich nichts als weitere historische Konstruktionen.

Der Hinweis auf den konstruktiven Charakter der Rassenbildungen, auf ihre geschichtliche Entstehung, ihren ,,artifiziellen'' Charakter ist richtig, aber nicht schon ,,kritisch''. Es sei denn, er setzt gerade das voraus, was er am Rassenbegriff kritisiert: die Annahme eines ,,Eigentlichen'', ,,Ursprünglichen'', sich hinter der Rassenkonstruktion nur verbergenden Vorstellung eines ,,wirklichen'' Menschen, einer ,,tatsächlichen'' Gemeinschaft — wenn man so will eine ,,natürliche'' Universalität: Merkmal gerade des Rassismus, der ja, darauf verweist Balibar (1990, 1991), selbst nicht nur partikularistisch ist.

Der Rassimus-Begriff wurde in der alten Bundesrepublik fast vierzig Jahre nur zur Bezeichnung der Vergangenheit benutzt, in der ehemaligen DDR benannte er den politischen Gegner auf der anderen Seite der Mauer. Jeweils wurden die Bezüge zum Eigenen nicht sichtbar: sie waren in die wenn nicht ferne, so doch dunkle Vergangenheit gelegt oder in das völlig anders Konstruierte (Kapitalismus = Kolonialismus = Rassismus- = Südafrika). Das Tabu, das Wort nicht für die eigene Gesellschaft zu gebrauchen, beinhaltete nach 1945 auch die (positive) Aufforderung, die konkreten Beziehungen zu ,,Fremden'' oder zumindest zu ,,als fremd definierten'' nicht auf Basis einer feindlichen Ablehnung, sondern einer freundlichen Anerkennung zu gestalten. ,,Gastfreundschaft'' und ,,Völkerfreundschaft'' waren die dazugehörigen, die jeweiligen (Staats-)Ideologien widerspiegelnden Begriffe. Beidemale handelte es sich um eine eher rituell-magische Reinigung. Denn weder waren die xenophoben Verhaltensweisen gleichsam über Nacht verschwunden noch langfristig ausgrenzende Politiken. Im Rahmen des durch die Gastarbeiteranwerbung initiierten Einwanderungsprozesses wurde dies in der alten Bundesrepublik deutlich. In der ehemaligen DDR blieb jede Entwicklung, soziale und reale Räume auszubilden sowie soziale Praktiken des Umgangs mit Fremden zu entwickeln aus: die Einsperrung war gleichzeitig eine Aussperrung und es zeigte sich in und nach der Auflösung des Staates, daß sich — entgegen auch heute noch vertretenen Annahmen einiger ,,Rassismus-Theorien'', die diese unmittelbar auf Kapitalismus zu reduzieren können glauben — Vorurteilsstrukturen und Gewaltbereitschaften gerade in diesen Ländern erhalten oder auch erst entwickelt hatten, die man im Westen zum Teil zu überwunden haben glaubte: wie in traditionellen Gesellschaften wurden Fremde schnell entweder zu Feinden oder zu Freunden erklärt.

Ein Sozialismus ohne Deformationen

Und ein weiteres zeigte sich deutlich. Repressive Lösungen von Fremdenangst und auch deren politische Organisation und wissenschaftliche und theoretische Rationalisierung knüpfen an reale Unterdrückungs- und Diskriminierungserfahrungen und -praktiken an. Diese können unterschiedlich gerechtfertigt werden: rassistisch *und* antirassistisch. der Antirassismus selbst, dieses ideologische und moralische Vorzeigestück des realexistierenden Sozialismus, hat diesen nicht unbeschadet überstanden. Rassismus und Antirassismus lassen sich nicht mehr so einfach unterscheiden, wie man es gerne möchte.

In der nun neuen Bundesrepublik entstand eine ganz merkwürdige soziale und diskursive Situation. Der gleichsam hegemoniale (West-)Teil exportierte in den angeschlossenen Osten eine Phänomenologie der Fremdenfeindlichkeit, einen institutionalisierten Rassismus ohne Rassen und — wenn auch wenige — reale Fremde; der unterlegene Teil konnte sich gleichsam verspätet antiautoritär verhalten und mit offenem Fremdenhaß auf eine Situation reagieren, die keiner in dieser Form vorausgesehen hatte. Gleichzeitig war — mit dem vielbeschworenen Ende der Nachkriegszeit — ein Tabu gelockert: der Rassismus-Begriff konnte, wie schon lange in unseren westlichen Nachbarländern, nun auch in der gesamten Bundesrepublik wieder gebraucht werden. Und er enthielt, wenn man so will, nun noch mehr Geschichte als zuvor. Neben dem nicht mehr zu löschenden Bezug auf den rassistisch begründeten Massenmord an Juden und Zigeunern enthielt er die nur scheinbar einzig unbefleckte Moral der ehemaligen DDR: ihren antirassistischen Mythos.

Es ist interessant in diesem Zusammenhang einen Quellen- und Dokumentenband zu studieren, der das antirassistische Vulgärverständnis der ehemaligen DDR-Herrschenden schon im Titel zeigt: *Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus. Dokumente der DDR 1949 - 1977.* Nicht mehr nur der Rassismus, auch der Anti-Rassismus ist nun in spezifischer Weise: als Herrschaftsmythologie, korrumpiert — und gerade dieser verfügte und verfügt über ein Bild des ,,Rassismus''. (In diesem Zusammenhang scheint es kein Zufall zu sein, daß gerade Horkheimer und Adorno, die sich intensiv theorethisch und empirisch mit Antisemitismus und Autoritarismus auseinandergesetzt haben und speziell Adorno, der schon 1955 in ,,Schuld und Abwehr'' auf die Ersetzung des Wortes ,,Rasse'' durch

„Kultur" im Alltagsgebrauch hinwies, auf den Begriff „Rassismus" verzichteten: sie maßen ihm keine analytisch wichtige Bedeutung bei.)

In dieser nun wahrlich komplizierten Situation halten Theorien eines Kultur-Rassismus, eines „Neuen Rassismus" (Balibar) oder eines „differentiellen Rassismus" (Taguieff) Einzug, d.h. die Bedeutung des Rassismus-Begriffs wird, zumindest in der wissenschaftlichen Debatte, auf Diskussion und Niveau des westlichen Auslands umgestellt (was dringend erforderlich war und ist). Die These des „Rassismus ohne Rassen" (Balibar) weist darauf hin, daß nicht notwendigerweise eine Vorstellung von Rassen impliziert sein müsse, um über „Rassismus" zu reden (eine aus der Antisemitismus-Diskussion seit langem bekannte Argumentationsfigur).

▶ Zuerst Politik dann Ideologie ◀

Taguieff hat die großen ideologischen Retorsionsprozesse herausgearbeitet, die einerseits den „alten Anti-Rassismus", der bei seinem Gegner eine Naturalisierung des Sozialen voraussetzte, ins Leere laufen ließ, andererseits als selbst kultur-relativistische Theorie von seinem Gegenüber kaum zu unterscheiden war: die Hierarchisierung von Bevölkerungsgruppen und letztlich auch ihre Ausweisung/Entfernung/Vernichtung könne sich ebenso auf der Grundlage heterophiler Argumentation vollziehen. Die breit geteilte Norm der „Achtung vor dem Anderen" könne instrumentalisiert werden. „Dies ist vielleicht die beunruhigendste ideologische Korruption eines ethischen Ideals, da keines in den letzten zwanzig Jahren auf so breiter Ebene anerkannt wurde." (Taguieff, 1991, S. 242). Ein kulturrelativistisch argumentierender Antirassismus treffe seinen Gegner nicht mehr, der selbst seine Argumentationsstrategie längst umgestellt habe. Die Differenz zu erkennen, bedeutet im differentialistischen Rassismus sowohl die Hierarchisierung, als auch die Forderung nach ihrer Ausmerzung. „Aber der gewünschte Tod des Anderen muß in seinem mehrfachen, sowohl symbolischen als auch empirischen Sinn verstanden werden: von der Unsichtbarkeit des Anderen („ich will sie nicht mehr sehen") bis zu seiner Zerschlagung, seiner physischen Vernichtung" (ebenda, 245). Dies ist der Kern des rassistischen Wahns, wie immer er sich auch begründet (biologisch, kulturalistisch, differentialistisch). Er erhält seine endgültige Form, wird zum eigentlichen Rassismus, wenn er sich mit einer Homogenisierungspolitik des Nationalstaates vermengt. *„Rassism is a policy first, ideology second. Like all politics, it needs organization, managers and experts."* (Baumann 1989, S. 74)

Heterophobie und Fremdenfeindlichkeit unterscheiden sich von einem so verstandenen Rassismus. Denn es handelt sich hier noch um Gefühle, deren Verdrängung, Rationalisierung und politisch-gesellschaftliche Organisation der Rassismus darstellt. Schon Fremdenangst, aber auch Fremdenfeindlichkeit als Rassismus aufzufassen, kann tendenziell verharmlosend sein: einerseits, weil man ihn dämonisieren kann, andererseits weil man den phobischen Charakter, die psychologische Struktur nicht ernst nimmt. Denn ein Kampfbegriff, der spätestens seit 1945 Gedanken an das absolut Böse implizit (und wahrscheinlich beabsichtigt) auslöst, verstärkt eher die fremdenfeindlichen Gefühle, die ja nicht verschwinden, weil sie als „Konstrukte", falsche Vorstellungen etc. „entlarvt" werden.

Es handelt sich um Formen der Unsicherheit im Umgang mit Fremden, der Angst, der Regression, die zunächst noch gar kein Objekt haben, auf das sie sich beziehen könnten. Entwicklungspsychologisch beruhen sie auf einer Trennungserfahrung von der Mutter, die jeder verarbeiten muß. Es ist aber nicht nur die Unlust, die Erinnerung an eine Leidenserfahrung, die so heftige negative Reaktionen auslöst. In der „Angst vor dem und den Fremden" sind archaischere Anteile enthalten, hebt sich für einen kurzen Moment die Decke über das Unbewußte, oder, wie es der französische Psychoanalytiker Jacques Pontalis (1984) in einem Gespräch über heutigen Rassismus ausdrückte: „Es gibt die Erfahrung eines viel beunruhigenderen Unbewußten, daß, was Freud mit dem Begriff des Unheimlichen bezeichnete, wenn das gut Bekannte plötzlich das äußerst Fremde wird. Eine manchmal nur vorübergehende, passagere Erfahrung, wir ein kurzer Moment der Depersonalisierung, wo das Ich seine Sicherheiten verliert." In fremdenfeindlichen Reaktionen sind noch unmittelbar Spuren dieser Angst enthalten, ist die Ambivalenz im Verhältnis zu den Fremden noch nicht getilgt. Das unterscheidet ihn auch psychologisch vom Rassismus, der eben diese Ambivalenz auslöscht und Einheitlichkeit und Widerspruchslosigkeit als „natürlich" erklärt.

▶ Fremdsein — eine universelle Erfahrung ◀

Mit Julia Kristeva könnte man davon ausgehen, daß möglicherweise die Tatsache des „Fremdseins" eine der wenigen universellen Erfahrungen darstellt und daher eine Entdramatisierung unserers Verhältnisses zu den Fremden nicht aussichtslos erscheint. Natürlich reicht dies nicht aus und es wird durch zwei Tatsachen eher behindert. Fremdenbilder selbst sind nicht individuell beliebig. Sie sind sozialgeschichtlich geformt. Der europäisch-christliche Prototypus des Fremden sind „die Juden" (nicht: die Schwarzen oder Menschen anderer Hautfarbe, die erst später ins Bewußtsein dringen). Christlich geformte Judenangst ist der Prototypus der (europäischen) Fremdenangst.

Die Umformungsprozesse sind viel zu we-

Literatur Rundschau
Sozialwissenschaftliche
... z.B. Heft 22:
Renzensionsaufsätze, u.a.:
Zur Sozialgeschichte von Unterschichten und Arbeiterexistenzen;
Sammelbesprechung: Französische Gesellschaftsgeschichte;
Essay: Lernen soll man immer ...;
Einzelbesprechungen: Reformpädagogik, Geschichte der Sozialarbeit
... und mehr!
... oder Heft 23:
Literaturbericht: Kultur und Migration;
Renzensionsaufsätze, u.a.:
Staatsgewalt;
Sammelbesprechung: Jungenarbeit und 'neue' Männlichkeit;
Forschungsbericht: Armut in der Bundesrepublik;
Trendbericht: Identitätstheorie im Übergang;
Einzelbesprechungen: Gesellschaftstheorie, Politik des Sozialen
... und mehr!
Verbilligtes Probeheft (10,–) und weitere Informationen:
Karin Böllert KT-Verlag
Postfach 1406
4800 Bielefeld 1

nig untersucht. An den unbewußten und bewußten Fremdenbildern, ihrer merkwürdigen Eindimensionalität, ihren historischen Umformungen und Konstanzen ließe sich ein Teil des gesellschaftlich Unbewußten erforschen. Rassismus gründet auf einer individuellen Angst, die historisch und aktuell geformt ist. Er rationalisiert und instrumentalisiert sie. Er fügt in diesem Prozeß etwas hinzu: die Vorstellung eines ,,perfekten Staates" (sei es einer ,,reinen" Bevölkerung, eine Politik, die den Mischungswahn rationalisiert oder andere). Fremdenangst und eine nicht notwendig, aber häufig mit ihr zusammengehende Fremdenfeindlichkeit sind gesellschaftlich-historisch geformte, (sozial-)psychologisch reale Gefühle, Phobien von manchmal höchster Brisanz. Rassismus als Politik und als sich ändernde Ideologie der Natürlichkeit und Einheitlichkeit eines (Staats-)Volkes verstärkt die Phobie und verbindet sie eindimensional mit einer *politischen* (Schein-)Lösung. Der Rassismus erst verbannt die Ambivalenz, indem er sie selbst verurteilt.

Aus der Thematisierung und Unterscheidung von Fremdenangst, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kann gelernt werden: mit den ,,Studien zum autoritären Charakter" von Adorno u.a., wie deren spezifische unterdrückende und autoritäre Formung in Konventionalismus, in-group-Orientierung, Stereotype und autoritäre Bindung mündet und damit die Wahrscheinlichkeit der Duldung oder Unterstützung ,,rassistischer" Praktiken steigt; aus der neueren theoretisch-sozialpsychologischen Literatur (Julia Kristeva, Mario Erdheim), welche Rolle die psychologische Konstitution des Fremden bei der gesellschaftlichen Produktion des Unbewußten spielt; in der ideologiekritischen und ideologietheorethischen Diskussion um die Thesen des ,,Neuen Rassismus" herum, wie ideologische Umformungsprozesse auch den Anti-Rassismus nicht verschont lassen. Und aus der soziologischen Diskussion kann man lernen, wie eng die Diskussion um das ,,Eigene", um die ,,nationale Identität" und die Homogenisierungspolitik des Nationalstaates mit einem ,,Krieg gegen die Ambivalenz" (Baumann, 1991) verbunden ist.

Als konkretes Problem ergibt sich daraus die Aufgabe zu überlegen, ob es innerhalb einer nationalstaatlichen Verfassung die Möglichkeit einer ,,zweiten Säkularisierung" gibt: nach der Trennung von ,,Religion und Politik" oder ,,Kirche und Staat" müßte eine Trennung zwischen ,,Kultur und Politik" oder ,,Volk und Staat" durchgeführt werden. Stephen Toulmin zieht einen weiten historischen Vergleich: *,,Vor ähnlichen Problemen (wie bei den religiösen Auseinandersetzungen im siebzehnten Jahrhundert, v.V.) steht Europa heute; freilich haben sie weniger mit religiöser Intoleranz zu tun als mit kulturellen und ethnischen Unterschieden (Welchen Status kann ein türkischer Gastarbeiter in Westdeutschland erreichen? Ließe sich wohl eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft mit dem Bestehen eines Dutzends verschiedener Sprachen und Kulturen vereinbaren?)"* (1991, S. 171). Dies ist die m.E. im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Minderheiten relevante Frage: wie und mit welchen Kosten läßt sich innerhalb nationalstaatlicher Organisationsformen das Verhältnis von Kultur und Staat, Ethnie und Nation lösen?

Konkret notwendig wären immer noch die Möglichkeit zum Erwerb einer doppelten Staatsbürgerschaft (d.h. die voraussetzungsvolle Aufgabe einer exklusiven Beziehung) sowie eine staatliche Garantie der Nichtdiskriminierung (Antidiskriminierungsrecht); auf öffentlicher Ebene müßte eine intensive und tabufreie Diskussion über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus/Anti-Rassismus geführt werden. Die Verteidigung der Menschenrechte, die Erlangung *bürgerlicher* Freiheiten und die Zuerkennung *bürgerlicher* Rechte und Pflichten für die Fremden zu erkämpfen ist notwendig. Vermehrte Einwanderungsprozesse machen — außer ihrer Anerkennung — zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen nötig. All dies ist konkrete ,,anti-rassistische" Politik. ■

Literatur

Balibar, E. und Wallerstein, I., Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990
Balibar, E., Der Rassismus: noch ein Universalismus, in: Bielefeld 1991, S. 175 - 189
Baumann, Z., Modernity and the Holocaust, Oxford 1989
Ders., Moderne und Ambivalenz, in: Bielefeld (1991), S. 23 - 50
Bielefeld, U., Das fremde Innen und der Fremde außen. Versuch einer Annäherung, Diskussionspapier, 11 - 90, Hamburger Institut für Sozialforschung
Ders. (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991
Guillaumin, C., Rasse. Das Wort und die Vorstellung, in: Bielefeld (1991), S. 159 - 174
Kalpaka, A. und Räthzel, N., Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Leer 1990
Kristeva, J., Fremde sind wir uns selbst, Frankfurt/M. 1990
Miles, R., Rassismus. Einführung in die Theorie und Geschichte eines Begriffs, Hamburg 1991
Pontalis, J.B., Une tête qui ne revient pas. Entretiens avec Albert Jacquard, in: Le genre humain 11. La société face au racisme, Paris 1984, S. 15 - 28
Taguieff, P.-A., La force du préjugé. Essai sur le racisme et ses doubles, Paris 1988 (2. Auflage 1990)
Ders., La nouvelle Judéophobie. Antisionisme, Antiracisme, Anti-impérialisme, in: Le Temps Modernes, November 1989, S. 1 - 80
Ders., Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld (1991), S. 221 - 268
Toulmin, Stephen, Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne, Frankfurt/M.

Ergänzende Literaturliste: Aus technischen Gründen ist die Literaturliste zu Sebastian Reinfelds Artikel in der *links* Nr. 259 ,,Vom rassistischen Diskurs zur sozialen Bewegung" entfallen. Wir veröffentlichen sie deshalb, leicht gekürzt, als Anhang zu Uli Bielefelds Artikel.

Arbeiten der Diskurswerkstatt:
Ute Gerhard, Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden; Dokumentation, kommentiert von Ute Gerhard, Ms., Bochum 1991 (eine ausführliche Fassung kann dort inzwischen bestellt werden)
,,kulturRRevoltuion"; hrsg. von Jürgen Link und Ulla Link-Heer. Die Zeitschrift erscheint seit 1982 im Klartext-Verlag Essen und bietet eine Fülle diskurstheoretischer Diskussionen zum Thema Rassismus.
Anschrift der ,,Diskurswerkstatt Bochum": Düppelstr. 35, 4630 Bochum

Sonstige Literatur:
Adorno, Th. W., Studien zum Autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1973
Adorno, Th.W./ Horkheimer, M., Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1989
Balibar, Etienne, Gibt es einen Neo-Rassismus? in: Wallerstein/Balibar 1990
Bergmann/Erb, Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990
Billig, Michael, Die rassistische Internationale, Frankfurt/M. 1981
Claussen, Detlev, Vom Judenhaß zum Antisemitismus, Neuwied 1988
Ders., Der Antisemitismus als Alltagsreligion, Frankfurter Rundschau v. 13.8.1991
Demirovic, Alex, Ideologie, Diskurs und Hegemonie, in: Zeitschrift für Semiotik, 1/2 1988
Ders., Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus, Ms. 1991 (erscheint bei Argument)
Fanon, Frantz, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1981
Fetscher, Iring (Hg.), Neo-Konservative und ,,Neue Rechte", München 1983
Foucault, Michel, Sexualität und Wahrheit I, Paris 1978/Frankfurt/M. 1983
Ders., Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, Berlin 1986
Guillaumin, Colette, Die Bedeutung des Begriffs Rasse, Ms. Hamburg 1990 (Vortrag auf dem Kongreß ,,Migration und Rassismus in Europa")
Heitmeyer, Wilhelm, Reicht das gängige Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus aus?, in: Frankfurter Rundschau 10./11.4.1991
Ders., Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim 1988
Hilberg, Raul, Die Vernichtung der Europäischen Juden, Frankfurt/M. 1990 (3 Bände)
Leggewie, Die Republikaner, Berlin 1989
Link, Jürgen, Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs, in: kultuRRevolution Heft 17/18, Mai 1988 (hg. v. Alex Demirovic und Walter Prigge) S. 47ff.
Memmi, Albert, Der Kolonisator und der Kolonisierte, Frankfurt/M. 1980
Ders., Rassismus, Frankfurt/M. 1987
Ng, Roxana, Sexism, Racism and Canadian Nationalism, in: Race, Class, Gender: Bonds and Barriers, 1989
Poliakov, Leon/Delecampagne, Christian/Girard, Patrick, Rassismus, Paris 1976/Frankfurt/M. 1980
Reinfeld, Sebastian, Rassismus: die unsichtbare Gewalt, Mainz 1991
SINUS-Studie, ,,Wir sollten...", Frankfurt/M 1981
Taguieff, Pierre-André, La force de prejuge, Paris 1988
Varga, Lucie, Zeitenwende, Frankfurt/M. 1991

Fortsetzung von Seite 4

ken von Heinz Dieterich und Hanno Zickgraf an vielen metropolitanen Solidaritätsgruppen genommen werden. Die vorzivilisatorischen Scheinidyllen der Kevin Costner-Fans, die „Konvertierung antiimperialistischer Theorie und Praxis in ,,Feel-Good-Issues'' macht die Drittwelt-Solidarität zum Entsorgungsunternehmen für kranke Metropolenpsychen. Hier rächt sich auch die von Chomsky und anderen beobachtete vollständige Kapitulation der westlichen Intellektuellen, deren Ansehen bei den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen zurecht auf den Nullpunkt gesunken ist. Die westlichen Geistesschaffenden haben Vietnam hinter sich gelassen und sind in die „Zivilgesellschaft" eingetreten. Damit verschwand eine kritische Öffentlichkeit, die Tatsachen wie 2 000 von US-Panzern überrollten panamesischen Toten (vorwiegend Zivilisten) — statt der offiziellen 202 Invasionsopfer — zu einem politischen Thema machte.

Noch mehr als der Vietnam-Krieg der sechziger Jahre ist der 500. Jahrestag der europäischen Invasion Amerikas ein transzendentales Ereignis, d.h. es ist „unmöglich, nicht Stellung zu beziehen" (S. 184).

HOLM-DETLEV KÖHLER

Luchterhand Flugschrift 3
Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992
Luchterhand Literaturverlag, Hamburg/ Zürich 1991

Stefan Armborst/Heinz Dieterich/ Hanno Zickgraf (Hg.)
Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich
Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1991

Die Juden von Ferrara

Ist es nicht deplaziert, hier an dieser Stelle, in einer linken Monatszeitschrift auf ein Buch über einen italienischen Romancier hinzuweisen? Wozu gibt es denn die Feuilletons in den Tageszeitungen oder bunte Kulturmagazine? Linke Zeitschriften haben keinen Platz zu verschenken für den Hinweis auf ,,schöngeistige'' Literatur...

Vermutlich wird der Kreis unter den Leserinnen und Lesern der *links* klein sein, der Giorgio Bassani kennt. Er gehört, dies zur kurzen Vorstellung, zu den bedeutensten noch lebenden Schriftstellern Italiens. Sein ganzes Werk, seine Romane, Erzählungen und Gedichte hat er seiner Geburtsstadt Ferrara in der Emilia-Romangna gewidmet. Man muß präzisieren: Bassani hat dem jüdischen Bürgertum der Stadt Ferrara, dem er selbst entstammt, ein bleibendes literarisches Denkmal geschaffen. In den *,,Gärten der Finzi-Contini'',* dem wichtigsten und bekanntesten Werk Bassanis, schildert er die langsame Verfinsterung einer bürgerlich-jüdischen Kindheitsidylle durch den hereinbrechenen antisemitischen Faschismus. Die Familie der Finzi-Contini wird nach Deutschland deportiert und das heißt, in die Gaskammern von Auschwitz. Giorgio Bassani ist ein Chronist der vielen Phänomene nicht mit dem deutschen Nationalsozialismus vergleichbaren Geschichte der Juden im faschistischen Italien.

Antisemitismus ist, wir wissen es längst, keine Besonderheit der deutschen Kultur. Es hat ihn auch in Italien gegeben. In den Werken Bassanis findet man viele Beispiele dafür. Doch es gibt Besonderheiten in Italien. Bis in die faschistische Zeit hinein waren Juden auf allen Ebenen in die italienische Gesellschaft integriert. So waren die Faschisten Mussolinis auch im jüdischen Bürgertum der großen Städte lange Zeit durchaus respektiert. Die antisemitische Wende in der faschistischen Haltung gegenüber Juden trat erst mit dem ,,Gesetz zum Schutz der Rasse'' von 1938 ein. Von da an wurden Juden auch in der Öffentlichkeit stärker denunziert und verfolgt. ,,Das italienische Blut ist jetzt mit Antisemitismus geimpft'' (Mussolini). Lager und Massenmord kamen erst mit der deutschen Okkupation Italiens im Jahre 1943. Bassani stellt sein gesamtes Werk in die Erinnerung an diese dunkelste Zeit in der jüngeren Geschichte Italiens.

Und über diesen Schriftsteller hat nun ein deutscher Autor ein Buch herausgegeben, den wir aus ganz anderen Zusammenhängen kennen. Zuletzt sahen wir den Namen Eberhard Schmidt in der Liste der Autoren, die das in Gewerkschaftskreisen viel diskutierte Gutachten ,,Jenseits der Beschlußlage'' mitverfaßt haben. Er gehört auch zu der ,,Gründungsgeneration'' des linkssozialistischen *express-international,* der dann später in den *express — Zeitschrift für sozialistische Gewerkschaftsarbeit* übergeleitet wurde.

Mit Erstaunen und Freude registriert man am Beispiel Eberhard Schmidts, was bislang nur in den Kulturen anderer Länder vermutet wurde: Linke Intellektuelle beginnen zu entdecken, daß es außer ,,sozialen Bewegungen'', Tarifauseinandersetzungen, Demokratiedebatten noch eine Welt der Kunst und Kultur gibt. Urs Jaeggi schreibt bereits seit Jahren eigene Romane, Ekkehart Krippendorf arbeitet über internationale Politik und Shakespeare, Iring Fetscher schrieb in Institutssitzungen an der Universität Frankfurt Märchen und der Gewerkschaftssoziologe Eberhard Schmidt forscht im universitären Freisemester nicht über das moderne Arbeiterbewußtsein, sondern über einen italienischen Schriftsteller. Jetzt, zum 75. Geburtstag Bassanis liegt das von Schmidt herausgebene Buch vor. Es enthält eine Reihe bisher unveröffentlichter biographischer Arbeiten Bassanis, große Essays des Herausgebers über die Stadt Ferrara und die Situation der italiensichen Juden während des Faschismus. Zwei italienische Autoren runden mit Beiträgen über Bassani das Buch ab. Der Gewerkschaftstheoretiker Eberhard Schmidt hat ein vorzügliches Buch über die Prosa eines italienischen Schriftstellers herausgegeben. Diese fachfremde Neugierde sollte Schule machen unter den oft so schrecklich bornierten linken Hochschullehrern in Deutschland.

CARL-WILHELM MACKE

Eberhard Schmidt (Hrsg.)
Giorgio Bassani — Erinnerungen des Herzens
München/Zürich 1991, 204 Seiten

LEKTÜRE

Zeitgeschichte

«Ich fühle mich bis auf den heutigen Tag nicht wohl in meiner Haut als deutscher Untertan — oder genauer: als Untertan und Deutscher. Einige alpdruckartige Eckdaten der jüngeren deutschen Geschichte lassen sich in meinem Kopf nicht so ohne weiteres streichen oder gar umfunktionieren.»
Joschka Fischer

Joschka Fischer
Von grüner Kraft und Herrlichkeit
(rororo aktuell 5532)
Aufsätze, Essays und Reden des grünen «Realo» Joschka Fischer.

Ralf Fücks (Hg.)
Sind die Grünen noch zu retten?
(rororo aktuell 13017)
Anstöße von Ulrich Beck, Monika Griefahn, Petra Kelly, Otto Schily, Michaele Schreyer, Antje Vollmer u.a.

Rudi Dutschke
Mein langer Marsch *Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren*
Herausgegeben von Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister
(rororo aktuell 4718)

Peter Mosler
Was wir wollten, was wir wurden *Zeugnisse der Studentenrevolte*
(rororo aktuell 12488)

Helmut Lorscheid / Leo A.Müller
Deckname: Schiller *Die Deutschen Patrioten des Lyndon La Rouche*
(rororo aktuell 5916)
Multinational organisiert ist das La Rouche-Imperium. Der Führer Lyndon H. LaRouche, Amerikaner, «Unternehmensberater». «Philosoph», «großer Ökonom». Doch wer steckt hinter alldem. In der Bundesrepublik sind vor allem drei «Ableger» bekannt: die «Eropäische Arbeiter Partei» (EAP), das «Schiller Institut» und die «Bürgergruppe Patrioten für Deutschland». Dieses Buch liefert neue Erkenntnisse.

Leo A.Müller
Gladio — das Erbe des Kalten Krieges *Der Nato-Geheimbund und sein deutscher Vorläufer*
Mit einem Beitrag von Werner Raith
(rororo aktuell 12993)

Mario Krebs
Ulrike Meinhoff *Ein Leben im Widerspruch*
(rororo aktuell 5642)

rororo aktuell

„Der Krieg der Erinnerungen“

Die *links*-Lese-Gruppe in W-Berlin veranstaltet zu Dan Diners Buch „Krieg der Erinnerungen“ eine offene Diskussion (allerdings ohne den Autor!), Interessenten sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren.
Termin: Sonntag, 16. Februar 1992 um 15.30 Uhr
Kontakt: Tel.: 030/21 66 66 52

Zukunftsforum Jugend 2000

Ein schon verlorengegangenes Thema, die Jugendpolitik, soll im Mittelpunkt dieser Tagung stehen, die die Ev. Akademie Bad Boll Ende Februar als Abschluß eines dreijährigen Projekts veranstaltet. Ziel der Tagung ist es, eine Jugendpolitik zu formulieren, die sich als Querschnittspolitik, als Zukunftspolitik und als Einmischungspolitik versteht. Außerdem soll ein jugendpolitisches Memorandum vorgestellt und nach strategischen Konsequenzen für die Durchsetzung der dort skizzierten Jugendpolitik gefragt werden.
Termin: 26. - 28. Februar 1992
Tagungsort: Ev. Akademie Mühlheim-Ruhr, Uhlenhorst 29
Anmeldung: Ev. Akademie Bad Boll, Büro Ulm, Sterngasse 14, 79 Ulm, Tel.: 0731/670 64

Politische Bildung

Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V. (AFP) ist ein unabhängiger Verein und Bildungsträger, der es sich zum Ziel gesetzt hat, mit Jugendlichen und Erwachsenen, die im Berufsleben stehen, gemeinsame Bildungsveranstaltungen zu Themen aus dem Berufsalltag, der Politik, Geschichte, Umweltproblematik und anderen gesellschaftlichen Bereichen durchzuführen. Die AFP geht davon aus, daß die gesellschaftlichen Alltagskonflikte besonders dem kommunikativen Austausch aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen heraus bedürfen. Bildungsseminare stellen daher eine geeignete Möglichkeit dar, sich am Beispiel verschiedener gesellschaftlicher Konfliktfelder über die eigene Position und die anderer auszutauschen bzw. eigene Wahrnehmungen und Urteile zu korrigieren. Mit seminarbegleitenden Exkursionen soll ein Einblick in die Arbeit und die Problematik von Institutionen wie Betrieben, Museen, Zeitungsredaktionen u.ä. ermöglicht werden. Das Bildungsprogramm 1992 der AFP ist soeben erschienen.
Kontaktadresse: AFP, z.Hd. Peter-Erwin Jansen, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/82 18 88

Risiken der Gentechnologie

Anfang März veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP) in Frankfurt ein Seminar zur Gentechnologie. Das Seminar wird versuchen, eine rationale Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Gentechnologie über deren ökologischen und ethischen Konsequenzen, zu führen.
Termin: 2. - 4. März 1992
Tagungsort: Frankfurt am Main
Anmeldung: AFP, Peter-Erwin Jansen, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Neue und alte Feindbilder nach dem Golfkrieg

„Ethnic and religious minorities in European societies against the background of the Gulf-War“ — unter diesem Titel findet Mitte März eine internationale Konferenz in Bonn statt. Veranstalter sind die Landeszentrale für politische Bildung in NRW und Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen. Der veränderte politische Diskurs seit dem Golfkrieg und die Auswirkungen auf das Zusammenleben sind die Ausgangspunkte für diese internationale Konferenz. Ein Kennzeichen des neuen Diskurses nach dem Golfkrieg scheint die Vermengung von alten und neuen Begrifflichkeiten zu sein. Dies zeigt aber die Notwendigkeit an, über die Hintergründe, die Inhalte und die Funktion der alten und neuen Feindbilder (über den Islam, das Judentum etc.) zu diskuterien. Eine solche Diskussion führt zwangsläufig auch zur Interpretation der allgemeinen psychischen, sozialen und politischen Notwendigkeit und Funktionsweise von Feindbildern im vereinigten Europa und dessen multikulturellen Gesellschaften.
Termin: 19. - 22. März 1992
Ort: Gustav-Stresemann-Institut, 53 Bonn, Langer Grabenweg 68
Anmeldung: Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste e.V., Jebenstr. 1, 1 Berlin 12, Tel.: 030/31 02 61 oder Landeszentrale für politische Bildung NRW, Mannesmannufer 1a, 4000 Düsseldorf 1

Nation, Nationalismus und geschichtliches Bewußtsein

Zu diesem Thema veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP) zusammen mit dem Bildungswerk der Humanistischen Union im Mai ein Seminar in Essen. Mit der Neubildung eines nationalen Bewußtseins nach dem Zerfall der stalinistischen Systeme im Ostblock hat sich, wie die bisherige Entwicklung in Osteuropa zeigt, zugleich ein neues Spannungs- und Konfliktfeld eröffnet, das man in Europa historisch für längst überholt hielt. In Westeuropa steht zu befürchten, daß durch die zunehmenden Wanderbewegungen aus politisch nicht stabilen Staaten oder ökonomisch schwachen Regionen, die soziale Aggressivität weiter steigen wird. Auch die Bundesrepublik ist nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands mit diesem Problem konfrontiert. Es scheint hier nicht mehr ausgeschlossen, daß durch die Vereinigung und die Auflösung des Ost-West-Konflikts eine zunehmende und forcierte Veränderung des politischen und historischen Bewußtseins im wiedervereinigten Deutschland stattfinden wird. Damit verbunden ist die Frage, ob die Deutschen ein neues Verhältnis zu ihrer eigenen Geschichte entwickeln werden. Das Seminar will dieser Frage nachgehen und darüber debattieren, welche Bedeutung eine solche Veränderung für die Zukunft der Bundesrepublik hat.
Termin: 4. - 8. Mai 1992
Tagungsort: Essen
Anmeldung: AFP, Peter-Erwin Jansen, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M oder über das Bildungswerk der HU e.V., Kronprinzenstraße 15, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/22 79 82

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus

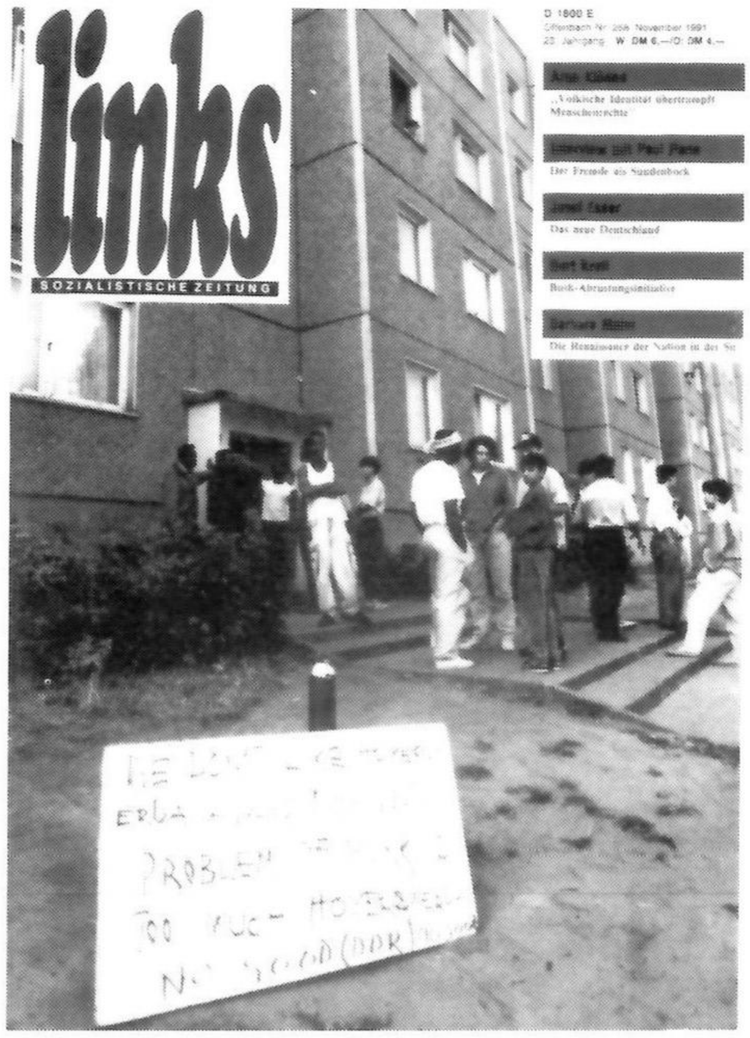
„Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung“ — unter diesem Titel veranstaltet das IMSF e.V. Mitte März in Frankfurt eine Tagung. Als Schwerpunkt sind vorgesehen:
I. Die Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus — neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens.
II. Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung — linke Analysen und Alternativen.
Termin: 14./15. März 1992
Ort: Haus der Jugend, Deutschherrnufer, Frankfurt/M.
Anmeldung: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: 069/73 92 93 4

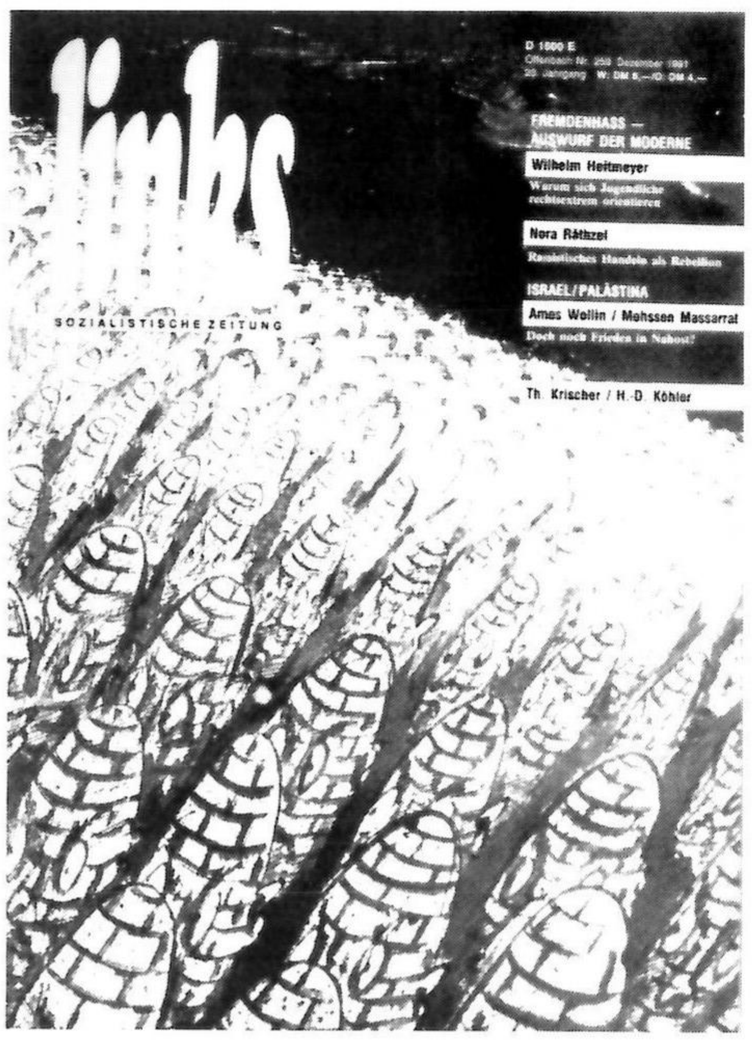
Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

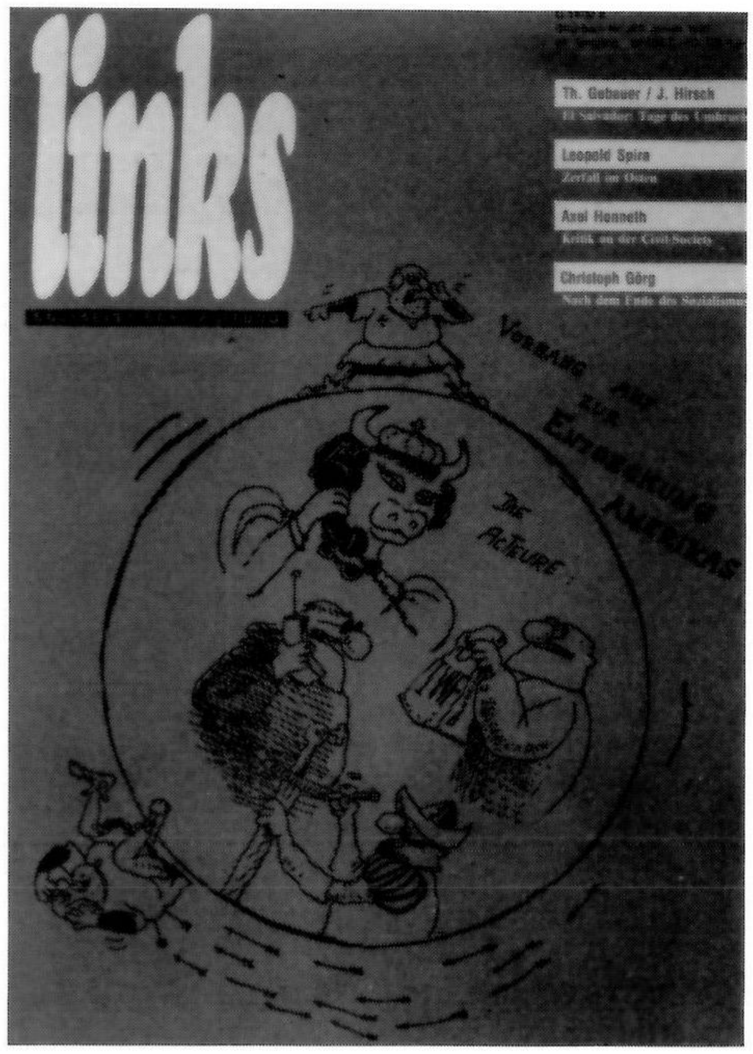
Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August‘, Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Zerfall der Sowjetunion, zum Bürgerkrieg in Jugoslawien, zur vergrößerten Bundesrepublik, zur Problematik des Rassismus und zu 500 Jahre Amerika.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Förder-Abonnement

☐ Ich möchte die *links* fördern.
Wer die Arbeit einer unabhängigen sozialistischen Zeitung unterstützen will, kann dies mit einem Förder-Abo tun. Mit mindestens DM 10,— im Monat wird dafür gesorgt, daß die *links* auch die nächsten 15 Jahre erscheinen wird. Auf Wunsch senden wir Einzugsermächtigungen zu.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7